

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 05.01.–18.01.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	17
Meinung	49

News

Personalmangel in ukrainischer Armee: Saluschny will Abgeordnete an die Front bringen

<https://freedert.online/international/191791-personalmangel-in-ukrainischer-armee-saluschny/>

05.01.2024

Der Oberkommandierende der ukrainischen Streitkräfte Waleri Saluschny beschwerte sich über den Personalmangel in der Armee. Vor diesem Hintergrund schlug er den Abgeordneten des ukrainischen Parlaments Werchowna Rada vor, selbst an die Front zu gehen.

In einer Beratung der Werchowna Rada bezüglich des Gesetzes zur Mobilmachung hat der Oberkommandierende der ukrainischen Streitkräfte Waleri Saluschny erklärt, dass es in den Truppen an Personal mangle. Daher forderte der hochrangige Offizier die Abgeordneten des Parlaments auf, selbst mit an die Front zu gehen. Die Äußerung erfolgte in einer geschlossenen Sitzung, die Worte von Saluschny wurden von mehreren Abgeordneten an die Nachrichten- und Analyse-Webseite *NV.ua* weitergegeben:

"Wer soll kämpfen? Oder soll ich mich an die Welt wenden und dort um Leute bitten? Oder gehen Sie kämpfen, wenn Sie die Menschen nicht zur Verfügung stellen."

Laut den Gesprächspartnern der Plattform *NV.ua* habe sich Saluschny auch gegen die Einbeziehung von Gefangenen in die Armee ausgesprochen. Der Oberkommandierende wird zitiert:

"Ist die Armee etwas für schlechte Menschen? Das ist sie nicht."

Kürzlich erklärte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexei Danilow, dass sich alle Ukrainer an dem Konflikt beteiligen sollten. Demnach habe es zwar eine Zeit gegeben, in der "man glaubte, dass der Krieg ausschließlich eine Angelegenheit des Militärs sei und der Rest des Landes sein Leben leben könne", aber das "muss ein Ende haben", und das wäre "gerecht".

Nach Beginn der speziellen russischen Militäroperation verhängten die ukrainischen Behörden das Kriegerrecht und kündigten eine allgemeine Mobilmachung an. Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nicht mehr verlassen. Das Kriegerrecht und die allgemeine Mobilmachung wurden zuletzt bis zum 14. Februar 2024 verlängert.

Am 25. Dezember legte die ukrainische Regierung der Werchowna Rada einen Gesetzentwurf zur Mobilmachung vor. Das Dokument sieht die Einführung elektronischer Vorladungen, Beschränkungen für diejenigen, die sich nicht rechtzeitig bei den Militäreinheiten melden, den Ausschluss der Kategorie der eingeschränkten Wehrtauglichkeit, das Ersetzen der Wehrpflicht durch eine "intensive militärische Ausbildung für Bürger im Wehrpflichtalter" und weitere Maßnahmen vor. In der Begründung dafür heißt es, dies sei für die "ordnungsgemäße personelle Ausstattung der Kampfseinheiten" im andauernden Konflikt erforderlich.

Das Dokument löste einen Skandal aus, woraufhin der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes Michail Podoljak erklärte, es werde geändert und überarbeitet und erst dann zur Abstimmung gestellt werden. Der ukrainische Präsident Selenskij hatte zuvor behauptet, das Militär habe vorgeschlagen, zusätzlich 450.000 bis 500.000 Menschen mobilzumachen. Saluschny wiederum dementierte die Informationen über den Antrag auf zusätzliche Mobilmachung und betonte, dass das Militär keinen Antrag mit konkreten Zahlen gestellt habe.

* * *

Dänemark verschiebt Lieferung von F-16-Kampffjets an die Ukraine

<https://freedert.online/europa/191930-daenemark-verschiebt-lieferung-von-f-16-kampffjets-an-die-ukraine/>

06.01.2024

Wie die Zeitung Berlingske berichtet, hat Dänemark beschlossen, die Lieferung von F-16-Kampffjets an die Ukraine auf das zweite Quartal 2024 zu verschieben. Kopenhagen ist der Ansicht, dass die Bedingungen für die Übergabe der Flugzeuge an Kiew noch nicht erfüllt sind.

Die Lieferung dänischer F-16-Flugzeuge an die Ukraine ist auf mindestens das zweite Quartal des Jahres verschoben worden. Dies berichtete die Zeitung *Berlingske* unter Berufung auf das Verteidigungsministerium.

Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hatte im August letzten Jahres bei einem Besuch von Wladimir Selenskij in Kopenhagen von Plänen gesprochen, die Kampffjets um den Jahreswechsel herum an Kiew zu übergeben. Sie hatte versichert, dass die Ukraine im Winter sechs Flugzeuge erhalten könne. Jetzt berichtet das dänische Verteidigungsministerium jedoch, es sei zu früh, um über Lieferungen zu sprechen. Die Behörde erklärte:

"Wir haben immer gesagt, dass die Lieferung von Flugzeugen von einer Reihe von Bedingungen abhängt. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge könnten wir über das zweite

Quartal sprechen."

Das Ministerium fügte hinzu, dass zu den Bedingungen die Erfüllung des Ausbildungsprogramms durch ukrainische Piloten und die Schaffung der notwendigen Logistik und Infrastruktur in der Ukraine selbst für die Wartung der F-16 gehören. Welche Bedingungen noch nicht erfüllt sind, teilte das Militärdepartement nicht mit.

Nach Angaben von *Berlingske* befinden sich derzeit sechs ukrainische Piloten im Ausbildungszentrum in Dänemark.

Am 22. Dezember 2023 hatte der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte erklärt, sein Land habe mit der Vorbereitung der ersten 18 F-16-Kampffjets begonnen, die in die Ukraine geschickt werden sollen. Er hatte jedoch auch darauf hingewiesen, dass für die Lieferung noch Bedingungen erfüllt werden müssen, darunter Personal- und Infrastrukturanforderungen.

Die Niederlande hatten Kiew im Sommer 42 F-16-Kampfflugzeuge zugesagt, Dänemark 19. Darüber hinaus hatte Belgien der Ukraine mehrere Kampffjets zur Verfügung stellen wollen. Alle diese Länder erwarten, dass sie anstelle der an die Ukraine übergebenen Flugzeuge modernere F-35 erhalten.

* * *

"Mobilisierung" wird in der Ukraine zum Wort des Jahres 2023

<https://freedert.online/gesellschaft/191935-mobilisierung-wird-in-der-ukraine-zum-wort-des-jahres-2023/>

07.01.2024

Ein ukrainisches Online-Wörterbuch hat das Wort des Jahres 2023 in der Ukraine gewählt. Es ist das Wort "Mobilisierung". Es überholte im letzten Moment das Wort "Gegenoffensive" in Bezug auf seine Popularität unter ukrainischen Nutzern.

Das interaktive ukrainische Online-Wörterbuch "Myslowo" (frei übersetzt "Wir sind das Wort"), das Informationen von populären ukrainischen Nutzern über Wörter und Ausdrücke sammelt, hat "Mobilisierung" zum Wort des Jahres 2023 ernannt. Vertreter des Wörterbuchs erklärten, dass dieser Begriff erst im letzten Moment auftauchte – vor dem Hintergrund der Diskussion in der Werchowna Rada über einen Gesetzentwurf, der die Erweiterung der Gründe für die Einberufung zur Armee vorsieht.

Der Begriff "Mobilisierung" verdrängte den Begriff "Gegenoffensive" von der ersten Position. Wie die Autoren der Studie anmerken, wurde der Begriff in den Medien viel diskutiert, aber für die Ukrainer brachte er mehr Enttäuschung als sichtbare Ergebnisse.

Zu den weiteren Wörtern und Ausdrücken des Jahres in der Ukraine gehören "Wehrdienstverweigerer", "Stellungskrieg", "Drohne" und "Sommer auf der Krim".

Myslowo gibt es seit 2012. Die Hauptkriterien für die Wahl zum Wort des Jahres sind die Popularität und die gesellschaftliche Bedeutung von Begriffen und Ausdrücken. Gleichzeitig waren in verschiedenen Jahren auch obszöne Ausdrücke unter den Anwärtern.

In Russland kürte das Puschkin-Institut das "neuronale Netzwerk" zum wichtigsten Wort des Jahres 2023 in der russischen Sprache. Darüber hinaus waren Wörter beliebt, die mit dem neuronalen Netz zusammenhängen, ebenso wie der Begriff "Rückkehrer", der denjenigen gewidmet ist, die

beschlossen haben, aus der Emigration ins Land zurückzukehren.

* * *

Präsidentenberater: Russland wird sich nie wieder dem Westen zuwenden

<https://freedert.online/russland/192048-praesidentenberater-russland-wird-sich-nie/>

08.01.2024

Boris Titow, der Beauftragte des russischen Präsidenten für Unternehmensrechtsschutz, hält es für ausgeschlossen, dass Russland künftig mit dem Westen Business as usual führen wird. Dies werde es selbst dann nicht geben, wenn alle Sanktionen aufgehoben sind, betonte er.

Seit mehr als zehn Jahren ist Boris Titow als der Beauftragte des russischen Präsidenten für Wirtschaftsrechte tätig. In seinem jüngsten Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* hat er unter anderem seine Sicht bezüglich der Zukunft der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen dargelegt. Titow stellte dabei klar, dass es keine Rückkehr zu der Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten geben könne. Hierzu führte der Ombudsmann für russische Unternehmer aus:

"Wissen Sie, selbst wenn wir uns vorstellen, dass Washington und Brüssel morgen alle gegen Russland verhängten Sanktionen aufheben und sich erneut an uns wenden, werden wir uns nie wieder dem Westen zuwenden. Es wird keine Rückkehr geben, glauben Sie mir. Und das nicht nur, weil es inakzeptabel ist, mit Russland so zu kommunizieren, wie es sich der Westen jetzt erlaubt."

Titow zufolge habe das nichts mit einer Kränkung oder einem Elefantengedächtnis zu tun:

"Es ist nur so, dass der Westen eine überstandene Etappe ist. Er ist, wenn Sie so wollen, die Vergangenheit der Menschheit. Ihre Zukunft liegt im Osten, dem sogenannten Globalen Süden, wie man sagt."

Es handle sich um die Regionen, die sich heute dynamisch entwickeln würden, sagte der Präsidentenberater für Unternehmensrechtsschutz weiter. Genau da seien die mächtigen menschlichen Reserven konzentriert und würden die neuesten Technologien entfalten.

"Und genau dort sind unsere Freunde, die nicht nur Freunde sein, sondern auch Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Moskau entwickeln wollen."

Des Weiteren lobte Titow, der fast seit zehn Jahren das Russisch-Chinesische Komitee für Freundschaft, Frieden und Entwicklung leitet, die Zusammenarbeit zwischen Russland und China.

Hierbei betonte er, dass die Handels- und Wirtschaftskooperation für beide Seiten vorteilhaft sei. Das sei der Punkt. Man sei dabei, so Titow, aktiv nach Kontakten, Gemeinsamkeiten und Investitionsmöglichkeiten zu suchen. Und dieses gegenseitige Interesse sei aufrichtig, es sei der Geschäftswelt auf beiden Seiten nicht durch politische Entscheidungen oder Richtlinien aufgedrängt worden, fügte er hinzu.

* * *

Top-US-Diplomat: "Israel Völkermord vorzuwerfen ist kein Antisemitismus!"

<https://freedert.online/der-nahe-osten/192128-top-us-diplomat-israel-voelkermord-vorzuwerfen-ist-kein-antisemitismus/>

09.01.2024

Hiernach folgen Auszüge aus einem zweifellos außergewöhnlichen Interview zu Gaza mit dem ehemaligen stellvertretenden US-Verteidigungsminister und Ex-US-Botschafter Chas Freeman.

Von Rainer Rupp

Die wichtigsten Punkte im Video-Interview sind: Viele der toten israelischen Zivilisten vom 7. Oktober 2023 wurden nicht von der Hamas, sondern von israelischen Soldaten getötet, so Chas Freeman. Den Gaza-Streifen bezeichnete er als "Konzentrationslager" für Palästinenser und den Israelis stellte er in Aussicht, wegen Kriegsverbrechen angeklagt zu werden.

Freeman betont, dass viele der Opfer des 7. Oktober von der israelischen Armee in Form von "undiszipliniertem Feuer durch Hubschrauber mit Hellfire-Raketen oder durch Panzer mit Brandgeschossen, die auf die Häuser in den (von der Hamas gestürmten) israelischen Dörfern abgeschossen worden waren", getötet wurden. Im Fall der großen Zahl von Opfern unter den Besuchern des israelischen Musikfestivals unmittelbar an der Grenze zu Gaza sagt er sogar, dass sie "größtenteils durch Hellfire-Raketen und anderes undiszipliniertes Feuer der israelischen Streitkräfte getötet wurden".

Aus militärischer Sicht sei das eine "Schande", die zum Teil auf einen "Mangel an Disziplin und Ausbildung" zurückzuführen sei, sonst könne man im Ernstfall "nicht richtig reagieren". Zum anderen sei aber auch die sogenannte "Hannibal-Direktive" der israelischen Streitkräfte (IDF) für die vielen israelischen zivilen Opfer verantwortlich. Diese Direktive besagt, "dass man die israelischen Geiseln zusammen mit ihren Hamas-Geiselnehmern töten sollte, um später umständliche und langwierige Verhandlungen über einen Geiselaustausch zu verhindern", die dem israelischen Image in der Öffentlichkeit schaden.

Freeman unterstreicht im Interview auch, dass die Hamas mit dem 7. Oktober "zwei Ziele erreichen wollte: erstens die palästinensische Selbstbestimmungsfrage wieder auf die globale Tagesordnung zu setzen"; etwas, das sie seiner Meinung nach "geschafft" hat, da es "außerhalb Israels eine weitverbreitete Erkenntnis gibt, dass nur die Selbstbestimmung Palästinas in Form einer Zwei-Staaten-Lösung Israel Sicherheit bieten kann". Er sagt, "dass selbst in den USA, die eine größere jüdische Bevölkerung haben als Israel, viele Juden erkannt haben, dass dies der Fall ist. Vor allem jüngere Juden in den USA sind sehr desillusioniert vom Zionismus und wollen sich nicht von ihm durch jenen Antisemitismus anstecken lassen, der jetzt durch die israelischen Aktionen sogar zunimmt."

Weiter führt Freeman aus: "Ich denke, ein weiteres Ziel der Hamas war es, das sogenannte 'Abraham-Abkommen' zu zerstören." Das sei der Hamas auch gelungen. Und tatsächlich, seit der wahnwitzig grausamen israelischen Reaktion auf den 7. Oktober 2013 wagt niemand in der arabischen oder islamischen Welt mehr, davon zu reden.

Zur Erklärung: Das von US-amerikanischen und israelischen Zionisten geschmiedete "Abraham-Abkommen" sollte auf perfide Weise die Frage der palästinensischen Selbstbestimmung ein für alle Mal auf die Müllhalde der Geschichte werfen.

In der westlichen, offiziellen Propaganda bekam das Abkommen das schöne Aushängeschild eines "Friedensvertrags zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten", der die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten vollständig normalisierten sollte und dem die USA offiziell den Segen gaben.

Am 15. September 2020 war das Abkommen vor dem Weißen Haus in Washington vom rechtsextremistischen israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und dem Außenminister der Emirate Abdullah bin Zayid Al Nahyan unterzeichnet worden. Das Ganze geschah in Anwesenheit von US-Präsident Donald Trump, der sich persönlich stark für das Abkommen eingesetzt hatte.

Zeitgleich wurde ein Friedensvertrag zwischen Israel und Bahrain durch Außenminister Abdullatif bin Raschid al-Sajani signiert. Der Plan war, dass das "Abraham Abkommen", mit den USA als Garantiemacht, eine Blaupause für weitere Friedensverträge zwischen Israel und den arabischen Staaten werden sollte – unter kompletter Ausgrenzung der Palästinenserfrage.

Hanah Aschrawi, Sprecherin der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), verurteilte das Abkommen und beschuldigte die VAE, sie hätten nun "ihre geheimen Geschäfte offengelegt". Die antizionistische Fatah beschuldigte die VAE, "ihre nationalen, religiösen und humanitären Pflichten" gegenüber dem palästinensischen Volk zu vernachlässigen, während die Hamas das Abkommen als "verräterischen Dolchstoß in den Rücken des palästinensischen Volkes" bezeichnete.

Auch in weiten Teilen der arabischen Volksmassen wurde das "Abraham Abkommen" als Verrat an den Palästinensern gesehen. Vor diesem Hintergrund hat der Hamas ihr Aufstand vom 7. Oktober laut Freeman bei den Palästinensern eine enorme Popularität beschert. Denn die Hamas-Kämpfer werden nun als jene gesehen, "die sich erhoben haben und die bereit sind, lieber den Tod als die Gefangenschaft zu akzeptieren".

Weiter bezieht sich Freeman auf Norman Finkelsteins "Analogie der Sklavenaufstände in den USA" und geht insbesondere auf die "Revolte von 1831 durch Nat Turner ein. Das war ein gut ausgebildeter, sehr intelligenter, versklavter Afrikaner, der einen Sklavenaufstand in Süd-Virginia anführte, dessen Ziel es war, jeden Weißen zu ermorden, dem sie begegneten." Unter Bezugnahme auf Finkelstein sagt Freeman: "Das wirft eine moralische Frage auf: 'Ist die Gewalt des Sklavenhalters moralisch die gleiche wie die Gewalt des Sklaven, der versucht, diese Gewalt zu beenden?'. Die gleiche moralische Frage stellt sich bei der israelischen Unterdrückung der Palästinenser im Vergleich zum palästinensischen Widerstand gegen die Unterdrückung", so der ehemalige US-Top-Diplomat Freeman.

Alles in allem kommt der ehemalige US-Botschafter Freeman zu dem Schluss, dass Israel bereits verloren hat. Ähnlich wie die exzessive Gewalt, mit der die weißen US-Amerikaner sich an unschuldigen Afroamerikanern für die Sklavenaufstände im 19. Jahrhundert gerächt haben, wird auch die exzessive Gewalt der israelischen Rache an unschuldigen Palästinensern "in Zukunft niemandem in guter Erinnerung bleiben".

Freeman geht sogar so weit zu sagen: "Wenn die Menschen in der Vergangenheit an Israel dachten, dachten sie, es sei ein Zufluchtsort für die Opfer des Holocaust. ... Jetzt werden sie es als die Heimat von Völkermord-Tätern betrachten. Wenn sie an Israel denken, denken sie an die brennenden Gebäude und die toten Babys. Das ist ein grundlegendes Imageproblem und Israel verliert dadurch seinen Schutz, weil es niemandem mehr Antisemitismus vorwerfen kann, der Israel kritisch gegenübersteht. Denn Kritik an Leuten, die einen Völkermord begehen, kann kein

Antisemitismus sein. Diese Kritik kann nicht als unmoralisch angesehen werden. Antisemitismus ist eine verabscheuungswürdige Haltung, aber sich dem Völkermord durch Israel zu widersetzen, ist es nicht!"

* * *

"Hochverrat": 82-jähriger Pensionär im ukrainischen Schitomir zu 15 Jahren Haft verurteilt

<https://freedert.online/international/192376-hochverrat-82jaehriger-pensionaer-zu-15-jahren-verurteilt/>

10.01.2024

Ein ukrainisches Gericht hat am Dienstag einen 82-jährigen Rentner zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der pensionierte Oberst der sowjetischen Armee soll Informationen über die ukrainischen Truppen gesammelt und an Russland weitergegeben haben.

Ein Gericht im ukrainischen Schitomir hat am Dienstag einen 82-jährigen Militärpensionär wegen "Zusammenarbeit mit Russland" und "Hochverrat" zu einer fünfzehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Bei dem Verurteilten handelt es sich um den Oberst a.D. der sowjetischen Armee Juri Tschernyschew.

Gegen den Mann wurde seit März 2023 ermittelt, weil er Informationen über ukrainische Einheiten an der Grenze zu Weißrussland gesammelt haben soll. Neben der langen Haftstrafe ordnete das Gericht die Beschlagnahme seines gesamten Vermögens und die Aberkennung seines militärischen Ranges und damit auch seiner Rente an.

Der Rentner reagierte auf das Urteil mit einem Aufschrei der Verzweiflung und nannte das Gericht eine Versammlung von Faschisten. Als letztes Wort hatte er ein selbst verfasstes Gedicht vorgelesen, in dem er beklagte, dass sein Land von Verrätern eingenommen wurde, die ehrenwerte Menschen verfolgen.

Als Reaktion auf die in sozialen Netzwerken verbreitete Videoaufnahme der Urteilsverkündung wurden vielfach Stimmen laut, die den russischen Präsidenten auffordern, den Mann auszuzeichnen und alles daranzusetzen, ihn gegen ukrainische Kriegsgefangene auszutauschen.

* * *

Moskau: US-Geheimdienste veranstalten in Riga Schulungen zur Aufstachelung zum Hass in Russland

<https://freedert.online/russland/192428-moskau-us-geheimdienste-veranstalten-in/>

11.01.2024

US-Geheimdienste bereiten unter diplomatischer Tarnung mehrere Seminare vor, um am Vorabend der Präsidentenwahlen in Russland die innenpolitische Situation zu beeinflussen. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR vom Donnerstag hervor.

Sergei Naryschkin, der Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, hat erklärt, dass die US-Behörden am Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Russland "immer ausgefeiltere" Wege erfinden, um sich illegal in demokratische Verfahren einzumischen. Dabei bezog sich Naryschkin auf Informationen, die seiner Behörde vorliegen sollen. Dies geht aus einer auf der Webseite des SWR am Donnerstag veröffentlichten Mitteilung hervor. Wie es heißt, arbeiteten die Vereinigten

Staaten derzeit daran, eine "fünfte Kolonne" in Russland zu schaffen und mit deren Hilfe die Gesellschaft "aufzurütteln".

Nach Angaben des Auslandsgeheimdienstes setze das US-Außenministerium dabei auf russische Absolventen US-amerikanischer Bildungs- und Kulturprogramme wie Access, Advance, FLEX, Fulbright, Global UGRAD, Summer Work and Travel mit insgesamt mehr als 80.000 solcher Stipendiaten. Die US-Geheimdienste seien überzeugt, dass sie bei "ordnungsgemäßer Bearbeitung" dieser Leute in der Lage sein werden, die nicht-systemische Opposition Russlands, die massenhaft in den Westen geflohen ist, zu ersetzen und die Stipendiaten zum Kernelement der fünften Kolonne zu machen.

"Das erste Seminar soll vom 16. bis 18. Februar in Riga stattfinden. Die Rolle der 'Mentoren' wird von US-Geheimdienstmitarbeitern übernommen, die in den US-Botschaften in Moskau und Riga unter dem Deckmantel von Diplomaten arbeiten. Es wird nicht schwer sein, die Zusammensetzung der 'Zuhörerschaft' herauszufinden."

Der SWR geht davon aus, dass das Hauptaugenmerk auf der Schulung der Seminarteilnehmer in Methoden der Aufstachelung zu ethnischen und sozialem Hass, aber auch der Einmischung in Wahlen und der Diskreditierung der russischen Behörden in sozialen Netzwerken liegen wird. Besonderes Augenmerk wird wohl auf die Einübung der sicheren Kommunikation mit US-amerikanischen Kontaktpersonen gelegt.

Vom 15. bis 17. März werden in Russland Präsidentschaftswahlen stattfinden.

* * *

US-Mediziner Fauci: 1,50 Meter-Abstandsregel hatte "keine wissenschaftliche Grundlage"

<https://freedert.online/international/192524-us-mediziner-fauci-150-meter/>

12.01.2024

In Deutschland war die Abstandsregel von 1,50 Meter Bestandteil der sogenannten AHA-Regeln. In den USA galt die Maßnahme als "COVID '6-Fuß'-Sozialdistanzierung". Der "US-Wieler" Anthony Fauci gab nun vor dem US-Repräsentantenhaus unverblümt zu Protokoll, die Regel sei "ohne wissenschaftlichen Input 'einfach so entstanden'".

Weltweit versuchen interessierte Bürger, Politiker und Wissenschaftler kritisch wahrgenommene Erkenntnisse zusammenzutragen, hinsichtlich der Auswirkungen der weltweit medial-politisch ausgerufenen "Corona-Krise" der Jahre 2020–2022 und diesbezüglichen Maßnahmenregelungen für die Menschen. In den USA tagte diesbezüglich ein "Unterausschuss des Repräsentantenhauses zur Coronavirus-Pandemie". Die Aussagen des für den Zeitraum der "Pandemie" gesamtverantwortlichen US-Mediziners der Stunde, Anthony Fauci, zudem offizieller "Medizinischer Chefberater" der Präsidenten Donald Trump und Joe Biden, sorgt nun für kontroverse Diskussionen in den US-Medien.

Der Ausschuss-Vorsitzende Brad Wenstrup, republikanischer Abgeordneter aus dem Bundesstaat Ohio, gab nach dem zweiten Tag des transkribierten Interviews von Dr. Anthony Fauci eine zitierende Presseerklärung ab. Einleitend heißt es hierbei:

"Nach zwei Tagen Zeugenaussage und 14 Stunden Befragung sind viele Dinge deutlich geworden. Während seiner heutigen Befragung behauptete Dr. Fauci, dass die von ihm befürworteten Maßnahmen und Mandate die Impfszurückhaltung in den kommenden Jahren leider noch verstärken

könnten. Er sagte aus, dass es sich bei der oft unterdrückten Hypothese des Laborlecks nicht um eine Verschwörungstheorie handelt."

Dann folgt die Information, die besonders in den sozialen Medien umgehend kontrovers diskutiert wurde:

"Dr. Fauci behauptete, dass die von den Bundesgesundheitsbeamten propagierte Empfehlung, einen Abstand von 6 Fuß zueinander einzuhalten – in Europa als 1,50 Meter Abstandsregel eingefordert –, wahrscheinlich auf keinerlei Daten basierte. Er charakterisierte die Entwicklung des Leitfadens mit den Worten: "Er ist einfach so entstanden".

Weltweit, dabei auch in Deutschland streng eingefordert, wurden landesweit bis weit in das zweite Jahr der Pandemie hinein aufgrund der Richtlinien zur sozialen Distanzierung unter anderem Schulen und Kindergärten geschlossen. Auch Kulturinstitutionen und Konzerthäuser sowie Sport- und Turnhallen mussten aufgrund dieser Regelung ihren Betrieb einstellen.

US-Medien erinnerten Bezug nehmend auf Faucis Aussage an die Tatsache, dass zum Beispiel in Washington, D.C. verlangt wurde, dass "Menschen im Freien Masken tragen müssen, wenn sie nicht zuverlässig einen Abstand von sechs Fuß zu anderen Menschen einhalten können".

Im August 2020 verkündeten Politik und Wissenschaft, in Persona von Jens Spahn als verantwortlicher Bundesgesundheitsminister und Lothar Wieler, als Chef der untergeordneten Bundeseinrichtung des Robert Koch-Instituts, die sogenannte "AHA+A-Formel gegen Corona". Diese Formel stand für "Abstand einhalten, Hygieneregeln beachten, Alltagsmaske tragen und die Corona-Warn-App aktivieren". Wieler als mahnendes Gesicht jener Zeit propagierte bereits zuvor nachdrücklich einfordernd am 28. Juli 2020:

"Diese Regeln werden wir noch monatelang einhalten müssen. Diese müssen der Standard sein. Die dürfen überhaupt nie hinterfragt werden. Abstandhalten, Händehygiene, und dort, wo wir Abstand nicht halten können, zusätzlich Alltagsmasken oder Mund-Nasenschutz tragen und das gilt für draußen. Also das ist die Grundregel, die dürfte und sollte niemand mehr infrage stellen, das sollten wir einfach so tun."

Wie nun der US-Verantwortliche Fauci lapidar vor dem Ausschuss mitteilte, ohne wissenschaftlichen Hintergrund, "auf keinerlei Daten basierend". Bereits im März 2020 schwärmte der spätere verantwortliche Minister Lauterbach über Fauci: "Fauci war über Jahrzehnte ein von allen Seiten respektierter Wissenschaftler, der alle Regierungen beriet". Im Juli 2022 präsentierte sich Lauterbach begeistert an der Seite von Fauci:

Ausschuss-Vorsitzender Wenstrup resümiert in seiner Mitteilung, dass "abweichende Meinungen" – rein auf die USA bezogen – in der Phase von drei Jahren "oft nicht berücksichtigt oder ganz unterdrückt wurden". Sollte es laut dem Republikaner "in Zukunft zu einer Pandemie kommen, muss sich die Reaktion Amerikas an wissenschaftlichen Fakten und schlüssigen Daten orientieren."

* * *

Leningrader Blockade: Bundesregierung verweigert weiter Entschädigung der Opfer

<https://freedert.online/inland/192587-leningrader-blockade-bundesregierung-verweigert-weiter/>
13.01.2024

Die Blockade der Stadt Leningrad durch die deutsche Wehrmacht und ihre finnischen Helfershelfer gilt als grausames Kriegsverbrechen und Genozid. Dennoch weigert sich die Bundesregierung bis heute, die Überlebenden zu entschädigen. Lediglich das Gedenken daran soll wachgehalten werden.

Am 27. Januar vor achtzig Jahren gelang es der Roten Armee der Sowjetunion, die Blockade Leningrads, dem heutigen Sankt Petersburg, durch die deutsche Wehrmacht zu durchbrechen. Die Stadt mit damals 3 Millionen Einwohnern war von den deutschen Faschisten gemeinsam mit den mit Nazi-Deutschland kollaborierenden Finnen rund 28 Monate von der Versorgung abgeschnitten worden. 1,1 Millionen Menschen kamen durch die Belagerung zu Tode. Der Großteil davon verhungerte oder erfror. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, den Überlebenden eine Entschädigung zu zahlen. Entschädigt wurden lediglich jüdische Überlebende, die auf Antrag eine Einmalzahlung erhalten konnten.

Die Bundesregierung verweigert die Entschädigung der nicht jüdischen Überlebenden mit der Begründung, es habe sich bei der Blockade um eine "allgemeine Kriegshandlung" und nicht um einen Genozid gehandelt. Dabei ist die Absicht des Völkermordes belegt.

Die Blockade der Stadt verfolgte keinen vorrangig militärischen Zweck. Es ging den deutschen Faschisten und ihren Handlangern nicht darum, die Stadt zur Aufgabe zu bewegen, sondern um die Dezimierung der Bevölkerung durch Hunger und Seuchen. Unmittelbar nach dem Abschneiden Leningrads von der Versorgung bombardierte die Wehrmacht Lebensmittellager und Versorgungszentren.

Eingebettet war dies in den größeren Generalplan Ost, dessen Ziele die Zerstörung der Staatlichkeit der Sowjetunion und die Eroberung von "Lebensraum im Osten" für Deutsche waren. Städte wie Leningrad und Moskau sollten dem Erdboden gleichgemacht und die Bevölkerung durch Mangel dezimiert werden. Die Überlebenden und dadurch "selektierten" sollten in ein sklavenähnliches Dasein gezwungen werden. Es handele sich bei Slawen um "Untermenschen" war die Begründung. Die Befürworter der rassistischen Idee behaupteten, dass sie wissenschaftlich fundiert sei.

Die Idee der Zerschlagung Russlands und seiner Aufteilung kursiert auch heute wieder. Insbesondere in Deutschland werden gegenüber Menschen aus Russland – auch ganz offen – rassistische Töne angeschlagen. Die Berichte in deutschen Medien bedienen antirussische Klischees.

Bereits im Oktober des vergangenen Jahres wandten sich die noch lebenden Überlebenden in einem offenen Brief an die Bundesregierung. Den Brief hat die Wochenzeitung *Unsere Zeit* dokumentiert. Sie verwiesen einerseits auf den multinationalen Charakter der Stadt, andererseits auf die Einstufung der Blockade von Leningrad als Genozid durch die russische Gerichtsbarkeit. In ihrem Brief verurteilen die Überlebenden die unterschiedliche Behandlung der Überlebenden und fordern die Entschädigung aller heute noch lebenden sechzigtausend Opfer.

Die Blockade von Leningrad gilt als eines der grausamsten Verbrechen der Nationalsozialisten. Die Bundesregierung sagt regelmäßig zu, die Erinnerung an die "Verbrechen der Nazi-Zeit" wachhalten zu wollen. Dabei ist das Kalkül durchsichtig. Die Errichtung eines Denkmals zur "Pfleger der

Erinnerungskultur" ist wesentlich günstiger als die finanzielle Entschädigung der Opfer. Der heute in Deutschland vielfach angeschlagene Ton gegenüber Russland und seinen Bürgern belegt zudem, dass das Projekt des Wachhaltens der Erinnerung gescheitert ist.

* * *

Wegen Korruption verurteilter Ex-Bürgermeister von Wladiwostok geht zur Sonderoperation

<https://freedert.online/russland/192755-wegen-korruption-verurteilter-ex-buergermeister/>

14.01.2024

Der Ex-Bürgermeister von Wladiwostok, Oleg Gumenjuk, wurde 2021 wegen des Vorwurfs der Bestechung festgenommen. Er wurde zu zwölf Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Sein Anwalt teilte nun mit, Gumenjuk habe einen Militärvertrag unterschrieben und werde zur Sonderoperation gehen.

Der ehemalige Bürgermeister von Wladiwostok, Oleg Gumenjuk, der wegen Bestechung zu zwölf Jahren Haft verurteilt wurde, hat einen Vertrag mit dem russischen Verteidigungsministerium unterzeichnet und wird in die Zone der militärischen Sonderoperation in der Ukraine geschickt. Dies berichtete der Anwalt des Ex-Bürgermeisters, Alexander Kitajew, gegenüber *Kommersant*. Er erklärte:

"Gemäß dem Befehl, der Gumenjuk erteilt wurde, musste er sich am 22. Dezember (letzten Jahres) bei der Militäreinheit melden."

Kitajew stellte klar, dass er keine Informationen darüber habe, wo sich der ehemalige Beamte derzeit aufhalte. Und er fügte hinzu:

"Soweit ich weiß, muss er zunächst eine Ausbildung auf einem der Übungsplätze absolvieren."

Gumenjuk ist 56 Jahre alt und war von April 2019 bis Mai 2021 für Wladiwostok zuständig. Wie auf der Webseite der Verwaltung berichtet wird, diente er von 1985 bis 1987 in der Marine der UdSSR. Er wurde im Oktober 2021 festgenommen. Den Ermittlungen zufolge hatte er in den Jahren 2019 bis 2021 "regelmäßig" Bestechungsgelder von der Leitung der städtischen Bestattungsfirma "Necropolis" entgegengenommen. Das russische Ermittlungskomitee behauptete, dass er mehr als 31 Millionen Rubel für die Bevormundung bei der Erbringung von Bestattungsdienstleistungen und weitere 6,9 Millionen Rubel für seine Lobbyarbeit in der Baubranche erhalten habe.

Einige Monate vor seiner Verhaftung kündigte Gumenjuk seinen Rücktritt an. Dies geschah, nachdem seine Arbeit von Juri Trutnew, stellvertretender Premierminister und bevollmächtigter Gesandter des Präsidenten im Föderalen Bezirk Fernost, und Oleg Koschemjako, Gouverneur der Region Primorje, kritisiert worden war. Laut Koschemjako habe die Arbeit Gumenjucks die Einwohner nicht zufriedengestellt. Der Bürgermeister von Wladiwostok antwortete darauf, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten eines Bürgermeisters "immer vor dem Hintergrund großer politischer Prozesse stattfinden, die sich oft als wichtiger für die Beurteilung der Arbeit des Stadtoberhauptes erweisen."

Am 18. Januar letzten Jahres befand das Leninski-Bezirksgericht von Wladiwostok Gumenjuk der Bestechung in Höhe von 38 Millionen Rubel für schuldig und verurteilte ihn zu 16 Jahren und sechs Monaten in einer strengen Strafkolonie sowie zu einer Geldstrafe von 150 Millionen Rubel. Anfang Mai milderte das Gericht der Region Primorje nach Prüfung der Berufung der Verteidigung die

Strafe für den Ex-Bürgermeister auf zwölf Jahre in einer strengen Strafkolonie ab. Der ehemalige Beamte bekannte sich nicht schuldig. Er verbüßte seine Strafe bislang in der Strafkolonie IK-27 im Dorf Woltschanez (Region Primorje).

* * *

"Vorjähriges Horoskop" — Sacharowa verhöhnt Bild-Artikel zu angeblichem russischem Angriff auf NATO

<https://freedert.online/international/192814-vorjaehriges-horoskop-sacharowa-verhoehnt-bild/>
15.01.2024

In Berichten der Bild-Zeitung ist von einem angeblichen Übungsszenario für die Bundeswehr die Rede. Russland bereite eventuell einen Krieg gegen die NATO vor, heißt es. Moskaus Außenamtssprecherin bezeichnet die Nachrichten als "vorjähriges Horoskop für Fische im Krebs".

Maria Sacharowa, die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, hat sich zu den Informationen der Zeitung *Bild* geäußert, wonach Russland angeblich einen Angriff auf die Ostflanke der NATO plane. Laut Sacharowa sei dies "das vorjährige Horoskop für Fische im Krebs":

"Ich habe den deutschen 'Geheimplan' gelesen, der dem Informationsmüllkasten Bild zugespielt wurde. Ein mächtiges vorjähriges Horoskop für Fische im Krebs. Ich schließe nicht aus, dass dieses analytische Werk der Bundeswehr vom deutschen Außenministerium unter der Leitung von Baerbock vorgelegt wurde."

Zuvor hatte die *Bild*-Zeitung eine "Verschlussache" der Bundeswehr beschrieben, die einen möglichen "Weg zum Konflikt" zwischen Russland und der NATO skizziert. In dem Dokument werden mögliche groß angelegte Übungen mit Weißrussland, das Risiko der Verlegung russischer Truppen und Mittelstreckenraketen nach Kaliningrad sowie künstlich provozierte Ausschreitungen an der Grenze zwischen Polen und Litauen erwähnt.

Dem Szenario zufolge werde Russland "den Ostukraine-Einmarsch des Jahres 2014 auf dem Boden der NATO" wiederholen. Nach Angaben der Zeitung sehe der Plan vor, dass im Juli 2024 nach einer erfolgreichen Offensive der "zunächst verdeckte, später immer offenere Angriff Russlands auf den Westen" beginnen werde.

Im Januar 2025 würden die baltischen Staaten eine wachsende Bedrohung durch Russland melden, woraufhin die NATO Abschreckungsmaßnahmen ergreifen und Truppen an ihre Ostflanke verlegen werde.

Zuvor hatten Admiral Michel Hofman, der Stabschef der belgischen Armee, Generalleutnant Martin Wijnen, der Kommandeur der niederländischen Landstreitmacht, und US-Präsident Joe Biden einen möglichen bewaffneten Konflikt zwischen europäischen Ländern und Russland erwähnt. Die Option eines Krieges wurde auch von Behörden in Schweden eingeräumt, das einen Antrag auf NATO-Beitritt gestellt hat, dem Bündnis aber noch nicht beigetreten ist.

Moskau dementiert wiederholt vermeintliche Pläne für einen militärischen Zusammenstoß mit der NATO. Russlands Präsident Wladimir Putin betonte, das Land habe "kein Interesse" an einem Krieg mit den Ländern der Allianz. Im Gegenteil, Moskau sei daran interessiert, die Beziehungen auszubauen.

* * *

Humanitäre Hilfe: 25.000 Tonnen russisches Getreide in Kamerun eingetroffen

<https://freedert.online/international/192843-humanitaere-hilfe-25000-tonnen-russisches/>

16.01.2024

Eine humanitäre Getreidelieferung von 25.000 Tonnen aus Russland ist am Freitag im Hafen von Douala in Kamerun eingetroffen. Zuvor waren bereits rund 50.000 Tonnen russisches Getreide kostenlos nach Somalia und Eritrea geliefert worden.

Rund 25.000 Tonnen russisches Getreide aus einer humanitären Lieferung wurden im autonomen Hafen von Douala in Kamerun entladen und an Mühlen zur Herstellung von Weizenmehl weitergeleitet, berichtete *AfricanNews* am Freitag.

Das Mehl soll anschließend in die benachbarte Zentralafrikanische Republik (ZAR) transportiert werden. Der russische Honorarkonsul in Douala, Jean Marie Tchoussang, sagte:

"Die afrikanischen Staaten schätzen Russland für seinen Ansatz, seine Position und seine Art, Dinge zu tun."

Er fügte hinzu:

"Russland schlägt eine Partnerschaft auf Augenhöhe vor, einen Austausch, von dem alle Seiten profitieren."

Vorige Woche traf eine weitere Getreideladung von 25.000 Tonnen für Simbabwe im Hafen von Beira in Mosambik ein.

Das Getreide wird in Silos gelagert, bevor es nach Simbabwe transportiert wird, wo es verpackt und dem Präsidenten des Landes übergeben wird.

Rund 50.000 Tonnen russisches Getreide wurden bereits kostenlos nach Somalia und Eritrea geliefert. Auch Mali und Burkina Faso werden voraussichtlich Lieferungen erhalten.

Die Lieferungen wurden vom russischen Präsidenten Wladimir Putin im Juli letzten Jahres während des zweiten Russland-Afrika-Gipfels zugesagt. Dort verpflichtete er sich, rund 200.000 Tonnen Weizen kostenlos nach Burkina Faso, Simbabwe, Mali, Somalia, in die Zentralafrikanische Republik und nach Eritrea zu liefern.

* * *

Feuerwehr jubelte Bauernprotest zu: Nun drohen "beamtenrechtliche" Konsequenzen

<https://freedert.online/inland/192990-feuerleute-jubeln-bauernkorso-zu-jetzt-drohen-ihnen-beamtenrechtliche-konsequenzen/>

17.01.2024

Ein verbeamteter Feuerwehrmann hat vorbeifahrenden Bauern auf dem Weg zur Großkundgebung in Berlin zugejubelt – das Video der Szene ging im Netz viral. Nun drohen ihm – und möglicherweise auch seinen Kollegen – dienstrechtliche Konsequenzen.

Ein Video ging zu Beginn des großen Protesttages in Berlin im Netz viral. Zu sehen war zunächst der Straßenabschnitt vor einer Feuerwache im Berliner Ortsteil Wittenau des nordwestlichen Stadtbezirks Reinickendorf und die Kolonne vorbeifahrender Traktoren. Dann trat ein Feuerwehrmann vor die Wache und begrüßte die Protestler mit klatschenden Händen und einer Bewegung des beliebten Jubelns in einer La-Ola-Welle, wie man sie aus Fußballstadien kennt. Gleichzeitig dröhnten die Sirenen der Feuerwehrautos, und es war außerdem kurz ein weiterer Feuerwehrmann zu sehen, der die Bauern ebenso grüßte.

Ein weiterer Kollege muß wohl die Jubel-Szene gefilmt und ins Netz gestellt haben, wobei es wenig wahrscheinlich ist, dass dieser seine Kollegen damit "verpetzen" wollte. Im Gegenteil, die Sympathiebekundungen schienen an diesem Tag offenbar aus der Sicht der ganzen Schichtbelegschaft etwas Selbstverständliches und Berichtenswertes zu sein.

Der Telegram-Kanal *Infrarot* teilte dieses Video dann gleich am 15. Januar um 5:42 Uhr mit dem Kommentar: Wenn das wahr wäre,

"... das Stimmungsbild wäre für die Ampelregierung absolut verheerend! Die Feuerwehr ist ein integraler Bestandteil des Staates und fest eingebunden in den Sicherheitsapparat. Es gelten ebenso Befehl und Gehorsam, wie bei Bundeswehr oder Polizei. Von dort solch offene Meinungsbekundungen gegen die Regierung zu sehen, ist deshalb eher ungewöhnlich und wohl auch ein Indikator."

Nun hat die Zustimmungsbekundung für den erkennbaren Feuerwehrmann tatsächlich dienstrechtliche Konsequenzen. Ein Sprecher der Berliner Feuerwehr teilte mit: "Die zuständige Fachabteilung prüft den Sachverhalt nun, um zu klären, inwieweit hier ein Verstoß gegen beamtenrechtliche Regelungen vorliegt." Grundsätzlich seien Beamte während des Dienstes zur Neutralität verpflichtet, erklärte der Sprecher. Von den 5.790 Mitarbeitern der Berliner Feuerwehr seien rund 5.200 verbeamtet.

Das Originalvideo aus Wittenau wurde inzwischen über 15.000 Mal angesehen, mit weiter steigenden Zugriffszahlen. Die Kommentare unter dem Beitrag zeigen wenig Verständnis für das Vorgehen der Leitung der Berliner Feuerwehr. Hier folgen einige Zitate [Schreibung wurde beibehalten]: "In welchem Land leben wir das man sich für Solidarität dem Volke gegenüber, auch noch rechtfertigen muss? In meinen Augen ist das ein Bild, das in die Geschichte eingehen müsste", schrieb der Nutzer mit dem Nutzernamen Venjoj. "Und was ist mit dem Kniefall der Polizisten bei Black Lives Matter bekommen die auch ein Disziplinarverfahren ? Oder dreht es sich hier nur um die politische Correctness", kommentierte ein anderer.

Es ist auch nicht unwahrscheinlich, dass die Berliner Feuerwehrleute mit der Geste auch unbekanntem Feuerwehr-Kollegen vom Lande begrüßt haben. Denn nicht selten sind es ausgerechnet auch solche Bauern, die in ländlichen Gebieten solidarische Aufgaben bei der Freiwilligen Feuerwehr ihrer Gemeinden übernehmen. Darauf wiesen übrigens Bürgermeister von vierzehn Gemeinden in Schleswig-Holstein in ihrem offenen Brief an die gesamte Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise hin, als sie schrieben:

"Nach dem Abbau der Bundeswehr, den Einsparungen im Katastrophenschutz, THW, etc., sind Landwirte mit ihren Schleppern & Maschinen oft die einzige Kraft, die zusammen mit ihren Feuerwehren flächendeckend, selbstständig und sofort Hilfe leisten kann."

* * *

Fischerei in der Barentssee: Russland kündigt Abkommen mit Großbritannien auf

<https://freedert.online/international/193172-russland-wird-grossbritannien-fischfang-in/>
18.01.2024

Moskau wird das Abkommen mit London über das Recht auf Fischfang in der Barentssee aufkündigen. Das Vorhaben wird auch vom russischen Föderationsrat tatkräftig unterstützt, berichten Medien. Seit den Zeiten der Sowjetunion ist der Vertrag in Kraft.

"Die Aufkündigung des Abkommens wird keine schwerwiegenden außenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen für die Russische Föderation haben", heißt es in Regierungspapieren, die die Zeitung *Iswestija* zitiert.

Moskau betont, die Notwendigkeit, das seit langem bestehende Abkommen, das noch aus der Sowjetzeit stammt, zu kündigen, ergebe sich aus dem feindseligen Verhalten Großbritanniens. Seit Anfang des Jahres 2022 verhängt Großbritannien immer schärfere Sanktionen gegen Russland. Im März 2023 schloss das Vereinigte Königreich Russland aus dem Meistbegünstigtenregime der Welthandelsorganisation aus und verhängte zusätzliche Zölle in Höhe von 35 Prozent auf die Einfuhr bestimmter Waren aus Russland. Hiermit habe "der russischen Wirtschaft maximaler Schaden zugefügt und die negativen Folgen für das Vereinigte Königreich minimiert werden" sollen, geht laut *Iswestija* aus einer Erklärung der britischen Staatsführung hervor.

Wie Medien berichten, wäre der Bruch des Abkommens zwischen Russland und dem Vereinigten Königreich zudem das erste internationale Lebensmittelabkommen, das gekündigt würde. *Iswestija* schreibt:

"Die Regierungen der UdSSR, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland schlossen im Mai des Jahres 1956 ein Abkommen. Dem Dokument zufolge wurde Großbritannien das Recht eingeräumt, in den Gewässern der Barentssee entlang der Küste der Kola-Halbinsel, entlang des Festlands östlich von Kap Kanin Nos und entlang der Küste der Insel Kolgudjew sowie auf den Inseln zu fischen. Die Schiffe durften sich in diesen Gewässern aufhalten und ankern. Dieses Abkommen wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen, mit der Möglichkeit einer ständigen Verlängerung für einen ähnlichen Zeitraum. Das Dokument sieht vor, dass das Abkommen in Kraft bleibt, bis es von einer der Parteien aufgekündigt wird."

Allerdings ist das Abkommen nur für Großbritannien günstig, betonen Experten. German Swerew, Präsident des Gesamtrussischen Verbandes der Fischereiproduzenten, erklärt in einem Gespräch mit *Iswestija*, dass die Vereinbarung zwischen den beiden Ländern vor allem einseitig sei und Russland keine vergleichbaren oder angemessenen Vorteile bringe. Nikolai Titow, Mitbegründer des Beratungsunternehmens *a.t.Legal*, stellt fest:

"Diesem Dokument zufolge mussten die britischen Behörden der sowjetischen Seite keine Gegenleistung für das Recht auf Einfahrt ihrer Fischereifahrzeuge in die Hoheitsgewässer der UdSSR (heute Russland) erbringen. Daher gibt es keinen Grund, von negativen Folgen für unser Land zu sprechen."

Die Notwendigkeit, ein solches Abkommen zu kündigen, ist also nicht nur überfällig, sondern offenbar auch längst überreif. Konstantin Kossatschow, stellvertretender Sprecher des Föderationsrates, ist der Ansicht, dass die Aufkündigung des Abkommens zwischen Russland und Großbritannien eine längst überfällige und legitime Reaktion auf die höchst unfreundliche Politik

Londons sei. Auf Telegram erklärt Kossatschow:

"Das geplante Fangverbot für Großbritannien in der russischen Zone der Barentssee ist eine längst überfällige, legale und der Situation absolut angemessene Antwort Moskaus auf Londons unfreundliches Vorgehen. Ich unterstütze energisch die Aufkündigung des bilateralen Abkommens aus dem Jahr 1956. Ich würde mir mehr solche konkreten und für unsere Gegner sensiblen Maßnahmen der russischen Seite wünschen."

* * *

Analyse

Unionsfraktion fordert "verbindliche finanzielle und strukturelle Stärkung der WHO"

<https://freedert.online/inland/191840-unionsfraktion-fordert-verbindliche-finanzielle-und-strukturelle-staerkung-der-who/>

05.01.2024

Die Bundesregierung hat eine Pressemitteilung über den Antrag der Unionsfraktion zur Förderung des WHO-Pandemievertrags veröffentlicht. Demnach soll die staatliche Souveränität bestehen bleiben. Im Antragstext geht es aber vor allem um die Stärkung transnationaler Strukturen.

In einer Pressemitteilung informierte der Deutsche Bundestag am Dienstag über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion über den WHO-Pandemievertrag. Im Antrag 20/9737 an die Bundesregierung befürwortete die Unionsfraktion den internationalen Pandemievertrag, der im Mai 2024 verbindlich von den Mitgliedsländern der Weltgesundheitsorganisation beschlossen werden soll. In zwölf Punkten fordert die Fraktion die Regierung auf, sich für den Pandemievertrag einzusetzen. Der Antrag war kurz vor Weihnachten, am 12. Dezember, an die Bundesregierung gestellt worden.

Zur Prävention von Pandemien müsse die WHO handlungsfähiger werden, heißt es darin zur Begründung des Pandemievertrags. Dazu sei grundsätzlich vor allem eine finanzielle und strukturelle Stärkung der WHO vonnöten:

"Eine verbindliche finanzielle und strukturelle Stärkung der WHO in pandemiebezogenen Feldern ist daher dringend geboten. Eine Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften reicht dafür nicht aus."

Während man laut dem Fraktionsantrag die Macht der WHO – sie müsse handlungsfähiger werden – stärken müsse, sollen gleichzeitig "einzelstaatliche Souveränitätsrechte vollumfänglich bestehen bleiben". Ganz besonders wichtig ist den namentlich unterzeichnenden Antragstellern Friedrich Merz und Alexander Dobrindt (inklusive Fraktion) demnach "die Notwendigkeit einer breit angelegten öffentlichen Diskussion":

"Die Antragsteller betonen die Notwendigkeit einer breit angelegten öffentlichen Debatte über die Ziele und Inhalte eines Pandemieabkommens unter Einbeziehung von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Parlamenten." Damit verhindere man Verschwörungstheorien, die "bereits Kreise" zögen. In dem Kontext seien sogar schon Petitionen an den Deutschen Bundestag gestellt worden – so der Unionsantrag –, die sich auf eine "vermeintliche Aushöhlung" nationaler Zuständigkeiten infolge des Pandemieabkommens bezögen.

Insgesamt umfasst der Antrag der CDU/CSU-Fraktion in Bezug auf den Umgang der Bundesregierung mit dem WHO-Pandemievertrag zwölf konkrete Forderungen. Nach der ersten Forderung solle die Bundesregierung sich vollumfänglich für den Präventionsansatz des internationalen Pandemieabkommens einsetzen. Außerdem müssten Gesundheitsfragen in allen betroffenen Politikbereichen besonders gefördert werden (Forderung zwei).

Zur antimikrobiellen Resistenz müssten gemeinsame internationale Standards geschaffen werden, heißt es in einer weiteren Forderung. In einem "One-Health-Ansatz" müssten diese Standards bei

der Erforschung und Bekämpfung von Mikroben international eingehalten werden. Dazu gehören auch die systematische Überwachung der Einhaltung dieser Standards und dementsprechender Maßnahmen.

Die Bundesregierung muss sich laut dem Forderungskatalog der Union auch explizit dafür einsetzen, dass weltweit "führende Experten der Globalen Gesundheit stetig in den Verhandlungsprozess eingebunden werden, um sicherzustellen, dass sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse aus der COVID-19-Pandemie als auch Bedarfe der Forschungslandschaft in Bezug auf künftige Pandemien angemessen miteinbezogen werden".

Gemäß Forderung Nr. 7 solle sich die Bundesregierung konsequent gegen eine Abschwächung des Patentschutzes für Impfstoffe und Medikamente aussprechen. Denn das würde nach Ansicht der Union "weder zu einer schnelleren Herstellung noch zu einer gerechteren Verteilung führen".

Für eine universelle Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage, UHC) müsse die deutsche Regierung Investitionen in die "primäre Gesundheitsprävention" und andere Gesundheitsmaßnahmen auch hierzulande vorantreiben. Aber vor allem, so Forderung Nr. 11, müsse Deutschland "Investitionen in die Stärkung und nachhaltige Finanzierung der WHO voranzutreiben, sodass sie ihre notwendige Funktion bei der Reaktion auf pandemische Bedrohungen erfüllen kann". Und schließlich müsse Deutschland – so die letzte Forderung der CDU/CSU-Fraktion – aktiv gegen gesundheitsbezogene Fehlinformationen und Hassreden vorgehen.

* * *

Ernst Wolff: Agenda der deutschen Landwirtschaft wird im Silicon Valley beschlossen

<https://freedert.online/inland/191932-ernst-wolff-agenda-der-deutschen-landwirtschaft-wird-im-silicon-valley-beschlossen/>

06.01.2024

Der Wirtschaftsexperte Ernst Wolff erläutert den Hintergrund der Landwirtschaftspolitik in Deutschland. Bill Gates und große Vermögensverwalter haben in Laborfleisch und die Klimaagenda investiert. Die bäuerliche Landwirtschaft wollen sie abschaffen.

Von Felicitas Rabe

Bald könnte es in Deutschland krachen. Durch die massiven Bauernproteste wackelten die Stühle der Regierung. Möglicherweise werde man in absehbarer Zeit die Grünen quasi als Bauernopfer "zum Abschuss freigeben".

Aber die Lage sei kompliziert, erklärte der Wirtschaftsexperte Ernst Wolff im Interview mit Michael Mross von *MMnews* am Freitag. Die deutsche Bauernschaft, also die kleinen und mittleren Betriebe, stünden wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand. Deshalb bleibe ihnen gar nichts anderes übrig, als Widerstand gegen die Regierungspolitik zu leisten.

Auf der anderen Seite würden die Fäden der Landwirtschaftspolitik gar nicht von den gewählten Volksvertretern in Deutschland gezogen, so Wolff. Die Agenda der deutschen Landwirtschaft werde von Leuten im Silicon Valley und an der Wall Street in den USA beschlossen: von den großen Vermögensverwaltern und den großen IT-Konzernen. Unsere Politiker handelten als Marionetten in deren Profitinteressen.

Um die Saatgutkontrolle weiter voranzutreiben – im Moment werde an "unglaublichen Saatgutveränderungen gearbeitet" –, verbreite man die Geschichte, dass die ganzen Saaten "klimaunempfindlich" gemacht werden müssten. Eine weitere Agenda betrifft das Laborfleisch.

Man nehme zum Beispiel den Milliardär Bill Gates. Seine Stiftung, die Bill & Melinda Gates Foundation, investiere aktuell ganz groß in die Laborfleischproduktion. Aus Profitinteresse habe Gates daher ein großes Interesse am Narrativ des angeblich klimagefährdenden Methanausstoßes bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Die Bauernproteste kommen da ungelegen.

Allerdings hat Gates' Stiftung schon regelmäßig in deutsche Mainstream-Medien investiert und damit seinen Einfluss auf das Narrativ etabliert. Insofern diffamierten Magazine wie beispielsweise der *Spiegel* die Bauernproteste.

Dem Wirtschaftsexperten zufolge haben unsere aktuellen Politiker wie zum Beispiel Robert Habeck gar nicht den "Horizont", um diese Zusammenhänge zu verstehen. Die deutschen Bauern kämpfen schon seit Jahren ums Überleben. Mit Zahlen von *Statista* verdeutlichte Mross den stetigen Untergang der Landwirtschaft in diesem Land: 1995 habe es noch 390.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland gegeben. Mittlerweile seien es um ein Drittel weniger: 2020 sank die Zahl auf 240.000 Betriebe.

"Wir erleben gerade einen Frontalangriff auf den deutschen Mittelstand", so Wolff.

Das spiegele sich auch in den stetig wachsenden Steuereinnahmen wider, für die in Deutschland vor allem der Mittelstand aufkomme. Habe man im Jahr 2010 noch 530 Milliarden Steuern eingenommen, waren es im Jahr 2022 laut Statistika fast das Doppelte, nämlich 895 Milliarden.

Ganz konkret müsse man nur mal auf die Staatssekretäre der deutschen Politiker schauen. Die wichtigste Staatssekretärin von Wirtschaftsminister Habeck sei eine Bankerin der City of London, die bis zum vorletzten Jahr für den Vermögensverwalter BlackRock gearbeitet habe (gemeint, aber von Wolff nicht namentlich genannt, ist Elga Bartsch). Und dort würden die Entscheidungen für Deutschland getroffen, nicht in Berlin. Wolff geht daher davon aus, dass mittelständische Unternehmer aller Branchen in den nächsten Tagen den Bauernprotest unterstützen.

* * *

Das korrupte System, das Jeffrey Epstein hervorbrachte, wird seinen Untergang überleben

<https://freedert.online/nordamerika/191902-korrupte-system-jeffrey-epstein-hervorbrachte/>

07.01.2024

In der Saga rund um Jeffrey Epstein wurden Gerichtsakten veröffentlicht, die prominente Namen aufführen. Aber die genannten Personen werden wahrscheinlich ungeschoren davonkommen. Was letztlich offenbart, dass es keinen investigativen Journalismus mehr gibt.

Von Graham Hryce

Ein amerikanisches Gericht hat diese Woche über 900 Gerichtsakten im Zusammenhang mit der schmutzigen und scheinbar endlosen Saga rund um Jeffrey Epstein veröffentlicht. Epstein war der sehr gut vernetzte und schwerreiche Finanzberater – mit einer Vorliebe dafür, sich von Teenager-Mädchen aus Wohnwagensiedlungen "massieren" zu lassen. Epstein soll im Jahr 2019 in einer Gefängniszelle in Manhattan Selbstmord begangen haben, während er auf seinen Prozess wartete. Zuvor war er beschuldigt worden, einen Prostitutionsring mit Minderjährigen betrieben zu haben.

Die westlichen Medien hatten Epstein natürlich schon lange vor seinem umstrittenen Tod Berühmtheit verliehen – zusammen mit seiner Geliebten und Komplizin Ghislaine Maxwell. Für Maxwell selbst sind Skandale nichts Fremdes. Sie ist die Tochter des in Ungnade gefallenem milliardenschweren Verlegers Robert Maxwell, der 1991 Selbstmord begangen hatte, kurz bevor bekannt wurde, dass er Hunderte Millionen Pfund aus den Pensionsfonds seiner Unternehmen abgezweigt hatte.

Epstein war einer der Finanzberater von Robert Maxwell. Als Ghislaine nach dem Tod ihres Vaters nach New York zog, begannen Epstein und Ghislaine eine romantische Beziehung. Sie brauchte und schätzte seine Finanzberatung und er war beeindruckt von ihren weitverzweigten sozialen Verbindungen zu Zirkeln der Eliten auf der ganzen Welt – die sogar bis zur britischen Königsfamilie reichten. Ghislaine Maxwell sitzt derzeit in einer Gefängniszelle in den USA. Sie wurde 2021 wegen Kuppelei und der Beschaffung junger Mädchen für Epstein verurteilt und erhielt eine zwanzigjährige Haftstrafe.

Ironischerweise wurden Epstein und Maxwell von einem der jungen Mädchen, die sie sexuell ausbeuteten, zu Fall gebracht – einer Australierin namens Virginia Giuffre, die Epstein und Maxwell unerbittlich durch das amerikanische Rechtssystem verfolgte. Giuffre strengte auch ein Gerichtsverfahren gegen den unglücklichen Prinzen Andrew aus dem Königshaus der Windsors ein, einen engen Freund von Epstein und Maxwell, mit dem sie nach ihrer Aussage mehrfach zum Sex gezwungen wurde. Dies führte schließlich zu einer außergerichtlichen Einigung in Höhe von mehreren Millionen Dollar und zur Verbannung des Prinzen aus dem öffentlichen Leben des britischen Königshauses.

Die anzügliche Natur der langjährigen Epstein-Saga und ihr Subtext sind zweifellos der Grund für die anhaltende Faszination der westlichen Medien für Epstein und Maxwell. Aber da ist noch ein weiterer Faktor am Werk: der Wunsch, die einzelnen Mitglieder der globalen Eliten zu entlarven und zu Fall zu bringen; jene, die mit Epstein verkehrten und von seiner Gastfreundschaft und Großzügigkeit profitierten. Allerdings liegt darin auch ein Element politischer Naivität. Haben die westlichen Eliten nicht schon immer junge Mädchen aus den unteren Gesellschaftsschichten sexuell ausgebeutet? Und was noch wichtiger ist: Die weit verbreiteten betrügerischen Finanzaktivitäten dieser mächtigen Individuen und der von ihnen kontrollierten Unternehmen verdienen es doch eher, aufgedeckt zu werden.

Es sollte auch nicht überraschen, dass ein kluger und ehrgeiziger Emporkömmling wie Epstein – der nicht aus privilegierten Verhältnissen stammte und Lehrer war, bevor er Finanzberater der globalen Eliten wurde – seine Kunden auch regelmäßig in seinen Privatresidenzen mit jungen Frauen aus der Arbeiterklasse versorgte. Die Medienberichterstattung über die Veröffentlichung der Gerichtsakten – und es werden noch weitere Veröffentlichungen folgen – konzentrierte sich daher auf die Identität jener prominenten Personen, die in den jetzt öffentlich gemachten Schriftsätzen, Aussagen und Beweisstücken namentlich genannt werden.

Es überrascht nicht, dass der ehemalige Präsident Bill Clinton darin eine herausragende Rolle spielt – er ist regelmäßig im Privatjet von Epstein geflogen und hat sich auf seiner Privatinsel in der Karibik aufgehalten. In einem Dokument wird Epstein mit den Worten zitiert: "Clinton mag sie jung." "Slick Willie" (Schlüpfriger Willie) – wie er von seinen politischen Gegnern in Arkansas genannt wurde – hat natürlich jegliches unangemessenes Verhalten und jegliche Kenntnis von Prostitution mit jungen Mädchen bestritten. Wer würde Bill Clintons Dementis in solchen Angelegenheiten nicht glauben? Sie waren so überzeugend, dass nicht einmal Hilary das Bedürfnis verspürte, ihn öffentlich zu unterstützen.

Der berühmte amerikanische Anwalt und Akademiker Alan Dershowitz wird in den Gerichtsakten ebenfalls mehrfach erwähnt – darunter in Verbindung mit der Anschuldigung, er habe während seines Aufenthalts bei Epstein Sex mit einem minderjährigen Mädchen gehabt. Dershowitz, der Epstein anwaltlich vertrat und im Zusammenhang mit den gegen ihn im Jahr 2008 erhobenen Sexualvorwürfen eine Einigung mit dem Gericht für ihn erwirkte, hat diese Anschuldigung gegen sich entschieden zurückgewiesen. Er gab jedoch zu, dass er die Residenzen von Epstein oft besuchte und sich einmal massieren ließ – bestreitet jedoch gleichzeitig jegliche Unangemessenheit oder Kenntnis vom ungeheuerlichen Fehlverhalten Jeffrey Epsteins. Die Dementis von Dershowitz werden durch die Tatsache bestärkt, dass er Giuffre wegen Vorwürfen verklagte, die sie vor einigen Jahren gegen ihn erhoben hatte. Sie musste jedoch die Klage gegen ihn zurückziehen, nachdem sie zugegeben hat, dass sie Dershowitz möglicherweise mit jemand anderem verwechselt hatte.

Prinz Andrew ist, wiederum nicht überraschend, in den veröffentlichten Gerichtsakten eine sehr auffällige Figur – aber seine sehr enge Verbindung zu Epstein und Maxwell ist keine Neuigkeit, ebenso wie seine Liaison mit Frau Giuffre und sein anschließendes Dementi. Michael Jackson wird in den Akten einmal erwähnt – obwohl es sehr unwahrscheinlich ist, dass er sexuelle Unanständigkeiten begangen hat, während er in den Genuss der Gastfreundschaft von Epstein kam. Aus den Gerichtsakten geht eindeutig hervor, dass in den Residenzen von Epstein nur junge Frauen angeboten wurden. Auch Donald Trump wird am Rande erwähnt – allerdings ist öffentlich bekannt, dass Trumps Beziehung zu Epstein bereits vor Jahrzehnten endete.

Von größerem Interesse sind diejenigen Mitglieder der globalen Eliten mit geringerem öffentlichem Profil, die in den Akten ebenfalls erwähnt werden. Zu diesen Personen gehören Tom Pritzker, milliardenschwerer Chef der Pritzker Organization und Vorstandsvorsitzender von Hyatt Hotels; Glenn Dubin, milliardenschwerer Investor und Mitbegründer von Highbridge Capital; Marvin Minsky, KI-Pionier und Professor am MIT; und Bill Richardson, ehemaliger Gouverneur von New Mexico, wo Epstein eines seiner Häuser hatte. Gemäß den Gerichtsakten behauptet Frau Giuffre, sie habe Sex mit Pritzker und Dubin sowie mit Minsky gehabt, der 2016 verstarb. Pritzker hat die Behauptung von Frau Giuffre zurückgewiesen.

Zweifellos werden die Veröffentlichung der Epstein-Akten und die noch folgenden Veröffentlichungen die Schlagzeilen der westlichen Medien dominieren. Einzelheiten zu den angeblich von Epstein und seinen Freunden begangenen Sexualverbrechen werden von einem Publikum, das von solchen Skandalen begeistert ist, wollüstig verschlungen werden. Und der Ruf einiger einzelner wird dermaßen geschädigt, dass sie im nächsten Jahr keine Einladung nach Davos erhalten werden.

Aber das korrupte Finanzsystem, das Epstein erschaffen und das ihm Wohlstand ermöglicht hat, wird weiterhin völlig unkontrolliert und jenseits einer effektiven Kontrolle agieren. Selbst auf der Ebene der Entlarvung derjenigen Personen, von denen die jungen Mädchen ausgebeutet wurden, nachdem sie ihnen von Epstein zur Verfügung gestellt wurden, werden die meisten ungeschoren davonkommen.

Große Teile der diese Woche veröffentlichten Gerichtsakten sind geschwärzt, und nur Epstein und Maxwell kennen die Namen aller Personen, die tatsächlich an ihren Aktivitäten beteiligt waren. Epstein ist praktischerweise tot. Maxwell hat während ihres gesamten Prozesses und ihrer Inhaftierung zu diesem Thema eisern geschwiegen – angesichts des Schicksals, das Epstein ereilte, vielleicht ein kluger Schachzug.

Die Medienberichterstattung über die Epstein-Saga gibt vor, investigativer Journalismus zu sein – doch ihre Oberflächlichkeit offenbart den wahren Skandal dahinter, nämlich dass es im Westen keinen echten investigativen Journalismus mehr gibt.

Aus dem Englischen.

Graham Hryce ist ein australischer Journalist und ehemaliger Medienanwalt, dessen Arbeiten in *The Australian*, *The Sydney Morning Herald*, *The Age*, *The Sunday Mail*, *The Spectator* und *Quadrant* veröffentlicht wurden.

* * *

Mexikanisches Patt: Mexikos Wahl – Letzter Nagel im US-Sarg?

<https://freedert.online/nordamerika/191927-mexikos-wahl-trump-sieg-mexikanisches-letzter-nagel-us-sarg/>

08.01.2024

Das Jahr 2024 verschnürt mehrere wichtige Wahlen weltweit zu einem Knoten – die abrupte Lösung dieses Knotens könnte einen Weltkrieg entfachen. Einer der Fäden dieses adrigen Geflechts führt in den südlichen Teil Nordamerikas: nach Mexiko. Wen wird Trump dort vorfinden, falls er gewinnt?

Von Elem Chintsky

Einige fragten sich, wer wohl die "Frau mit dem Pferdeschwanz" auf dem Titelblatt der britischen (beziehungsweise europäischen) Ausgabe des *Economist* von Mitte November 2023 ist. Die Frage könnte auch lauten: Wer ist die Frau, die laut dem *Economist* bald Mexiko regieren soll?

Mittlerweile ist klar, dass es sich um die ehemalige Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, Claudia Sheinbaum Pardo, handelt. Der *Economist* lieferte den entscheidenden visuellen Hinweis geradezu synchron in einem separaten Artikel.

Falls Sheinbaum im Juni 2024 den Wahlsieg einführt, wäre sie nicht nur die erste Frau in Mexikos Geschichte, die das Präsidentenamt bekleidet, sie wäre auch die erste Jüdin an der mexikanischen Staatsspitze.

Kurzer Rückblick für den Kontext

Ungeachtet dessen, ob aus Sicht der Nachwelt der dritte Weltkrieg bereits läuft oder noch nicht, wird immer wieder darüber spekuliert, welche neue Eskalation den unmissverständlichen Indikator für die Identifizierung des Beginns des dritten Weltkrieges in unserer Gegenwart hergeben würde. Jeder weiß mittlerweile, dass ein Eintritt in einen bewaffneten Konflikt durch einen der beiden größten Hegemonen auf der Erde – die Volksrepublik China oder die Vereinigten Staaten von Amerika – als solch ein Indikator angesehen würde. Das gilt besonders – aber nicht nur –, wenn ein enger Bündnispartner des jeweils anderen Hegemons dabei angegriffen oder angegriffen würde.

Für Peking stellt das derzeit mit den USA verbündete Taiwan das fragile Pulverfass dar. Wobei für Washington, D.C., eindeutig Israel der wunde Punkt ist, an dem der Komfort eines Stellvertreterkrieges – wie er bisher in der Ukraine gegen Russland geführt wurde – rasant aufgebraucht und eine direkte Verpflichtung und eigene Verausgabung vor Ort anstehen würde. Sobald ein islamischer oder arabischer Staatsakteur – zum Beispiel ein Partner Russlands wie Iran oder Syrien, die jemenitischen Huthis im Roten Meer oder das NATO-Mitglied Türkei – aktiv von Israel in einen größeren Nahost-Krieg hineingezogen würde, wären diese Eintrittsbedingungen für die USA mehr als erfüllt.

Die USA haben aber noch einen weiteren verwundbaren, nicht so kleingedruckten Punkt, den man versucht in einer ganz anderen innenpolitischen Diskussionsdomäne zu halten – als ob er mit all dem Rest, der auf der Welt geschieht, nichts zu tun hätte: Mexiko. Über 73 Prozent seiner Staatsgrenze teilt sich das Land mit den USA. Donald Trump wurde 2016 unter anderem deshalb zum Präsidenten gewählt, weil er die US-mexikanische Grenze für illegale Migration, Menschen- und vor allem Drogenhandel dichtzumachen versprach. Während seiner Amtszeit baute er zwar seine berühmte "Mauer", aber all diese Mühe wurde von dem demokratischen Präsidenten Joe Biden ab Anfang 2021 rasch wieder zunichtegemacht. Die Grenze ist seit einigen Jahren de facto wieder offen – allein für das Jahr 2023 schätzt man bis zu 300.000 illegale Einwanderer, die vom mexikanischen Territorium aus in die USA gelangt sind. Diesen Aspekt beleuchten wir zuletzt, da hier der kritische Punkt verborgen ist.

Economist verteilt Brotkrümel als Analyse-Festmahl

Die US-amerikanische Ausgabe des *Economist* mit dem Titel "The World Ahead 2024" (deutsch: "Die Welt im Jahr 2024") zeigt die Erdkugel, die zur Hälfte von der markanten Silhouette des ehemaligen US-Präsidenten Donald J. Trump überschattet ist. Die verdunkelte Hälfte umfasst die Kontinente Afrika, Europa, Asien und Australien – der Rest badet im Sonnenlicht. Wie anfangs bereits erwähnt, das Titelblatt derselben, aber britisch-europäischen Ausgabe hat eine etwas komplexere, verkopftere Gestaltung. Die Grafik zeigt viele Elemente mit dualistischen Gegenüberstellungen – in Farben und Symbolen: Einerseits Putin (blau) im Kontrast zu Selenskij (rot) – beide einander feindlich zugewandt; andererseits, jeweils voneinander abgewandt, Xi (rot) und Biden (blau).

Claudia Sheinbaums Silhouette – als das Profil der "Frau mit Pferdeschwanz" – ist kleiner und direkt über dem Profil von Selenskij verortet. Gegenüber Sheinbaum ist über Putins Abbild die Silhouette Trumps zu sehen – mit einem Fragezeichen, welches man sich bei Sheinbaum spart. Der *Economist* identifiziert demnach die mexikanischen und US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen dieses Jahr zweifelsohne als die wichtigsten regulären Polit-Ereignisse.

Bereits weiter oben wurde erwähnt, dass Sheinbaum der erste jüdische Mensch im mexikanischen Präsidentschaftsamt sein wird – dies gilt für den schon seit 2019 amtierenden Selenskij und die Ukraine genauso. Neben dieser Gemeinsamkeit ist auch die geostrategische Lage beider Länder ähnlich. Wie die Ukraine eine intime, geopolitische, für Russland Sicherheitspolitik gefährdende Positionierung innehat, gilt dasselbe für die USA mit dem Nachbarn Mexiko. Anders als Moskau war Washington, D.C., aber – noch nicht – mit einer "abrupten Eskalation" konfrontiert. Der *Economist* lässt in seiner Collage auch keinen US-mexikanischen Konflikt vermuten.

Mexikos interne Polit-Küche

Die ehemalige Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, Sheinbaum, wurde von ihrer Partei-Koalition bereits im September 2023 für das Präsidentschaftsrennen nominiert – wenige Monate vorher hatte sie ihr Amt als Bürgermeisterin der Hauptstadt niedergelegt.

Sheinbaums Rivalin ist die Geschäftsfrau Xóchitl Gálvez – ehemalige Senatorin der rechtszentristischen "Partei der Nationalen Aktion" (PAN) bis 2021 –, die seitdem der sozialdemokratischen "Partei der demokratischen Revolution" (PRD) angehört. Die PRD und die PAN bilden eine große politische Koalition namens "Stärke und Herz für Mexiko", die Gálvez als Kandidatin gegen Sheinbaum aufgestellt hat. Wie man es auch dreht – Mexiko erhält dieses Jahr mit statistischer Gewissheit seine erste Frau im Präsidentschaftsamt.

Sheinbaums Partei hingegen ist gleichzeitig die des amtierenden Präsidenten Mexikos, Andrés

Manuel López Obrador: Movimiento Regeneración Nacional (MORENA), zu Deutsch: Bewegung der nationalen Erneuerung. Die MORENA könnte, ähnlich wie die verfeindete PRD, als "sozialdemokratisch" angesehen werden, wird aber aufgrund starker Tendenzen zum Linksnationalismus auch von vielen Beobachtern gleichzeitig als "anti-neoliberal" verstanden – was man zum Beispiel der deutschen SPD kaum vorwerfen könnte.

Als Obrador mit der sieben Jahre zuvor gegründeten MORENA 2018 die Wahlen gewann, ging die fast hundert Jahre währende Dominanz zwischen den zwei anderen alten Volksparteien Mexikos zu Ende. Obradors Amtszeit war von Trotz gegenüber dem strategischen US-Nachbarn im Norden gekennzeichnet – dabei auf nationale Selbstbestimmung pochend. Das ist besonders wichtig, wenn man bedenkt, dass dieser Antagonismus mit Bidens "progressiv-gemäßigter" Amtszeit nicht wirklich schwächer wurde.

Sheinbaum gilt als Zögling Obradors, der laut mexikanischer Verfassung ohnehin nur eine Amtszeit von höchstens sechs Jahren haben kann. Wie Obradors politische Laufbahn verlief auch Sheinbaums Karriere durch die mexikanische Hauptstadt: Beide waren ihre Bürgermeister. Obrador regierte von 2000 bis 2005, Sheinbaum von 2018 bis 2023. Jüngste Umfragewerte sehen Sheinbaum bei 60 Prozent.

Der mexikanische Elefant an der Grenze

Genauso gut könnte es heißen: "Der Elefant der Republikanischen Partei an der mexikanischen Grenze". Denn das ganze letzte Jahr über war die Rhetorik der US-Politiker der Republikanischen Partei für manche verblüffend aggressiv gegenüber Mexiko – bis hin zu Aufrufen zur Invasion oder "militärischen Operation" gegen den südlichen Nachbarn. Diese offensivere sicherheitspolitische Ausrichtung wurde auch weitestgehend ohne Trumps Leitung oder Anweisung geäußert. Es gibt jedoch eine Ratio, die das alles plausibel erscheinen lässt: die Drogenkartelle Mexikos, welche einen verbrecherischen "Staat im Staat" bilden.

Der Trotz Obradors gegenüber Washington, D.C., (unter Trump genauso wie unter Biden) ist am besten zu erkennen in der offensichtlichen Verweigerung und Unfähigkeit, den USA bei der Bekämpfung und Eindämmung der eigenen Fentanyl-Drogenepidemie behilflich zu sein. In den vergangenen Jahren wuchs die US-Sterberate infolge von Fentanyl-Überdosen dramatisch – allein im Jahr 2021 gab es über 70.600 Opfer. Fentanyl ist ein stark abhängig machendes, synthetisches Opioid, das 50- bis 100-mal potenter ist als Heroin beziehungsweise Morphin. Gleichzeitig sind die Produktionskosten dramatisch niedriger als bei den meisten anderen Drogen. Mittlerweile gelangt die große Mehrheit illegalen Fentanyls über die Drogenhandelsrouten aus Mexiko in die USA und Kanada, welche den größten Absatzmarkt für die mexikanischen Kartelle darstellen. Die Rede ist von einem jährlichen Handelsvolumen, das auf mindestens 13, sehr oft sogar 50, von manchen US-Politikern sogar auf 500 Milliarden US-Dollar geschätzt wird.

Peking und Washington, D.C., haben in den zurückliegenden Jahren einander nur wenige Schnittmengen für Kooperation übrig gelassen. Eine von ihnen, in der Peking sich entgegenkommend und einsichtig zeigte, war die internationale Regulierung der Zutaten für klassisches Fentanyl und seine neuen hybriden Varianten. Für die weltweite Pharmaindustrie ist China der größte Lieferant der wichtigsten Fentanyl-Zutaten. Denn seinen großen Anfang nahm der illegale Fentanyl-Handel am Pazifik, mit Ursprung in China.

Als China mit neuer Strenge den Missbrauch der eigenen Handelsrouten zu unterbinden begann, sah sich Mexiko, das territorial zur Hälfte von übermächtigen Drogenkartellen regiert wird, schnell als neuer Umschlagplatz für die Mischung, die Anpassung neuer Chemieformeln, die logistische Abfertigung und den Export von illegalem Fentanyl. Die Kartelle kontrollieren die heute größte

Handelsroute von Fentanyl und Fentanyl ähnlichen Synthetik-Drogen in die USA – ganz abgesehen von den klassischen Drogen. Die von Biden offen gehaltene Grenze ist wie ein Freifahrtschein für diesen Prozess. Aus US-republikanischer Perspektive macht es kaum einen Unterschied, wer in Mexiko-Stadt das Regieren übernimmt – die Kartelle mit ihrer einschüchternden, pathologischen Gewaltkultur und effektiven Korruptionsstrategien innerhalb der mexikanischen Staatsinstitutionen werden immer stärker.

Die von den neoliberalen und neokonservativen US-Eliten eingeleiteten Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump scheiterten seinerzeit. Indessen wurde gegen Trump Anklage erhoben – alles, um ihn rechtzeitig von der nächsten Wahl ausgrenzen zu können. Falls diese Torschlusspanik-Methoden weiterhin missglücken und Trump sich gegen die perfideste Form bis zum Wahlergebnis zu schützen und in Acht zu nehmen schafft – nämlich einem Attentatsversuch gegen ihn –, dann wird er ein zweites Mal Staatspräsident der USA und wird unter anderem strenges Augenmerk auf sein politisches Sorgenkind legen – die US-mexikanische Grenze. Wenn sogar US-Republikaner, die gemäßiger sind als Donald Trump, für eine militärische Lösung des Drogenkartell-Problems Mexikos plädieren, ist es nicht weit hergeholt zu erwarten, dass Trump selbst genau diese Lösung einleiten würde. Es wäre sicherlich kein Spaziergang für die involvierten US-Streitkräfte. Der größte Teil der nördlichen und zentralen Gebiete des lateinamerikanischen Nachbarn liegt in großen, gebirgigen Höhenlagen – militärgeschichtlich nicht gerade eine US-Spezialität.

Dabei wird auch eine große Rolle spielen, ob zu dem Zeitpunkt die geopolitischen US-Pulverfässer Taiwan und Israel deeskaliert worden sind. Im Hinblick auf die derzeitige "Biden-Doktrin" ist das ausgesprochen unwahrscheinlich.

Außerdem hängt einiges davon ab, wie entgegenkommend Claudia Sheinbaum ihrem nördlichen Amtskollegen gegenüber wäre. Sie hätte einen Vorsprung von einem halben Jahr, um ein effektives, beschwichtigendes Angebot an den dann frisch vereidigten US-Präsidenten Trump zu richten.

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Über Agrardieselsubventionen, den Krieg und die Ziele der Verfassungsfeinde

<https://freedert.online/inland/192241-ueber-agrardieselsubventionen-krieg-und-ziele/>

09.01.2024

Robert Habeck hat in seiner jüngsten Videorede wiederholt, dass die Streichung der Subventionen für Agrardiesel unverzichtbar sei. Theoretisch hätte er über den Klimaschutz argumentieren müssen, doch er erzählte etwas anderes – aus gutem Grund.

Von Tom J. Wellbrock

Nein, die Streichung für den "Agrardiesel" könne die Bundesregierung nicht zurücknehmen. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) säuselte in seinem jüngsten Video etwas von Fairness und kam dann auf den eigentlichen Punkt. Die Bundesregierung hatte ja einen großartigen Haushalt, in dem Geld für alle vorhanden gewesen sei. Aber dann sei die Union um die Ecke gekommen, um vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen.

Das Ziel der bösen Unionisten: die Bundesregierung zu zwingen, ganz viel Geld einzusparen. Unerhört!

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Wer glaubt, dass die Union vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist, um der Verfassung die Treue zu halten, glaubt wahrscheinlich auch, dass alle Volksvertreter das Volk vertreten. Natürlich war das Ziel der Klage, die "Ampel" möglichst dumm aussehen zu lassen. Diese niederen Beweggründe ändern aber nichts an der Tatsache, dass Habeck, Lindner und Scholz bewusst einen Verfassungsbruch riskiert haben, als sie auf ihre spezielle Weise mit Geld um sich warfen.

Kleinlaut schreibt zwar die Bundesregierung im Entwurf zu den Sparplänen beim Agrardiesel:

"Dies stellt insbesondere einen Beitrag zum Abbau klimaschädlicher Subventionen dar."

Doch zu hoch wird dieser Ansatz aus folgenden Gründen nicht gehängt.

Agrardiesel und Klimaschutz? Kein Problem!

Anders als im Entwurfspapier der Bundesregierung erwähnte Habeck in seiner Rede den Klimaschutz mit keinem Wort. Das wäre auch ziemlich dumm gewesen, also noch dümmer, als die Rede ohnehin schon war. Denn allein der Abbau von Kobalt (Annalena, du weißt, was gemeint ist, oder?) sorgt nicht nur für menschenverachtende Arbeitsbedingungen. Er zerstört auch die Umwelt in erschreckendem Maße, zu der übrigens auch Neugeborene zählen, die mit Missbildungen und Nervenschädigungen zur Welt kommen in Gebieten, wo Kobalt vorkommt und wo es abgebaut wird.

Und was hat das mit dem Agrardiesel zu tun? Eine ganze Menge, denn wenn Habeck sagt, die Subventionen müssten gestrichen werden, muss in der Folge auch eine brauchbare Alternative für den Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen auf den Tisch. Doch der Tisch bleibt bis auf Weiteres so leer wie die Kassen der Berliner Verfassungsfeinde. Den Bauern werden also gleich zwei Probleme aufgehalst, die die Bundesregierung zu verantworten oder zumindest bisher ignoriert hat:

1. Der verfassungswidrige Bundeshaushalt der Regierung.
2. Das Fehlen alternativer Antriebe für landwirtschaftliche Maschinen und Fahrzeuge.

Selbst wenn man die Problematik der Arbeitsbedingungen und der geschundenen Umwelt beim Abbau von Kobalt & Co. einmal außer Acht lässt – ein Traktor auf der Basis von Elektroantrieb ist lediglich ein feuchter Traum grüner Umweltfantasien. Man mag einen Dacia mit elektrischer Energie fahren können (zumindest, wenn es draußen nicht zu kalt ist), doch ein Traktor hat ganz andere Ansprüche. Er ist also auf Dieselmotoren angewiesen.

Zwar wird fieberhaft von großen und kleineren Unternehmen daran gearbeitet, E-Traktoren marktreif zu machen. Doch für den Alltag von Bauern reichen die Entwicklungen noch längst nicht aus. Die Subventionen für Agrardiesel werden also sozusagen jetzt ganz offiziell nicht aus Umwelt- oder Klimaschutzüberlegungen gestrichen, sondern weil schlicht "die Kohle" fehlt. Und die fehlt – wir wissen es bereits – aufgrund einer Bundesregierung, die mit Verfassungsfeinden besetzt ist.

Bitte, bitte, nur ein kleines bisschen Klimaschutz!

Ein Traktor verbraucht auf 100 Kilometer rund 12 bis 15 Liter Diesel, abhängig vom Baujahr des Fahrzeugs und dem Tempo, mit dem der Traktor unterwegs ist. Laut *merkur.de* (Stand: 2023)

verbraucht ein "M1 Abrams Panzer auf 100 Kilometern angeblich bis zu 700 Liter Treibstoff – der Leopard 2A6 dagegen rund 120 Liter."

Im Jahr 2012 rechnete die *Tagesschau* wie folgt:

"Beispiel Kampfpanzer Leopard 2: Verbrauch auf 100 Kilometern bis zu 530 Liter Diesel. Ein moderner Kampffjet verbrennt pro Stunde zwischen 2.000 und 6.000 Liter Kerosin."

Von der Belastung für die Umwelt und das Klima abgesehen, muss dieser Verbrauch finanziert werden. Komisch eigentlich, dass die Klimaaktivisten von "Fridays for Future" und die grünen Gesinnungstäter in der Politik diese Verbräuche nie thematisieren, obwohl sie doch keine Raketenwissenschaft und leicht zugänglich sind.

Umwelt- und Klimaschutz haben offenbar natürliche Grenzen, die der Krieg und die Rüstungsindustrie vorgeben. So gesehen kommt die Klage der Union vor dem Verfassungsgericht der Bundesregierung eigentlich sogar sehr gelegen. Da das Klimaargument faktisch tot ist, solange weltweit Kriege unterstützt und finanziert werden, muss eben die Geldnot erhalten, um einen Großteil der (vor allem kleinen) Bauern in Existenznöte zu bringen.

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Aktuell (Stand: 9. Januar 2024) hält die Bundesregierung an der schrittweisen Streichung der Subventionen für Agrardiesel fest. Weitere "Baustellen" sind unter anderem auch die Ticketsteuer für Flugreisen und die ursprünglich geplante Kerosinsteuer. Letztere wird es aber nicht geben.

Dann sind auch noch die unsäglichen "Schmarotzer" beim Bürgergeld dran, wie das *Handelsblatt* schreibt:

"Auch beim Bürgergeld sind Einsparungen geplant. Trotz Kritik vom linken SPD-Flügel und von den Grünen will die Bundesregierung daran festhalten, 'Totalverweigerern' von Arbeitsangeboten das Bürgergeld bis zu zwei Monate zu streichen. 'Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern', heißt es in der Formulierungshilfe."

Um die erzieherische Wirkung zu erhöhen, wird auch der "Bürgergeld-Bonus" wieder abgeschafft, obwohl die Tinte der Unterschriften auf dem Papier noch gar nicht richtig trocken ist. Der Bonus sollte Bürgergeld-Empfänger motivieren, an bestimmten Weiterbildungen teilzunehmen.

Die Bundesagentur für Arbeit muss ebenfalls in den sauren Sparapfel beißen. Die Zuwendungen sollen von 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2024 und 2025 auf 1,1 Milliarden Euro bis 2027 abgesenkt werden.

Der Zuschuss zur Rentenversicherung wird ebenfalls gesenkt, und zwar um 600 Millionen Euro in den kommenden Jahren.

Die einzelnen Sparmaßnahmen ergeben ein Potenzial von hier 445 Millionen Euro, dort 170 Millionen Euro, dann noch einmal 100 Millionen an der einen und 600 Millionen an der anderen Stelle. Genug, um die Bürger bluten und die Bundesregierung weiter an anderen Ausgaben festhalten zu lassen, so zum Beispiel an den Ausgaben für die Ukraine.

"Werte" kosten Geld

Aber halten wir uns nicht länger mit Peanuts auf, schließlich geht es um mehr. Mitte Dezember 2023 schrieb das *RedaktionsNetzwerk Deutschland*:

"Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat der von Russland angegriffenen Ukraine in einer Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Gipfel weitere und umfassende Hilfen zugesichert. 'Ich werde für eine nachhaltige, verlässliche Unterstützung der Ukraine eintreten, denn es geht um die Sicherheit Europas', sagte der Kanzler am Mittwoch im Bundestag. Zu den Hilfen zählten 8 Milliarden Euro für Waffenlieferung, Finanzhilfen für den ukrainischen Haushalt und voraussichtlich über 6 Milliarden Euro zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter hier in Deutschland."

Und wieder klafft ein Abgrund zwischen der Verantwortung für die Bürger Deutschlands auf der einen und der für Umwelt- und Klimaschutz auf der anderen Seite. Beides spielt schlicht keine Rolle, wenn es um Kriegstreiberei und Lobbyismus geht.

Wenn Scholz von der "Sicherheit Europas" spricht, fragt sich der gemeine Bürger mit gesundem Menschenverstand im besten Fall: Wer gefährdet denn eigentlich diese so oft zitierte "Sicherheit Europas"? Wir sollen glauben, dass Putin Eroberungspläne für Berlin, Brüssel und Paris hat. Doch einer Überprüfung würde diese steile und gleichermaßen völlig hanebüchene These nicht standhalten.

Leider sind den derzeit Protestierenden diese Zusammenhänge nicht klar. Bei allem Verständnis für den Protest der Bauern und anderer Branchen wäre allen geholfen, wenn sie sich nicht nur auf die ausgewählten Sparmaßnahmen fokussieren, sondern den Blick etwas weiten würden. Natürlich geht es vielen Menschen an den Kragen, und selbstverständlich sind die Wut und der Ärger darüber nachvollziehbar.

Doch es geht eben nicht nur um eine neoliberale Politik der Ausbeutung der Menschen. Es geht um einen Kampf der Systeme gegeneinander: der USA und des Westens gegen Russland und China.

Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) formulierte es entlarvend ehrlich, als er sagte, Deutschland müsse "kriegstüchtiger" werden. Er sprach aus, was bei den derzeitigen Protesten nicht zur Sprache kommt: Deutschland befindet sich in einer Kriegswirtschaft. Der Unterschied zu vergangenen Zeiten ist lediglich der, dass die Bürger nicht an die Fließbänder zur Waffenproduktion gezwungen werden, sondern die machtvolle Rüstungsindustrie "nur" mit ihren Steuern finanzieren müssen.

Die gesamten Sparmaßnahmen, die oberflächlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig werden ließen, wären ohnehin gekommen. Denn Kriege und "Werte" sind eine verdammt teure Angelegenheit. Es wäre gut und wichtig, wenn die nächste Protestwelle diese übergeordneten politischen Ziele erkennen und mit einbeziehen würde.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs *neulandrebell*.

* * *

Europa rüstet auf – Träume und Wirklichkeit

<https://freedert.online/europa/192349-europa-ruestet-auf-traeume-und/>

10.01.2024

Mit Schwedens Minister für Zivilverteidigung schwört ein weiterer europäischer Spitzenpolitiker die Öffentlichkeit auf einen möglichen Krieg mit Russland ein. Wie planen EU- und NATO-Länder ihre Wiederaufrüstung und wie realistisch ist eine Umsetzung dieser Pläne?

Von @Panzwaffle

"Alle Schweden müssen handeln, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes im Fall eines Kriegs zu stärken", behauptete Schwedens Minister für Zivilverteidigung Karl-Oscar Bohlin während der jährlichen Konferenz "Folk och Försvar" (Volk und Verteidigung).

"Viele sagten es vor mir, doch erlauben Sie mir, es als offizielle Persönlichkeit und etwas direkter zu wiederholen: 'In Schweden könnte es zum Krieg kommen'", fügte er hinzu.

Bohlin ist bereits der zweite hochrangige europäische Beamte, der behauptet, dass EU-Länder mit Kriegshandlungen konfrontiert werden könnten. Zuvor, am 28. Dezember 2023, äußerte einen ähnlichen Gedanken der Oberbefehlshaber der niederländischen Streitkräfte, Generalleutnant Martin Wijnen. In einem Interview für die Zeitung De Telegraaf behauptete er:

"Die Niederlande müssen sich ernsthaft um einen Krieg sorgen machen, und unsere Gesellschaft muss sich darauf vorbereiten... Russland wird stärker."

Was passiert?

Insgesamt können diese Ereignisse als ein Überdenken des gesamten Systems sowohl der individuellen, als auch der kollektiven Sicherheit durch NATO-Staaten, oder, in Schwedens Fall, durch Kandidaten, charakterisiert werden. Nationalregierungen haben erkannt, dass die NATO kein Garant der Sicherheit ist, und die militärischen Kapazitäten der Allianz ernsthaft eingeschränkt sind. Dadurch wurde die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit für viele wieder zu einer Priorität.

Ihrerseits konnte sich die westliche Rüstungsindustrie, die jahrelang am Hungertuch nagte, den Moment nicht entgehen lassen und versucht jetzt, die "Alarmstufe" zu steigern. Je höher sie sein wird, desto höher werden theoretisch die Finanzierung der Streitkräfte sowie die Subventionen für Produktion und Kauf neuer Waffen ausfallen.

Was bedeutet das in der Praxis?

In der Praxis werden Europa und die USA die Folgen des Abbaus von Streitkräften und Rüstungsindustrie in den 1990er- und 2000er-Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion beseitigen müssen. Das ist eine schwierige, teure und langwierige Angelegenheit. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius rechnet optimistisch, dass Europa etwa fünf bis acht Jahre habe, "in denen wir aufholen müssen – sowohl bei den Streitkräften als auch in der Industrie und in der Gesellschaft."

Doch berücksichtigt man die tatsächliche Lage der Industrie in der EU sowie die Überbürokratisierung des Rüstungssektors und die Unentschlossenheit der nationalen Regierungen

könnten die realen Wiederaufbaufristen zwei- bis dreimal so lange dauern.

Ein separates gigantisches Problem ist der Personalmangel, der sowohl für Streitkräfte, als auch für die Rüstungsindustrie der NATO insgesamt charakteristisch ist. In dreißig Jahren wurden viele militärische und industrielle Kompetenzen verloren, die ebenfalls wiederaufgebaut werden müssen.

Darüber hinaus ist die Mehrheit der jungen Europäer ganz und gar nicht von dem Wunsch beseelt, in der Armee zu dienen oder auch nur den Zivildienst abzuleisten.

Insbesondere die Bundeswehr leidet unter notorischer Unterfinanzierung und Personalmangel. Pistorius zufolge sank die Anzahl von Rekruten, die der Bundeswehr beitreten möchten, im Vergleich zum Jahr 2022 um sieben Prozent, während der Anteil der Ausgemusterten bis auf dreißig Prozent anstieg.

Im Februar 2023 räumte Eva Högl, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, ein, dass das gestellte Ziel unerreichbar sei, die Bundeswehr bis 2031 von 183.000 auf 203.000 Militärangestellte aufzustocken. Inzwischen wird diese Zahl von der Bundesregierung revidiert.

Übersetzt aus dem Russischen.

Der anonyme Autor (oder das Autorenkollektiv) veröffentlicht im Telegram-Kanal @Panzwaffle eigene Kommentare sowie die Kommentare Dritter zu militärischen Belangen nebst themenbezogenem Bild- und Videomaterial und wird als Militärexperte auch von russischen Medien zitiert und veröffentlicht.

* * *

BRICS-Mitglied Südafrika verklagt den Zionismus vor internationalem Gerichtshof

<https://freedert.online/der-nahe-osten/192392-brics-mitglied-suedafrika-verklagt-zionismus-vor-internationalem-gerichtshof/>

11.01.2024

Pretorias Anklage gegen Israel ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur, um das Blutbad in Gaza zu stoppen, sondern auch, um die erste Flagge der Multipolarität an einem internationalen Gerichtshof zu hissen. Dies ist der erste Versuch, die Straflosigkeit des Westens zu stoppen.

Von Pepe Escobar

Nichts Geringeres als das gesamte Konzept des Völkerrechts wird ab heute, 11. Januar 2024, in Den Haag vor Gericht stehen. Und die ganze Welt schaut gebannt zu. Denn anders als in der Vergangenheit trifft die Klage Südafrikas Israel diesmal ins Mark.

Es verlangte nach einer afrikanischen Nation, keiner arabischen oder muslimischen. Aber vor allem verlangte es nach einem Mitglied der BRICS, um zu versuchen, die eisernen Ketten zu sprengen, die der Zionismus mittels der Verbreitung von Angst, finanzieller Macht und ständigen Drohungen angelegt hatte, nicht nur um Palästina zu versklaven, sondern auch weite Teile des Planeten. In einer Wendung hin zu einer historischen poetischen Gerechtigkeit, musste es Südafrika sein, eine Nation, die ein oder zwei Dinge über Apartheid weiß, das die moralische Initiative ergriff und als erster Staat beim Internationalen Gerichtshof (IGH) eine Klage gegen das Apartheidsregime Israels einreichte.

Die 84-seitige Klageschrift, ausführlich dargelegt, vollständig dokumentiert und am 29. Dezember 2023 beim Gericht eingereicht, beschreibt detailliert alle Gräueltaten, die im von Israel besetzten Gazastreifen begangen wurden – und immer noch begangen werden –, und die von jedem auf der Welt, der ein Smartphone besitzt, verfolgt werden können. Südafrika bittet den Internationalen Gerichtshof – ein Mechanismus, der von der UN gedeckt ist – um etwas ganz Einfaches: Das Gericht soll erklären, dass der Staat Israel seit dem 7. Oktober 2023 alle seine völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzt hat. Und dazu gehört vor allem auch ein Verstoß gegen die UN-Völkermordkonvention von 1948, wonach Völkermord "Handlungen umfasst, die mit der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten".

Südafrika wird von Jordanien, Bolivien, der Türkei, Malaysia und vor allem von der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) unterstützt, in der die Länder des Islam vereint sind und 57 Mitgliedsstaaten umfasst, von denen 48 die Heimat einer muslimischen Mehrheit sind. Diese Nationen repräsentieren die überwältigende Mehrheit des Globalen Südens.

Was auch immer in Den Haag geschehen wird, so könnte es weit über eine mögliche Verurteilung Israels wegen Völkermords hinausgehen. Sowohl Südafrika als auch Israel sind Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs – daher sind die Urteile rechtlich bindend. Theoretisch hat der IGH mehr Gewicht als der UN-Sicherheitsrat, wo die USA alle vorgebrachten harten Fakten, die das sorgfältig aufgebaute Selbstbild Israels trüben, mit ihrem Veto abschmettern. Das einzige Problem besteht darin, dass der IGH keine Durchsetzungsbefugnis hat. Was Südafrika in der Praxis jedoch anstrebt, ist, dass der Internationale Gerichtshof gegenüber Israel die Anweisung ausspricht, die Invasion – und den Völkermord – umgehend zu stoppen. Das sollte die erste Priorität sein.

Eine konkrete Absicht zur Vernichtung

Das Lesen der vollständigen südafrikanischen Klageschrift ist eine entsetzliche Belastung. Hier ist im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte am Entstehen, unmittelbar vor unseren Augen, im jungen, techniksüchtigen 21. Jahrhundert. Und diese Klageschrift ist keine Schauerliteratur über einen Völkermord, der in einem fernen Universum stattfindet.

Der Antrag Südafrikas trägt den Verdienst in sich, das Gesamtbild in den breiteren Kontext des Verhaltens Israels gegenüber den Palästinensern während seiner 75-jährigen Politik der Apartheid, seiner 56-jährigen kriegerischen Besetzung palästinensischer Gebiete und seiner 16-jährigen Blockade von Gaza zu zeichnen. Ursache, Wirkung und Absicht sind klar abgegrenzt und gehen über die Schrecken hinaus, die seit der Operation al-Aqsa-Flut des palästinensischen Widerstands am 7. Oktober 2023 begangen wurden.

Dann gebe es "Handlungen und Unterlassungen Israels, die anderen Verstößen gegen das Völkerrecht gleichkommen könnten". Südafrika listet sie mit dem Attribut "völkermörderischer Charakter" auf, da sie mit der erforderlichen spezifischen Absicht – *dolus specialis* – begangen werden, um die Palästinenser in Gaza, als Teil einer breiteren palästinensischen, rassischen und ethnisch-nationalen Gruppe zu vernichten.

Die Fakten, die auf Seite neun des Antrags vorgebracht werden, sind brutal – sie reichen von wahllosen Massakern an Zivilisten bis zur Massenvertreibung: "Es wird geschätzt, dass über 1,9 Millionen Palästinenser aus Gaza, mit seinen 2,3 Millionen Bewohnern – somit etwa 85 Prozent der Bevölkerung – aus ihren Häusern vertrieben wurden. Für sie gibt es keinen sicheren Ort mehr, an dem sie fliehen können. Diejenigen, die nicht gehen konnten oder sich weigerten, vertrieben zu werden, wurden getötet oder sind in großer Gefahr, in ihren Häusern getötet zu werden."

Und es wird kein Zurück mehr geben: "Wie der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, wurden die Wohnverhältnisse und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen dem Erdboden gleichgemacht, wodurch jede realistische Aussicht der Vertriebenen auf eine Rückkehr in ihre Heimat zunichtegemacht wurde, was eine Wiederholung in der langen Geschichte der Massenvertreibung von Palästinensern durch Israel darstellt."

Der mitschuldige Hegemon

Absatz 142 der Klageschrift könnte das ganze Drama auf den Punkt bringen: "Die gesamte Bevölkerung ist vom Hungertod bedroht. 93 Prozent der Bevölkerung in Gaza leidet unter einer Hungerkrise und mehr als jeder Vierte befindet sich in einer katastrophalen Lage" – deren Tod steht unmittelbar bevor.

Vor diesem Hintergrund verschärfte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am 25. Dezember – am Weihnachtstag – seine völkermörderische Rhetorik und versprach: "Wir hören nicht auf, wir kämpfen weiter und wir werden die Kämpfe in den kommenden Tagen intensivieren. Es wird ein langer Kampf werden, und er ist noch lange nicht vorbei."

Daher fordert Südafrika "in äußerster Dringlichkeit" und "bis zur Entscheidung des Gerichts in der Sache" einstweilige Maßnahmen, von denen die erste darin bestehen soll, dass "der Staat Israel seine militärische Operation in Gaza umgehend suspendiert". Dies käme einem Waffenstillstand gleich.

Jeder, von Wüste Negev bis tief in jene Arabiens, der auch nur ein Sandkorn Verstand im Kopf hat, weiß, dass die neokonservativen Psychos, die für die US-Außenpolitik verantwortlich sind – einschließlich des ferngesteuerten, senilen Zwischenmieters im Weißen Haus –, nicht nur am israelischen Völkermord mitschuldig sind, sondern auch jede Möglichkeit eines Waffenstillstands ablehnen. Im Übrigen ist eine solche Mittäterschaft nach der Völkermordkonvention ebenfalls strafbar.

Daher ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Washington und Tel Aviv, mit allen verfügbaren Mitteln des Drucks und der Drohung, alles versuchen werden, um ein faires Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof zu verhindern. Dem Vorhaben kommt die äußerst begrenzte Macht entgegen, die ein internationales Gericht ausübt, um der außergewöhnlichen Kombination von Washington und Tel Aviv die Herrschaft des Völkerrechts aufzuzwingen.

Während ein alarmierter Globaler Süden Maßnahmen gegen den beispiellosen Angriff Israels auf Gaza ergreift, wo in weniger als drei Monaten über ein Prozent der Bevölkerung ermordet wurde, hat das israelische Außenministerium seine Botschaften im Ausland darauf eingestellt, Diplomaten und Politiker des Gastlandes unter Druck zu setzen, damit sie unverzüglich "eine eindeutige Erklärung abgeben und öffentlich klar zum Ausdruck bringen, dass ihr Land die empörenden, absurden und unbegründeten Anschuldigungen gegen Israel zurückweist." Es wird sehr aufschlussreich sein zu sehen, welche Staaten dieser Anordnung Folge leisten werden.

Unabhängig davon, ob Südafrikas derzeitigen Bemühungen erfolgreich sein werden oder nicht, wird dieser Fall wahrscheinlich nur der erste seiner Art sein, der in den kommenden Monaten – oder sogar Jahren – vor Gerichten auf der ganzen Welt behandelt wird. Die BRICS, zu denen auch Südafrika als Gründungsmitglied gehört, sind Teil der neuen Welle internationaler Organisationen, die der westlichen Hegemonie und ihrer "regelbasierten Ordnung" entgegentreten. Diese "Regeln" haben keinerlei Bedeutung, niemand hat sie überhaupt je gesehen.

Teilweise ist die Bewegung hin zur Multipolarität deshalb entstanden, um die jahrzehntelange Abkehr von der UN-Charta und die Hinwendung zur Gesetzlosigkeit wieder wettzumachen, die mit dieser illusorischen "regelbasierten Ordnung" zum Ausdruck kommt. Das System der Nationalstaaten, das der globalen Ordnung zugrunde liegt, kann ohne das internationale Recht, das es sichert, nicht funktionieren. Ohne dieses Recht stehen wir vor Krieg, Krieg und noch mehr Krieg – in der Tat das ideale Universum aus endlosen Kriegen, die den Hegemon nähren.

Südafrikas angestrebter Prozess gegen den Völkermord Israels ist ohne Zweifel notwendig, um diese eklatanten Verstöße gegen das internationale System zu revidieren. Er wird mit ziemlicher Sicherheit der erste in einer Reihe solcher Prozesse gegen Israel und seine Verbündeten sein, um die Welt wieder zu Stabilität, Sicherheit und gesundem Menschenverstand zu bringen.

Ersterscheinung in englischer Sprache bei The Cradle.

Pepe Escobar ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst und Autor. Sein neuestes Buch heißt "Raging Twenties" (Die wütenden Zwanziger). Man kann ihm auf Telegram und auf X folgen.

* * *

Machtdemonstration ohne strategisches Kalkül: Westen bombardiert erneut Jemen

<https://freedert.online/international/192511-machtdemonstration-ohne-strategisches-kalkuel-westen/>
12.01.2024

Der Jemen war erneut einer offensichtlich amerikanisch-britischen Aggression ausgesetzt, womit der Westen Huthi-Operationen zur Unterstützung Gazas stoppen will. Mit Bombardierungen des Jemen erreicht allerdings nur Israel sein Ziel, die USA in den Nahost-Krieg hineinzuziehen.

Von Armin Schmitt

Die von den USA geführten Luftangriffe auf den Jemen als Reaktion auf Angriffe der Huthi auf die Schifffahrt im Roten Meer lenkten am Freitag die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wieder auf armes Land, das in den vergangenen Jahren einem brutalen Krieg der von Saudis und dem Westen geführten Koalition ausgesetzt war.

Die saudisch geführte Koalition im Jemen begann im März 2015 ihre Militäroperationen. Sie hatte dabei grünes Licht seitens des Westens und führte dabei laut UNO-Berichten eine der bislang schwersten humanitären Katastrophen der Welt herbei. Militärische Erfolge der von Iran unterstützten Huthi läuteten aber später ein Umdenken in der arabischen Koalition in Richtung eines Einfrierens des Krieges ein.

Der Jemen war aber erneut nach einer langen Pause am Freitag einem massiven Angriff amerikanischer und britischer Schiffe, U-Boote und Kampfflugzeuge ausgesetzt. Die USA und Großbritannien attackierten nach eigenen Angaben mithilfe der Niederlande, Kanadas und Bahrains Stellungen der Huthi. Das US-Militär setzte über 100 präzisionsgelenkte Waffen ein, um über 60 Ziele im Jemen zu treffen. Dies sei eine "direkte Reaktion auf die beispiellosen Angriffe der Huthi auf die internationale Schifffahrt im Roten Meer", teilte das Weiße Haus in einer schriftlichen Stellungnahme von US-Präsident Joe Biden mit. Die Huthi haben Rache für den Militärschlag der USA, Großbritanniens und anderer Verbündeter im Jemen bereits angekündigt. "Die USA und Großbritannien werden bereit sein müssen, einen hohen Preis zu zahlen", drohte ein Vertreter der von Iran unterstützten Huthi.

Iran verurteilt die Angriffe der USA und Großbritanniens auf den Jemen. Es seien mehrere Städte im Jemen angegriffen worden, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Nasser Kanaani, dem Nachrichtenportal *Nournews* zufolge. Russland beantragt eine dringende Sitzung des UN-Sicherheitsrates, um die Angriffe auf die Huthi im Jemen zu besprechen.

Die Huthi im Jemen attackieren seit Wochen in großem Ausmaß Schiffe in der Meerenge Bab al-Mandab, um sie an einer Durchfahrt in Richtung Israel zu hindern. Die Huthi-Bewegung zielt darauf ab, den Strippenzieher des Gaza-Kriegs, nämlich die USA, herauszufordern, indem sie die westliche Lieferkette über den Suez-Kanal gefährdet und Israel zum Waffenstillstand in Gaza zwingt.

Israel darf faktisch in 90 Tagen 30.000 unschuldige Menschen töten, aber wenn ein Akteur in der Region die Schifffahrt im Roten Meer stört, um Israel zu einem Waffenstillstand zu bewegen, fallen US- und NATO-Bomben. Das ist nicht anders als eine Machtdemonstration, die sich noch immer aus einem kolonialistischen Denken nährt.

Dabei fehlt allerdings ein strategisches Kalkül: Die jahrelang von Saudi-Arabien geführte Koalition im Jemen führte seinerzeit nicht dazu, dass die Huthi das Diktat des Westens über die Zukunft des Jemen akzeptieren. Und der saudische Kronprinz Mohammad Bin Salman sah sich damals gezwungen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die Huthi als den faktischen Machthaber im Jemen anzuerkennen. Vor diesem Hintergrund haben die Saudis sich sofort von den jüngsten Luftangriffen der USA auf den Jemen distanziert. Denn Riad bemüht sich derzeit um eine heikle Entspannung mit Iran und einen Waffenstillstand im Jemen-Krieg, aus dem es sich endlich erfolglos zurückgezogen hat.

Mit Bombardierungen des Jemen erreicht Israel sein Ziel, die USA in den Nahost-Krieg hineinzuziehen. Israel arbeitet derzeit an einer Provokation in der Region hin, um von dem Versagen der IDF am 7. Oktober in Israel sowie vom gescheiterten Militäreinsatz in Gaza abzulenken. Jemen ist im Gegensatz zu dem "Freiluftgefängnis" Gaza genug groß, um weiter die Schifffahrt im Roten Meer durch Raketenangriffe zu stören. Mit dem jüngsten Luftangriff bringen die USA zudem ihre Besatzungssoldaten im Irak und in Syrien angesichts der möglichen Vergeltungsschläge irantreuer Milizen wieder in Gefahr.

* * *

WEF wird zum Propagandainstrument des Westens: Schweiz verliert Neutralität

<https://freedert.online/schweiz/192656-wef-wird-zum-propagandainstrument-westens/>

13.01.2024

Etwa jeder zehnte WEF-Teilnehmer reist im Privatjet an, angeblich aus Gründen des Klimaschutzes. Das gleiche Szenario zeigt sich beim "Friedensformel"-Treffen der Ukraine, auf dem es wohl mehr um die Finanzierung der Armee geht. Es herrscht eine vermeintliche Einigkeit in den Friedensbemühungen und beim Klimaschutz.

Von Russian Market

Inmitten eines Paradigmenwechsels in der globalen Diplomatie zieht sich die Schweiz, bedingt durch selbst auferlegte EU- und US-Sanktionen, spürbar zurück. Diese Entscheidungen beeinträchtigen nicht nur ihre neutrale Position, sondern führen zu einem bedeutenden Wandel in der internationalen Wahrnehmung. Der einstige Hort diplomatischer Gelassenheit befindet sich nun

in einer Phase der Ausblendung.

Parallel dazu gewinnt Saudi-Arabien zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) als aufstrebendes Zentrum für weltweite politische Verhandlungen an Bedeutung. Die Übernahme von EU-Sanktionen durch die Schweiz hat nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Landschaft nachhaltig transformiert. Prominente Schweizer Persönlichkeiten wie Boris Collardi bestätigen deutlich die Entwicklungen, die vermehrt in Richtung von Orten wie Dubai führen. Diplomaten des Nahen Ostens verzeichnen in kürzester Zeit erhebliche Erfolge in ihren Verhandlungen.

Beim World Economic Forum (WEF) werden hochrangige Persönlichkeiten aus der EU und den USA erwartet, die den Zusammenhalt des Westens betonen werden. Zu den Stargästen zählen unter anderem der neue argentinische Präsident Javier Milei, der französische Präsident Macron, die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen, der ehemalige US-Außenminister Kerry, die Oscar-Gewinnerin Michelle Yeoh und Deutschlands Annalena Baerbock. Diese prominenten Gäste reisen nach Davos, um für das Vertrauen zu werben, das sie auch angesichts ihrer jeweiligen innenpolitischen Situation dringend benötigen, und natürlich, um die weitere Unterstützung für die Ukraine zu festigen. Seitens der Ukraine wird Präsident Selenskij höchstpersönlich teilnehmen und sich dafür bedanken. Seine Dankesrede hat die Schweiz dementsprechend gut vorbereitet – mit 250 Kilometern Schutzzaun und gesperrtem Luftraum: In diesem Jahr wird das WEF zu einem besonders herausfordernden Treffen.

Das World Economic Forum (WEF), ursprünglich als Austauschplattform der Business-Elite beworben, entpuppt sich zunehmend als Bühne für Machtpolitik. Obwohl der Name auf ein Treffen der Business-Elite hindeutet, sind es in Wirklichkeit vor allem Politiker, die ihre Agenda präsentieren. Während die Organisatoren den Terminplan erstellen, geben die Spitzengäste vor, was in Davos von Bedeutung ist, indem sie mit ihren Reden den Ton des Treffens setzen. Die Kunst der westlichen Propaganda manifestiert sich in Davos allerorten, sowohl unter den Organisatoren als auch bei den namhaften Gästen aus der EU und den USA – und besonders bei der Schweiz. Obwohl der Name WEF einen globalen Charakter vermittelt, richtet sich vieles tatsächlich nach westlichen Interessen aus.

Die Schweiz hat in den letzten zwei Jahren eine klare Positionierung auf der Seite des Westens eingenommen, obwohl sie offiziell betont, mit der ganzen Welt zusammenarbeiten zu wollen – eine neue Rolle in der internationalen Arena, die sie nicht offiziell anerkennt. Historisch gesehen hat die Schweiz oft als Austragungsort für die Weltpolitik gedient, wobei sie üblicherweise selbst eher eine Nebenrolle spielte, während sie hinter den Kulissen als Vermittlerin agierte.

Vor dem offiziellen Start des World Economic Forum (WEF) wird die Schweiz zusammen mit der Ukraine erneut für eine propagandistische Inszenierung genutzt, diesmal in Form eines "Friedensformel"-Treffens. Am Sonntag wird der ukrainische Präsident Selenskij seine Friedensformel präsentieren und dabei natürlich um verstärkte finanzielle Unterstützung für die Kriegsführung bitten. Bereits vor etwa zwei Jahren spielte die Schweiz eine ähnliche Rolle in Lugano, als der Prozess für den Wiederaufbau der Ukraine initiiert wurde – beide Male wurde Russland von der Teilnahme ausgeschlossen. Die Schweiz inszeniert diese Treffen als Bemühungen, künftige Friedensgespräche mit Russland vorzubereiten, obwohl Russland bei diesen Gesprächen nicht erwünscht ist und die Ukraine die alleinige Kontrolle über das Geschehen haben soll. Ein weiteres Beispiel für die schwindende Neutralität der Schweiz und ein weiteres Highlight ihrer Diplomatie. Für die Ukraine geht es zusätzlich darum, das mediale Narrativ zu kontrollieren.

Die Schweiz durchlebt in diesen Tagen nicht nur die niedrigsten Temperaturen dieses Winters, sondern auch eine frostige Phase in Bezug auf ihre traditionelle Neutralität. Die einstigen

Vermittlungserfolge der Schweiz schwinden, und ihre Rolle als neutrale Plattform für Verhandlungen gerät ins Wanken.

Absurderweise wird etwa jeder zehnte Teilnehmer des WEF im Privatjet anreisen, um weltweit für den Klimaschutz zu werben – zumindest ist das die offizielle Begründung. Ein ähnliches Szenario erwartet uns beim "Friedensformel"-Treffen der Ukraine, wo hinter den Kulissen wohl vor allem um die weitere Finanzierung für die Ausrüstung der ukrainischen Armee gerungen wird. So viel zur scheinbaren Einigkeit in den Friedensbemühungen und beim Klimaschutz.

* * *

Die Feindstaatenklausel in der UN-Charta – Deutschland muss sich aus der Vormundschaft befreien

<https://freedert.online/international/192277-feindstaatenklausel-in-un-charta/>

14.01.2024

Das Versäumnis, zukunftsweisende, geordnete Verhältnisse zu schaffen – so lässt sich die geopolitische, aber auch völkerrechtliche Lage seit dem Anschluss der DDR an die BRD zusammenfassen. Und bezeichnenderweise ist nach wie vor die sogenannte Feindstaatenklausel der UN-Charta in Kraft.

Von Wolfgang Bittner

Um nach den Erfahrungen zweier Weltkriege künftige Bedrohungen des Friedens zu verhindern, beschlossen 1945 – inspiriert von Immanuel Kants Schrift "Zum ewigen Frieden" – 51 Staaten die Charta der Vereinten Nationen, die am 24. Oktober 1945 in Kraft trat. Die BRD und die DDR traten der Charta 1973 bei, seit 1990 ist das vereinigte Deutschland als Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen.

In der Charta wird ein Friedensgebot konstituiert, um "den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen". Internationale Auseinandersetzungen oder "Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten", sollen "durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts" bereinigt oder beigelegt werden.

Kaum bekannt in der deutschen Öffentlichkeit ist, dass Deutschland nach der sogenannten Feindstaatenklausel in den Artikeln 53 und 107 der Charta gegenüber den Gegnern des Zweiten Weltkriegs immer noch ein Feindstaat ist (Artikel 77, der auf das internationale Treuhandsystem und entsprechende Treuhandgebiete eingeht, ist nach dem Beitritt Deutschlands zur UN gemäß Artikel 78 hinfällig geworden). Die Feindstaatenklausel besagt, dass Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten, falls Deutschland erneut eine aggressive Politik verfolgen würde, was gegebenenfalls militärische Interventionen einschließt.

Artikel 53, Absatz 1 der Charta lautet: "[...] Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten." Gemäß Absatz 2 bezeichnet der Ausdruck "Feindstaat" jeden Staat, "der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser

Charta war".

Artikel 107 der Charta lautet: "Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt."

In diesem Zusammenhang ist noch der Artikel 52 von Bedeutung, der in Absatz 4 auf die Artikel 34 und 35 eingeht, deren Anwendung "nicht beeinträchtigt" wird. Artikel 34 und 35 betreffen den Sicherheitsrat, der bei internationalen Streitigkeiten tätig werden kann. Des Weiteren wird auf die Artikel 11 und 12 verwiesen, die wiederum die Befugnisse der Generalversammlung zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit regeln.

Diskutiert wird, ob die sich aus den genannten Artikeln ergebende Feindstaaten-Regelung durch die Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen obsolet geworden ist. Aber wenn dem so wäre, hätten diese Bestimmungen schon lange gestrichen werden können. Zwar wurde Deutschland im Vereinigungsvertrag von 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag) "volle Souveränität" zugesprochen, aber die Vereinbarung wurde durch Zusatzverträge, zum Beispiel über Truppenstationierungen und militärische Zusammenarbeit, wieder relativiert. (Da der Zwei-plus-Vier-Vertrag kein Friedensvertrag war, wie zum Teil unterstellt wird, befindet sich die Bundesrepublik Deutschland als mit dem Deutschen Reich identisches Völkerrechtssubjekt nach wie vor im Zustand des Waffenstillstands. Wie kompliziert die Rechtslage nach herrschender Auffassung ist, geht aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages hervor.)

Die damaligen Siegermächte, die eine bedingungslose Kapitulation erzwungen hatten, sind immer noch präsent, die Bundesrepublik Deutschland steht unter Kuratel der USA sowie unter latenter Beobachtung Großbritanniens und Frankreichs, auch wenn das bemäntelt wird und viele es nicht wahrhaben wollen. Wenn man diese Tatsache hinsichtlich der geopolitischen Situation, in der wir uns befinden, bedenkt, wird vieles klarer: Washington hat erhebliche Möglichkeiten, Druck auszuüben und auf Entscheidungen der deutschen Regierung einzuwirken, was ständig zu beobachten ist, zum Beispiel bei der Sprengung der Ostsee-Pipelines, der grenzenlosen Unterstützung der Ukraine und der verheerenden Aggressionspolitik gegenüber Russland.

Festzustellen ist, dass das Friedensgebot der UN-Charta allgemeine Gültigkeit beansprucht, in den vergangenen Jahren jedoch immer wieder verletzt wurde, insbesondere von den USA, die aufgrund ihrer völkerrechtswidrigen Interventionspolitik schon lange das Recht verwirkt haben, sich auf Menschenrechte und die Verteidigung demokratischer Freiheiten zu berufen.

Es ist davon auszugehen, dass weder die USA noch Großbritannien ein Interesse daran haben, die Feindstaatenklausel der UN-Charta zu annullieren, das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Dasselbe gilt für einen Friedensvertrag. (Angeblich wären nach einem Friedensvertrag erhebliche Reparationen fällig geworden. Das wäre aber wohl kaum ein Hinderungsgrund gewesen, da die Berliner Regierung ohnehin ständig Millionen und Milliarden verteilt und auch verschleudert.) Die Gelegenheiten, zukunftsweisende, geordnete Verhältnisse zu schaffen, wurden nicht wahrgenommen, Deutschland steht seit 1945 unter Sachwalterschaft in einem permanenten Ausnahmezustand. Es ist dringend an der Zeit, sich aus dieser Vormundschaft zu befreien.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Apolut.

*Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. **Wolfgang Bittner** ist Autor zahlreicher Bücher, unter anderem "Deutschland – verraten und verkauft" und "Ausnahmezustand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts", Verlag zeitgeist 2021 und 2023.*

* * *

Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik – das Gespenst des Generalstreiks

<https://freedert.online/inland/192779-gespenst-geht-um-in-bundesrepublik/>

15.01.2024

Im Rahmen der Bauernproteste betonen zahlreiche Mainstream-Medien, dass Generalstreiks in der Bundesrepublik verboten seien. Doch woher kommt diese Angst? Die Antwort führt über einen Nazi-Juristen, der das restriktive Streikrecht der Bundesrepublik bis heute prägt, zu den vergessenen Stuttgarter Protesten 1948 hin zu Ludwig Erhard und den Lügen über die Soziale Marktwirtschaft.

Von Daniel Schrawen

Im Vorfeld der Bauernproteste war immer wieder von einem "Generalstreik" die Rede. Spätestens als bekannt wurde, dass sich weitere Berufsgruppen wie Spediteure und auch Handwerker den Protesten anschließen und die Lokführergewerkschaft GDL ebenfalls einen dreitägigen Streik plante, war das Wort "Generalstreik" in aller Munde. Berufsverbände und Gewerkschaften distanzieren sich jedoch recht schnell von entsprechenden Aufrufen. Der Bauernverband erklärte, dass er nur zu "friedlichem und demokratischem Protest" aufruft. Verbandspräsident Joachim Rukwied warnte zudem vor extremistischen Gruppierungen, die die Proteste unterwandern könnten. Dabei hatte er auf einer Demonstration im Dezember noch von Protest gesprochen – "in einer Art und Weise, wie es das Land noch nicht erlebt hat".

In zahlreichen Mainstream-Medien, darunter die *Deutsche Welle (DW)*, die *Rheinische Post* und der *MDR*, wurde zudem eilig klargestellt, dass es sich bei den Bauernprotesten nicht um einen Generalstreik handle und dieser in der Bundesrepublik sowieso verboten sei. Doch woher kommt diese Angst des politisch-medialen Establishments?

Hintergrund dieser entsprechend panisch daherkommenden Berichte ist (neben der vermeintlichen Gefahr einer "Unterwanderung") die Tatsache, dass in der Bundesrepublik ein enorm restriktives Streikrecht gilt.

Politische Proteste sind laut Grundgesetz zwar erlaubt, anders sieht es jedoch beim Thema Arbeitsniederlegung aus: Oft wird, wie zum Beispiel in einem Artikel der *DW*, behauptet, dass politische Streiks in Deutschland verboten seien.

In der Bundesrepublik (ein bisschen) verboten: Politische Streiks

Streiks sind in Deutschland demnach nur als Mittel zum Zweck des Abschlusses von Tarifverträgen vorgesehen. Ein Generalstreik, der ein ganzes Land lahm legt, wäre in Deutschland "rechtswidrig", wenn mit ihm ein politisches Ziel verfolgt wird. Ein Streik sei demnach im Kampf für bessere Lohnabschlüsse legitim, nicht aber, wenn mit ihm andere politische Ziele verfolgt werden. Laut einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts von 1971 unterliegen Streiks zudem dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Demnach dürfe durch sie das Gemeinwohl "nicht offensichtlich verletzt werden". Dies gilt insbesondere für zentrale Bereiche wie Krankenhäuser, Versorgungs- und Entsorgungs- oder Verkehrsbetriebe. Daneben gibt es noch eine weitere Möglichkeit des politischen Streiks, welche allerdings umstritten ist. Diese wird durch Artikel 20 des Grundgesetzes garantiert, in dem es heißt:

"Alle Deutschen haben das Recht zum Widerstand gegen jeden, der die freiheitlich-rechtliche Grundordnung beseitigen will."

Allerdings darf in einem solchen Fall nur Widerstand gegen nachweislich undemokratische Gruppierungen geleistet werden. Politische Entscheidungsträger für unfähig zu halten, wäre in den meisten Fällen vermutlich unzureichend; es müsste ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber bestehen, dass diese vorsätzlich handeln. Doch im Endeffekt kann man davon ausgehen, dass solche juristischen Spitzfindigkeiten in der Praxis vermutlich irrelevant sind, denn wenn erst einmal ein Regime vorherrscht, das die Absicht hegt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der Justizapparat bereits korrumpiert sein.

Wesentlich interessanter sind jedoch die geschichtlichen Hintergründe, die zum "Verbot" eines Generalstreiks in der Bundesrepublik geführt haben. Warum gibt es in der heutigen Bundesrepublik ein entsprechendes "Verbot"? Die Gründe hierfür lassen sich von den heutigen Protesten über einen Nazi-Juristen, der das restriktive Streikrecht in der BRD wesentlich prägte, bis hin zu den westdeutschen Arbeiteraufständen 1948, dem Wirken Ludwig Erhards und den Anfängen der sogenannten "sozialen Marktwirtschaft" zurückverfolgen.

Ein Nazi-Jurist und die "unternehmerische Persönlichkeit"

Genaugenommen gilt der politische Streik in der Bundesrepublik erst seit den Streiks der Zeitungsbetriebe 1952, bei denen Beschäftigte für mehr Rechte im Betriebsverfassungsgesetz kämpften, als verboten. Der Urteilsspruch von 1952 durch das Freiburger Landesarbeitsgericht und damit auch das heutige enorm restriktive deutsche Streikrecht geht im Wesentlichen auf den späteren Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Hans Carl Nipperdey zurück, der bereits im Nationalsozialismus Karriere als Arbeitsrechtler gemacht hatte. Das Urteil entspricht im Wesentlichen seinem Gedankengut während seiner Zeit als Nazi-Jurist, in der er die Reste des Weimarer Arbeitsrechts beseitigte, das "Führer-Prinzip" in den Betrieben verankerte und von einer Pflicht der Arbeitnehmer als "Gefolgsleute gegenüber dem Gefolgschaftsführer" sprach.

Im Prozess um den Druckereistreik erfand Nipperdey die "unternehmerische Persönlichkeit", die ein vermeintliches Grundrecht habe, sich zu entfalten. Es sei "erste Bürgerpflicht", dieser zu folgen. Spätere Generationen haben diese Rechtsauffassung einfach beibehalten. Einige Juristen sehen derartige Rechtsprechungen mittlerweile jedoch als veraltet an. Zudem gab es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik immer wieder zaghafte Forderungen von Gewerkschaften, politische Streiks zu legalisieren. Die IG Metall rief im Jahr 2007 beispielsweise zu "Protesten während der Arbeitszeit" gegen die Rente mit 67 auf; daran beteiligten sich 300.000 Beschäftigte

Gegen die Streikenden wurden im Übrigen keine rechtlichen Schritte eingeleitet. In den darauffolgenden Jahren ist die Debatte über die Legalisierung politischer Streiks jedoch versandet. Erstaunlicherweise konnte man allerdings im Jahr 2016 auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung noch Sätze wie die folgenden lesen:

"Auch in Belgien, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland sind Generalstreiks gegen sozialpolitische Entscheidungen demokratische Normalität. In Deutschland dagegen stehen der politische Streik und Generalstreik immer noch unter dem Verdacht der Umstürzerei und Revolution. Bis heute ist mit den Streikverboten die Angst vor der eigenständigen politischen Tätigkeit der Arbeitenden gewissermaßen institutionalisiert."

Heute wird man derartige Einschätzungen wohl vergeblich suchen, da derzeit die "Falschen" demonstrieren und die Medien-Maschinerie damit beschäftigt ist, jegliche regierungskritischen Proteste als "rechts" oder "von rechts unterwandert" zu diskreditieren. Genaugenommen handelt es

sich dabei um einen der größten Treppenwitze der Geschichte, da frühere Proteste im Verdacht standen, "kommunistisch unterwandert" zu sein, doch dazu gleich mehr.

Das von Nipperdey geprägte Verbot politischer Streiks bezog sich zwar auf den Druckereistreik von 1952. Prägend für den Urteilsspruch war jedoch der einzige De-facto-Generalstreik in der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands im November 1948, welcher letztlich auch den damaligen Diskurs um die Soziale Marktwirtschaft entfachte.

Vom US-Militär niedergeschlagen: Der vergessene westdeutsche Arbeiteraufstand im Jahr 1948

In der heutigen Bundesrepublik wird im Rahmen der extrem einseitigen Gedenkkultur bekanntlich jedes Jahr vehement an den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR erinnert. Doch auch in der "Westzone" kam es 1948 zu ähnlichen Aufständen und einem De-facto-Generalstreik, welcher von den Alliierten und dem damaligen politischen Establishment der "Westzone" als so bedrohlich wahrgenommen wurde, dass Generalstreiks wenige Jahre später als verboten galten. Detailliert darüber berichtet hat unter anderem der Journalist Florian Warweg.

Ursache für die Proteste war die Wirtschafts- und Währungsreform vom 20. Juni 1948 unter Leitung von CDU-Politiker Ludwig Erhard (damals Leiter des Wirtschafts- und Verwaltungsrats der Westzone), die drastische Preiserhöhungen von bis zu 200 Prozent, bei einzelnen Lebensmitteln wie Eiern sogar bis zu 2.000 Prozent, verursachte. Diese führten in der Folge zu einer stark gesunkenen Lohnquote.

In der sogenannten Bizone Deutschlands (dem britischen und US-amerikanischen Besatzungsgebiet) kam es daraufhin nach verschiedenen Gewerkschaftsaufrufen im Jahr 1948 fortlaufend zu großen Demonstrationen in vielen Städten. Ein frühes Zentrum der Proteste war die Stuttgarter Industrieregion. Dort wurden am 28. Oktober 1948 Streiks und Proteste für Preisregulierung, Lohnerhöhung und Mitbestimmung durchgeführt, bei denen unter anderem "Fort mit Professor Erhard!" skandiert wurde. Die Demonstranten trugen zudem einen Galgen mit einem Schild, auf dem zu lesen war: "Weg mit dem Preiswucher – oder ...!" (Ein Schelm, der Parallelen zur heutigen Zeit zu erkennen vermag).

Im Anschluss an die Proteste kam es zu schweren Unruhen, die von den US-Besatzungstruppen niedergeschlagen wurden. Das US-Militär setzte zwölf schussbereite Panzer und eine mit Maschinengewehren und Tränengas ausgerüstete Kompanie ein; auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. Der Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone, General Lucius Clay, verhängte in Reaktion auf die "Stuttgarter Vorfälle" umgehend eine Ausgangssperre und witterte eine "kommunistische Verschwörung" hinter der Protestwelle.

Der eigentliche Generalstreik fand am 12. November 1948 daher nur unter strengen Auflagen der Besatzungsmächte statt, in der französischen Besatzungszone war dieser unter Androhung drakonischer Strafen ganz verboten.

Obwohl es damals nur etwa vier Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gab, nahmen am Generalstreik etwa 9,2 Millionen Arbeitnehmer aus Industrie, Handwerk, Handel und Verkehrswesen teil. Das entsprach 79 Prozent der damals 11,7 Millionen Beschäftigten in der Bizone. Angesichts der vorherigen Niederschlagung der Stuttgarter Proteste durch das US-Militär verzichteten die Gewerkschaftler auf Kundgebungen und Versammlungen, lediglich Arbeitsniederlegungen waren geplant.

Auch bei den Ereignissen im Jahr 1949 handelte es sich eindeutig um politische Streiks, denn der

Protest richtete sich nicht nur gegen die Währungspolitik, es wurde auch die Systemfrage gestellt. Dies zeigt sich deutlich an der Tatsache, dass die Demonstranten eine Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, die Überführung der Grundstoffindustrie und Kreditinstitute in Gemeineigentum und eine Demokratisierung der Betriebe sowie eine gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften forderten.

Ludwig Erhard und die Lügen über die soziale Marktwirtschaft

In der einseitigen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik sind die Arbeiteraufstände von 1948 weitgehend vergessen, stattdessen konzentriert man sich lieber auf die Repression von Protesten in der DDR. Abgesehen davon könnte dies womöglich einen Schatten auf die USA und den zentralen Protagonisten des "Wirtschaftswunders" werfen.

Einige Historiker sehen den Streik von 1948 als gescheitert an, da die Demonstranten ihre zentralen Forderungen wie die nach einer Demokratisierung der Wirtschaft nicht durchsetzen konnten. Komplett erfolglos war der Protest jedoch nicht, denn der damalige CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer forderte Erhard in einem Telegramm dazu auf, mit allen "zur Verfügung stehenden Mitteln gegen unbegründete Preissteigerungen" vorzugehen und die "Angleichung zurückgebliebener Löhne und Bezüge an das Preisniveau zu beschleunigen". Kurz darauf wurden erste Lohnerhöhungen genehmigt und Maßnahmen gegen die Preissteigerungen ergriffen (beispielsweise das Vorgehen gegen Wucher oder die Einführung des "Jedermann-Programms").

Arbeiten von Historikern wie Jörg Roesler und Uwe Furmann belegen zudem, dass Erhard durch die Stuttgarter Proteste, den Generalstreik, den Deutschen Gewerkschaftsbund und den SPD-Politiker Erik Nölting zunehmend unter Druck gesetzt wurde. Dieser Druck war letztlich eine Art "Initialzündung" für die sogenannte "soziale Marktwirtschaft". Unter den Mitarbeitern Erhards gab es zwar auch Ordoliberalen, der Einfluss dieser wird jedoch als gering eingeschätzt. Zu Beginn seiner Karriere plädierte der in der bundesdeutschen Geschichte stark verklärte Erhard noch zu 100 Prozent für eine freie Marktwirtschaft.

Erst nach dem Eindrücken des Generalstreiks und seiner Vorgeschichte redete Erhard im Diskurs zunehmend von einer "sozialen Marktwirtschaft", welche zumindest eine gewisse staatliche Planung und ein Mitspracherecht der Arbeitervertreter zur Folge hatte. (Dass diese nicht so sozial war, wie immer behauptet wird, und in den vergangenen Jahrzehnten immer unsozialer wurde, ist wiederum ein anderes Thema.) Überspitzt lässt sich also sagen:

Die soziale Marktwirtschaft war nicht Ludwig Erhard zu verdanken, denn dieser bevorzugte zunächst eine freie Marktwirtschaft.

Sie ist schon gar nicht der US-amerikanischen Besatzungsmacht zu verdanken, welche die Stuttgarter Proteste mit dem Militär niederschlug. (Angesichts der Entwicklung des hyperkapitalistischen US-amerikanischen Systems wäre diese Vorstellung allerdings ohnehin absurd.)

Die soziale Marktwirtschaft wurde auf der Straße erkämpft.

* * *

BRICS: Neue Dynamik im neuen Jahr

<https://freedert.online/international/192584-brics-neue-dynamik-im-neuen/>

16.01.2024

Die Erweiterung der BRICS stellt die Organisation vor neue Herausforderungen, eröffnet ihr aber auch neue Perspektiven und Ziele. Werden diese Ziele erreicht, könnte sich das ehemals wenig bedeutende Forum zu einer wichtigen Institution der neuen Welt verwandeln.

Von Dmitri Jewstafjew

Der Januar 2024 stand im Zeichen des Übergangs von BRICS – einer Struktur, die ihren Gründern zufolge als Gemeinschaft oder Forum zu bezeichnen ist – in eine gänzlich neue Qualität. Fünf neue Mitgliedsländer – Ägypten, Iran, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien – fügen der Struktur nicht nur geografisch interessantes Territorium, sondern auch neues Wirtschaftspotenzial hinzu. Man kommt nicht um die Erkenntnis umhin, dass die Ergänzung der BRICS um fünf neue und ihrem Entwicklungsstand nach sehr unterschiedliche Mitglieder eine Herausforderung darstellt, zumal nach dem Beitritt Südafrikas als ein wichtiger Handelspartner Chinas zum Forum im Jahr 2010 die Erweiterung der BRICS eingefroren wurde.

Prinzipiell ist dennoch der langfristige geoökonomische Effekt der BRICS-Erweiterung, denn es ist kein Geheimnis, dass sich zum Jahr 2020 die BRICS in einer Art "Entwicklungskrise" befanden. Die Organisation musste ihren Platz in einer neuen, zunehmend postamerikanischen Welt finden. Ihre gegenwärtige und vor allem künftige Erweiterung stellt in gewisser Hinsicht eine Antwort auf die Herausforderungen der geoökonomischen Regionalisierung dar.

Erstens: Ursprünglich wurden die BRICS von Ländern mit schnell wachsenden Wirtschaften gegründet, die an einem Zufluss von Investitionen interessiert waren. Doch sie alle befanden sich innerhalb des dollargestützten Finanz- und Investitionssystems und versuchten, ihre Wirtschaften vor politischen Einschränkungen zu beschützen. Gerade darum ging es auf dem Petersburger internationalen Wirtschaftsforum im Jahr 2006, als die Bildung einer Gemeinschaft angekündigt wurde, die damals noch BRIC hieß. Doch selbst im Fünferformat gab es kaum Chancen, die "Dollar-Schranken" zu überwinden: Ein bedeutender Teil von Exportgütern der Teilnehmerländer wird in Dollar gehandelt, die USA oder ihre Satelliten, wie die EU, bleiben die größten Handels- und Investitionspartner der Teilnehmerländer.

Doch nun hat die Dedollarisierung sowohl des Handels unter den BRICS-Mitgliedern als auch des Welthandels trotz des Widerstands der USA ein neues Niveau erreicht.

Eine Erweiterung der BRICS kann diesen Prozessen durchaus eine neue Dynamik verleihen, denn für eine gegenseitige Dedollarisierung des Zahlverkehrs, wie sie etwa in Beziehungen zwischen Russland und Iran bereits stattgefunden hat, gibt es inzwischen einen eigenen Raum.

Zweitens: Alle fünf neuen Mitgliedstaaten, Ägypten eingeschlossen, sind geografisch entlang dem Logistikkorridor Nord-Süd gelegen, der eine globale Bedeutung hat.

Dies ist kein Zufall. Obwohl eine neue Erweiterungswelle der Allianz bevorsteht, rückt ausgerechnet der Wirtschaftsraum des Nord-Süd-Korridors neu in den Fokus des wirtschaftlichen Wachstums. Und gerade dort entwickelt sich auf der Ebene der nationalen Eliten am schnellsten das Bedürfnis nach einer geoökonomischen Zusammenarbeit auf Grundlage der Souveränität.

Neue Erweiterungswellen werden den gegenwärtigen Hauptvektor der Entwicklung der

Gemeinschaft ändern. Interesse an einem BRICS-Beitritt bekundeten inzwischen unter anderem Venezuela, Bangladesch, Algerien, Pakistan und Weißrussland. Doch bis dahin wird wohl die Erschließung des Raums von der Wolga bis zum Horn von Afrika und weiter in Richtung Indien und Südafrika Priorität genießen und zugegebenermaßen einen Wettbewerbsvorteil darstellen, zumal Projekte entlang der West-Ost-Achse, vor allem die Neue Seidenstraße, sich sowohl im europäischen als auch im Mittelmeerraum noch lange in einer Zone der Instabilität befinden werden. Und es ist durchaus vernünftig, wenn Russland, Iran und die Golfstaaten eine Zeit lang China geökonomisch den Rücken stärken.

Der dritte Umstand, der noch nicht in vollem Umfang gewürdigt wurde: Die BRICS-Erweiterung fiel situativ zweifellos mit einer Eskalation der militärpolitischen Lage in den Schlüsselstaaten der Welt vom östlichen Mittelmeer bis Ostasien zusammen. Eine solche Situation, in der selbst beschränkte militärische Risiken die Entwicklung der Schlüsselregionen der Welt, insbesondere im Roten Meer, empfindlich treffen, kann zusammen mit einer BRICS-Erweiterung durchaus dazu führen, dass die Idee einer konsequenten Ablehnung von Koordination im politischen Bereich aufgeweicht wird. Freilich reifte innerhalb der Organisation ohnehin die Erkenntnis, dass es in der entstehenden politzentrischen Welt keine "reine Wirtschaft" gibt, allein aufgrund der Tatsache, dass heute die Werte der nationalen Souveränität gänzlich neu betrachtet werden.

Auch wenn die jetzige Erweiterungswelle die erste wirkliche Erweiterung der Gemeinschaft darstellt, wird dies kaum einen sofortigen Effekt haben. Doch lassen wir nicht außer Acht, dass sich heute alle Schlüsselprozesse sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft beschleunigt haben. Und die Hauptsache ist, dass in der Weltwirtschaft trotz Sanktionen und politischen Drucks ein viel größerer Raum für Entwicklung entsteht.

Es entsteht die Möglichkeit, eine gänzlich neue geökonomische Konfiguration zu erschaffen. Washington, das sich in der wirtschaftlichen Konfrontation mit China und im geopolitischen Kampf mit Russland verheddert hat, scheint sie übersehen zu haben.

Sobald die USA wieder zu Sinnen kommen, werden sie mit Sicherheit durch Sanktionen, Druck und Ausnutzung der inneren Widersprüche den BRICS schaden, doch werden sie ihnen kaum etwas Konstruktives entgegensetzen können. Zu sehr entspricht die Entwicklung der BRICS den Haupttendenzen der heutigen Welt, um sie durch politische Manipulationen zu neutralisieren.

Dennoch sollte man sich nicht in Bürokratie und Widersprüchen verstricken, sondern ständig das große Bild der Welt im Wandel berücksichtigen, dessen Perspektiven heute stärker als die Risiken sind.

Prioritäten der Entwicklung der BRICS liegen auf der Hand: weitere Dedollarisierung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs, Schaffung eines Systems von dollarfreien Investitionen und Krediten, was angesichts der Verwandlung des US-Dollars in eine politische Waffe äußerst wichtig ist. Das ist eine durchaus umfassende Agenda, die die natürlichen Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft reflektiert. Der Erfolg ihrer Umsetzung wird bestimmen, wie weitreichend und geökonomisch bedeutsam die nächste – bereits die zweite – Erweiterungswelle der BRICS sein wird. Unter gewissen Umständen könnte sie das Forum, das vor Kurzem nur noch eine Abkürzung war, ins wichtigste geökonomische Institut der heutigen Welt verwandeln.

Übersetzt aus dem Russischen.

Dmitri Jewstafjew ist ein russischer Politologe (Amerikanist). Er ist spezialisiert auf militärpolitische Fragen der nationalen Sicherheit Russlands, der Außen- und der Militärpolitik der USA und der regionalen Probleme der Kernwaffen-Nichtverbreitung und Ko-Autor

wissenschaftlicher Monografien und zahlreicher Artikel.

* * *

Katars LNG-Lieferstopp zeigt: Krise im Roten Meer birgt enorme Gefahren für Europa

<https://freedert.online/international/193042-katars-lng-lieferstopp-zeigt-krise/>

17.01.2024

Wegen der Luftangriffe der US-Koalition auf den Jemen hat Katar die Verschiffung von LNG durch die Straße von Bab al-Mandab im Roten Meer kürzlich eingestellt. Davon betroffen sind vor allem die Länder in Europa, die langfristig mit Lieferengpässen konfrontiert werden könnten.

Von Alex Männer

Im Zuge des erneut aufgeflammt Konflikt zwischen Israel und der radikal-palästinensischen Hamas hatten sich die arabischen Länder erwartungsgemäß hinter die Palästinenser gestellt. So auch Jemen – ein vom Bürgerkrieg gebeuteltes Krisenland im Süden der arabischen Halbinsel, in dem die sogenannte Bewegung der Huthi seit mehr als 20 Jahren Kämpfe um ihren schiitischen Glauben führt und heute große Provinzen im Westen kontrolliert.

Angesichts der israelischen Offensive im Gazastreifen im Oktober hatten die Huthi-Rebellen die USA, Großbritannien und andere westliche Länder für die Tausenden palästinensischen Opfer verantwortlich gemacht und sogleich angekündigt, gegen diese Länder vorzugehen. Bereits im November begannen die Huthi mit Angriffen gegen israelische und die mit Israel verbundenen Handelsschiffe im Roten Meer, wodurch die Schifffahrt in dieser stark befahrenen Region seitdem eingeschränkt ist.

Als Reaktion darauf starteten die USA und ihre Verbündeten die Seeoperation "Prosperity Guardian". Dabei haben sie inzwischen dutzende Luftangriffe auf Ziele in mehreren jemenitischen Provinzen durchgeführt.

Diesbezüglich ist zu betonen, dass die jemenitischen Huthi von vielen internationalen Akteuren, einschließlich von Washington, als "Proxys" des Iran betrachtet werden. Demnach sollen diese Rebellen, die sich in den vergangenen Jahren erfolgreich der Intervention Saudi-Arabiens widersetzt hatten, hauptsächlich mit der Unterstützung Teherans agieren und die iranischen Interessen in dieser Region stärken.

Im Grunde gehen die Vereinigten Staaten mit ihren Angriffen gegen Huthi zugleich gegen den Iran vor, weshalb nun vieles von ihm abhängt. Indes war seine erste schwerwiegende Reaktion ein Angriff mit ballistischen Raketen auf angeblich von Mossad genutzte Einrichtungen im irakischen Erbil, was auch als ein indirekter Schlag gegen die US-Amerikaner zu verstehen ist.

Europas Rohstoffversorgung in Gefahr?

Es zeigt sich insofern mehr und mehr, dass dieser Konflikt eindeutig die Gefahr eines großen Krieges im Nahen Osten birgt. Wobei ein Krieg nicht nur große Verluste in der Region verursachen, sondern auch negative ökonomische Folgen für den Westen respektive Europa haben würde, meinen Experten.

Demnach besteht die Gefahr, dass etwa die Schifffahrt durch die Straße von Bab al-Mandab an der

jemenitischen Küste, die das Rote Meer mit dem Golf von Aden verbindet, zum Erliegen gebracht werden könnte. Dies wäre fatal, da diese Meerenge als eine der meistbefahrenen Schiffspassagen der Welt und als eine der wichtigsten Routen für den globalen Rohstofftransport gilt. Etwa ein Fünftel der Öllieferungen, einschließlich des Großteils der Rohöl-Exporte arabischer Länder, gehen täglich entlang dieser Route. Außerdem passieren erhebliche Mengen an verflüssigtem Erdgas (LNG), mehr als 12 Prozent, die Straße von Bab al-Mandab. Zum Beispiel die vielen Exporte aus Katar, die unter anderem an die Abnehmer in Europa gehen.

Eine (langfristige) Einschränkung der Rohstofftransporte durch dieses Seegebiet könnte zu einem starken Anstieg der Ölpreise sowie der Erdgasknappheit in Europa führen. Die Folgen für die EU-Länder wären in der jetzigen Wirtschaftslage vermutlich katastrophal.

Obwohl die Huthi bisher zwar keine Schiffe mit Öl oder Flüssiggas im Roten Meer angegriffen hatten, machten viele Beobachter darauf aufmerksam, dass etwa die katarischen LNG-Lieferungen in die EU im Zuge der Krise im Roten Meer trotzdem unterbrochen werden könnten. Nun ist dieser Fall kürzlich auch eingetreten. Wie die Agentur Reuters am Montag berichtete, soll das katarische Mineralöl-Unternehmen QatarEnergy nach dem Beginn der Luftangriffe auf den Jemen durch die US-Koalition die Verschiffung von LNG durch die Straße von Bab al-Mandab eingestellt haben.

Voraussichtlich sind Engpässe in Europa vorerst nicht zu befürchten, weil die europäischen Länder heute über ausreichende LNG-Vorräte verfügen. Trotzdem ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Lieferstopp sich nicht gerade positiv auf die Energiesicherheit Europas auswirkt.

Diese Situation könnten sich andere Lieferanten zunutze machen und die Marktanteile übernehmen, die Katar offenbar liegen lässt. Theoretisch kommen dafür die USA infrage, die übrigens, Medien zufolge, kürzlich die Kataris als den weltgrößten LNG-Exporteur ablösen konnten.

Allerdings ist es fraglich, ob die Vereinigten Staaten ihre ohnehin immensen LNG-Ausfuhren überhaupt noch weiter steigern können. Zumal die Gasbranche des Landes wahrscheinlich vor einem Rückgang steht, wie aus Prognosen des US-Energieministeriums hervorgeht. Demnach soll die Produktion von Erdgas in den kommenden zwei Jahren lediglich um etwa 1 bis 2 Prozent zulegen, wobei das Wachstum 2024 und 2025 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte zurückgeht.

Allem Anschein nach haben die US-Produzenten den Höhepunkt ihres Wachstums bereits überschritten, weshalb sich die Gasförderung in den USA künftig maßgeblich verlangsamen wird. Gleichzeitig erhöht sich der Gasverbrauch im Inland, weil vielerorts ein Umstieg von Kohle auf Gas stattfindet. Zudem steigen die US-amerikanischen Gasexporte nach Mexiko, während die Importe aus Kanada schrumpfen.

Daher stellt sich die Frage, ob die zur Zeit geförderten Mengen Erdgas für zusätzliche Lieferungen nach Europa ausreichen? Deshalb bleibt abzuwarten, ob sich die Lage im Roten Meer stabilisiert. Sollte es aber zu einer weiteren Eskalation kommen, dann dürften die europäischen Staaten früher oder später vor Lieferengpässen stehen, und es ist nicht sicher, dass die USA für Entspannung sorgen können.

* * *

Mexiko: Regierungserfolge López Obradors werden von internationalen Medien ignoriert

<https://freedert.online/amerika/193164-mexiko-grosse-regierungserfolge-von-lopez-obrador-durch-die-medien-zensiert/>

18.01.2024

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador ist so beliebt wie kaum ein anderer Regierungschef vor ihm. Trotzdem werden seine Verdienste von mexikanischen und internationalen Medien unter den Teppich gekehrt. Dabei gäbe es so einiges zu berichten.

Von Maria Müller

Mexikos Verfassung erlaubt keine zweite Amtsperiode des Präsidenten, sonst hieße der Wahlsieger im kommenden Juni erneut Andrés Manuel López Obrador (kurz: AMLO). Er eröffnete zum Jahresende die letzte Runde seiner ehrgeizigen und erfolgreichen Regierung.

Laut der Agentur Oraculus, welche die Ergebnisse der wichtigsten öffentlichen Umfragen zusammenfasst, liegt die Zustimmung für den Präsidenten bei rund 66 Prozent und damit über dem Zustimmungsbereich der vier vorherigen Präsidenten zu einem ähnlichen Zeitpunkt in ihren Regierungen.

Die Präsidentschaftskandidatin seiner Parteienkoalition "MORENO" heißt Claudia Sheinbaum Pardo. Sie regierte die Hauptstadt Mexico City mit dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat des Landes von 2018 bis Juni 2023. Sheinbaum wird im Falle ihres Wahlsieges als erste Präsidentin Mexikos eine gestärkte MORENO-Partei übernehmen, mit der sie wahrscheinlich das Werk ihres Vorgängers AMLO fortsetzen kann. Die sogenannte "Vierte Umgestaltung" des Landes soll in die Geschichte Mexikos eingehen. In den Zwischenwahlen 2021 konnte die MORENO-Partei in 14 Bundesstaaten die Regierung übernehmen und damit ihre territoriale Verankerung mehr als verdoppeln, andererseits verlor sie Stimmen im Kongress.

Die mexikanischen und internationalen Medien als politische Macht im Staat

Denn AMLO bekam in seiner Regierungszeit bis heute die Macht der Fake News etablierter nationaler (und internationaler) Pressemedien zu spüren. Darunter fällt auch ein systematisches Verschweigen aller Erfolgsmeldungen der progressiven, sozial verpflichteten Linkskoalition, was zu einer desorientierten Wahrnehmung in der Bevölkerung bis hin zur politischen Apathie führte. Ergebnis war ein Stimmenverlust im Kongress bei den Zwischenwahlen 2021, der López Obrador zu vermehrten Verhandlungen mit anderen Parteien zwingt. Dem Präsidenten gelang es wiederum, sich mit morgendlichen Konferenzen direkt an die Bevölkerung zu wenden und Presseschranken teilweise zu überwinden.

Mexiko ist ein gutes Beispiel aus dem globalen Süden für die Kampagnen mit Fake News der offiziellen Medien. Denn auch das Totschweigen von positiven Ergebnissen linker oder progressiver Regierungen zerstört die Demokratie, die auf objektive Berichterstattung angewiesen ist. Ganz zu schweigen von der alltäglichen, direkten Medienmanipulation. Damit gab und gibt es in allen lateinamerikanischen Staaten Erfahrungen, die immer wieder zur politischen und ökonomischen Destabilisierung eines Landes führen.

Die Erfolgsbilanz der Regierung des Präsidenten López Obrador

Der mexikanische You-Tuber und Blogger Tello Ponce de León hat in einem Video mit dem Titel

"Das Problem sind wir" die Erfolgsbilanz der Regierung kommentiert und das (Ver)schweigen durch die Medien angeklagt.

Im vergangenen Jahr lag Mexiko beim Wirtschaftswachstum weltweit an dritter Stelle, direkt hinter China und Indien – und die überwiegende Mehrheit der Mexikaner war sich dessen nicht bewusst. (Anm: Die Bundesrepublik Deutschland lag übrigens 2023 in dieser Weltstatistik mit 0,3 Prozent Wachstum an letzter Stelle)

Es wurde auch bekannt, dass der mexikanische Aktienmarkt zum ersten Mal seit 159 Jahren mit über 57.000 Punkten schloss – und die überwiegende Mehrheit der Medien schweigt, so die Tageszeitung *El Universal*.

Der mexikanische Peso war 2023 die stärkste Währung gegenüber dem Dollar. Die Presse hat es verschwiegen. Laut der Weltliste in diesem Bereich hat der mexikanische Peso von 2018 bis 2023 gegenüber dem Dollar 16,8 Prozent seines Wertes wiedererlangt. Und die überwiegende Mehrheit der Mexikaner war darüber nicht informiert.

Ebenfalls im Dezember wurde die Erhöhung des Mindestlohns auf 7.500 Pesos bekannt gegeben. Es war die sechste Erhöhung der Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador, sodass der Mindestlohn von 2018 bis 2024 um 110 Prozent angehoben wurde. Damit steht Mexiko selbst unter Berücksichtigung der Inflation weltweit an erster Stelle. Und die politische Rechte schweigt.

Weitere Neuigkeiten: der historische Rentenanstieg von 4.800 Pesos (2023) auf 6.000 (2024) der monatlichen Rente; aber die überwiegende Mehrheit der Medien hat beschlossen, diese Informationen zu verbergen.

Ebenfalls im Dezember wurden die ersten beiden Etappen des Maya-Zugs eingeweiht – doch die überwiegende Mehrheit, sogar die Linke, entschied sich, diese Informationen nicht weiterzugeben und sie nicht zu kommentieren. Es scheint, dass wir es satt haben oder dass uns eine Regierung langweilt, die ihre Versprechen hält.

Ein weiteres Megaprojekt, das im vergangenen Dezember eingeweiht wurde, war der Flughafen Tulum. Aber die überwiegende Mehrheit der Mexikaner hat es nicht bemerkt.

Damit noch nicht zufrieden, weihte Präsident Andres Lopez Obrador im vergangenen Dezember auch den bi-ozeanischen Zug ein, der den Pazifik mit dem Atlantik verbindet und damit direkt mit dem Panamakanal konkurriert. Die überwiegende Mehrheit der Medien hat es verheimlicht, die überwiegende Mehrheit der Mexikaner hat das nicht erfahren.

Und als ob das nicht genug wäre, startete auch *Mexican Airlines* im Dezember 2023 seinen ersten Flug. Wir sprechen von der Fluggesellschaft, die allen Mexikanern gehörte, die in den vorangegangenen jeweils sechsjährigen Amtszeiten privatisiert worden war und nun vom legendären Andrés Manuel López Obrador wieder zurückgeholt wurde. Aber die meisten Mexikaner haben es nicht einmal bemerkt.

Da AMLO niemanden braucht, der in dazu drängt, Gutes zu tun, hat er im letzten Monat auch die größte Mega-Apotheke in der Geschichte des Landes eingeweiht. Sie befindet sich in der Nähe des Flughafens Felipe Angeles. Für den Bau wurden zwei Milliarden Pesos investiert, und für die Medikamente 219 Milliarden Pesos – damit es in ganz Mexiko nicht mehr an kostenlosen Medikamenten mangelt. Aber die meisten Mexikaner haben es nicht einmal bemerkt.

Darüber hinaus wurde bestätigt, dass unser Land im November mit 22,4 Millionen formellen

Arbeitsplätzen den historischen Rekord in seiner gesamten Geschichte erreichte. Doch der bekannteste mexikanische Journalist, Lloret de Mola, schweigt.

Infolgedessen gehörte Mexiko zu den Volkswirtschaften mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit im APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation Forum). Im Weltrang rangiert Mexiko auf dem 4. Platz mit nur 2,7 Prozent Arbeitslosigkeit. Doch auch Chumel Torres, ein ebenso bekannter mexikanischer Journalist, schwieg.

Infolgedessen wurde die Arbeitsarmut in Mexiko im Vergleich zu 2017 um 5,2 Prozent reduziert. Und 3,3 Millionen Mexikaner konnten der Armut entfliehen. Doch die überwiegende Mehrheit der lokalen Radiosender berichtete nichts darüber.

Dank dieser Faktoren verbesserte sich Mexiko um vier Plätze und belegt in der Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften der Welt im Jahr 2023 den zwölften Platz. Dies ist das Ergebnis eines ermutigenden Erholungstempos in der zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas, laut Mitteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Aber die meisten Mexikaner wissen es nicht.

Die Mehrheit der mexikanischen Medien schwieg auch darüber, dass die Marine während der sechsjährigen Amtszeit von AMLO den Jahresrekord bei Beschlagnahmungen von Drogen erreichte. Aber fast niemand weiß das.

Schließlich kam die Nachricht, dass Mexikos internationale Währungsreserven weiter wuchsen – im November 2023 um 3,3 Prozent auf 6,5 Milliarden US-Dollar; in Lateinamerika steht Mexiko dabei hinter Brasilien an zweiter Stelle. Aber die überwiegende Mehrheit der Mexikaner ignoriert das.

Und ich frage mich: Vielleicht gefällt das den Mexikanern nicht? Oder ist das nicht genug, um sich darum zu bemühen, uns selbst und die desinformierten Menschen um uns herum zu informieren?

Das liegt daran, dass sie ein Drittel der Mexikaner entsprechend manipuliert haben, damit sie AMLO trotz allem, was er tun konnte, hassen. Sie manipulierten die anderen zwei Drittel der Mexikaner, sich dafür zu schämen, ihn zu unterstützen. Sie sollen nur still und leise bleiben. Es ist wirklich eine Schande.

Glaubt ihr vielleicht, dass es nicht ausreicht, für ihn zu stimmen? AMLO hat sein ganzes Leben lang dafür gekämpft, dieses Land zu verändern. Nun, unsere einzige Aufgabe besteht darin, diese Informationen zu verbreiten – und nicht einmal das machen wir gut.

Wie ist es möglich, dass es Bundesstaaten gibt, in denen die rechtssideologische, neoliberale Partei PAN trotz allem, was AMLO getan hat, gewinnt? Wie ist es möglich, dass zwei Drittel der Abgeordneten und Senatoren nicht sicher hinter ihm stehen?

Dank der Apathie der Mexikaner und der Fehlinformationen ist das möglich. Kein Zweifel, wir verdienen diese Regierung nicht. Kein Zweifel, wir sind eines Präsidenten wie Andrés Manuel López Obrador nicht würdig. Herr Präsident, vielen Dank für so viel, und entschuldigen Sie das "so wenig".

* * *

Meinung

Ricarda Lang: Die Wasserverdrängerin

<https://freedert.online/meinung/191849-ricarda-lang-wasserverdraengerin/>

05.01.2024

Deutschland steht unter Wasser. Also eilt Ricarda Lang (Die Grünen) in die Fluten und verspricht Hilfe. Lang ist optimistisch, so wie alle Politiker derzeit optimistisch sind. Den Bürgern dagegen steht das Wasser bis zum Hals.

Von Tom J. Wellbrock

Hochwasser eignet sich für Politiker historisch bedingt (gemeint ist Gerhard Schröder, dem seine Gummistiefel eine weitere Amtszeit bescherten) perfekt, um sich als mitfühlendes Lebewesen zu zeigen. Nachdem sich Kanzler Olaf Scholz (SPD) in Jeans und Riesenschuhen gezeigt und ein zerknirschtes Gesicht gemacht hatte, darf man die positive Wirkung solcher Reisen in Flutgebiete allerdings bezweifeln. Kein Grund für Ricarda Lang, von ihrem kleinen Ausflug Abstand zu nehmen.

Die übers Wasser geht

Verfolgt von einer Horde Journalisten, die im Schlamm um sie herumtanzen, ging Ricarda dorthin, wo es wehtut: direkt ins Wasser. Und tatsächlich wirkte es, als gehe da eine Landwirtin durch die Pfützen, wohlgenährt und in Gummistiefeln verdrängte Lang das Wasser unter sich und schenkte der Gruppe Kameraträger nur wenig Beachtung.

Es wurde viel gelacht, wenn auch nicht von Ricarda Lang, die schließlich nicht den Laschet machen wollte. Lustig war ihr Auftritt trotzdem, insbesondere als sie in die Kameras sprach und ausführte:

"Wir haben das beim Ahrtal gesagt, und das gilt für mich genauso für diese Flut: Niemand darf mit diesen Schäden alleingelassen werden, das heißt, wir müssen dann schauen, auch mit Bund und Land, wie kann finanziell unterstützt werden [...]."

Das gemeine Hochwasseropfer würde jetzt wohl antworten: Am besten kann mit Geld finanziell unterstützt werden, aber so einfach ist das alles ja nicht, wie wir wissen. Und so fuhr die große, kleine grüne Vorsitzende fort:

"Und welchen finanziellen Handlungsspielraum müssen wir schaffen, um das möglich zu machen, das ist klar, die Schuldenbremse darf am Ende nicht dazu führen, dass hier Menschen mit den Kosten, mit den Schäden vor allem, alleine gelassen werden. Aber wie das konkret aussehen kann, das schauen wir uns an, wenn die Akutsituation hier abgelaufen ist."

Man muss das natürlich als handfeste Warnung an die Akutsituation betrachten, denn ihre Zeit scheint bald abgelaufen zu sein.

Ahrtal? Da war doch was!

Ricarda Lang sprach über das Ahrtal, und wer ihr zugehört hat und Opfer des aktuellen Hochwassers ist, dürfte das nicht unbedingt als beruhigend empfinden. Denn Mitte 2023 konnte

man etwa im *Redaktionsnetzwerk Deutschland* nachlesen:

"Bernd Gasper ist fast zwei Jahre nach der Ahrflut mit mindestens 134 Toten – darunter seine Schwiegermutter – an einem Tiefpunkt. Den 70-Jährigen und seine Frau Brigitte quälen schlimme Zukunftssorgen. In ihrem Ausweichquartier in der Nähe von Bonn warten sie auf die Bewilligung ihres im November 2021 bei der Investitions- und Strukturbank (ISB) gestellten Antrags auf Geld aus dem Wiederaufbaufonds von Bund und Ländern – zunehmend verzweifelt. Sie möchten nach dem Abriss ihres Hauses, das in den stinkenden Wassermassen zerstört worden war, etwas weiter weg vom Fluss in ihrem Heimatort Altenburg wieder aufbauen."

Gaspers Bruder hatte mehr Glück, er bekam Geld von seiner Versicherung. Aber alles in allem ist das Ahrtal ein mehr oder weniger totes Gebiet, wie ein Winzer ausführt:

"Winzer Alexander von Stodden aus dem Wein-Ort Rech muss bei den Milliarden Euro im Wiederaufbaufonds von Bund und Ländern immer wieder an einen Ablassbrief denken. 'Es ist erschreckend, wie langsam das geht', sagt Stodden, der auch in der Kommunalpolitik aktiv ist. Es fehle ein Konzept für den Wiederaufbau. Anfangs habe er gesagt, es dauert fünf Jahre, bis Außenstehende nichts mehr sehen, und zehn Jahre, bis wir nichts mehr sehen. Das halte er nicht mehr für erreichbar. 'Man merkt richtig, dass die Luft raus ist – und es kommt Frust auf.' Der Winzer befürchtet: 'Der Gast guckt sich das noch eine Weile an, dann kommt er nicht mehr.'"

Auch Ricarda Lang ist nicht ins Ahrtal gekommen, zum Beispiel um sich anzusehen, wie es vorwärtsght. Aber bei der derzeitigen Stimmung der Bevölkerung wäre ihr Erscheinen womöglich eine ebenso gute Idee gewesen wie Robert Habecks kürzlicher Plan der Überfahrt auf einer Fähre, die der Grüne verschieben musste, weil er den Unmut zahlreicher Bürger erfuhr.

Unbürokratische Hilfe im "Haus, das Verrückte macht"

Vielleicht erinnern sich die Leser an den "Passierschein A38", den Asterix und Obelix benötigten. Keine große Sache, dachten die beiden Helden, bis sie eine Weile im Haus verbracht hatten, das Verrückte macht.

So ähnlich sieht die "unbürokratische" Hilfe in Deutschland ebenfalls aus. Kehren wir zur Veranschaulichung noch einmal ins Ahrtal zurück. Das Problem vom oben genannten Bernd Gasper bestand unter anderem darin, dass er sein zerstörtes Haus nicht exakt am gleichen Platz aufbauen wollte, wo es vorher gestanden hatte.

Herr Gasper, wie können Sie nur! Denn:

"Bei Bernd Gaspers Antrag handle es sich um ein 'Ersatzbauvorhaben', weil er nicht an derselben Stelle – in unmittelbarer Nähe zur Ahr – wieder bauen will, heißt es bei der ISB. 'Diese Vorhaben setzen sich von der Bearbeitung der Anträge auf Aufbauhilfe bei Gebäudeschäden ab – sie sind komplexer und benötigen eine längere Bearbeitungszeit.'"

Von ähnlichen Problemen kann auch Hermann-Josef Pelgrim ein Lied singen. Er kommt von der Aufbaugesellschaft Bad Neuenahr-Ahrweiler und beklagte sich Mitte 2023 über die Verwaltungsvorschrift der Schadensbehebung, die für nachhaltiges Bauen keinen Sinn hat:

"Für den öffentlichen Bereich ist es fatal, dass wir nicht zukunftsgerichtet und klimaresilient aufbauen können – etwa mit mehr Bäumen, mit Maßnahmen im Gewässer für den Hochwasserschutz", sagt Pelgrim. 'Das entspricht nicht den Zukunftsvoraussetzungen hinsichtlich des Klimawandels.'"

Nun könnte man einwenden: Gut, gut, aber Schadensbehebung stand nun mal im Vordergrund, Klima- und Hochwasserschutz sind dann eben später dran. Wollen wir Herrn Gasper von oben mal fragen, wie er die Schadensbehebung der Politik so findet? Besser nicht, der Mann bekommt sonst noch einen Herzinfarkt.

Die *Tagesschau* fragte dann noch:

"Aber wieso planen Politik und Behörden einen Wiederaufbau ohne Hochwasserschutz – gerade im Ahrtal?"

Eine ziemlich gute Frage, die man womöglich Ricarda Lang mal stellen sollte.

Geteiltes Leid ...

Das Wasser – nicht mal das der Pfützen – konnte Ricarda Lang nicht teilen, aber sie bot geteiltes und demzufolge halbes Leid an, zumindest vor den Kameras. Auf die Frage, ob es nicht ein erschreckendes Zeichen sei, dass Deutschland auch auf Hilfe aus Frankreich zurückgreifen musste, entgegnete die plantschende Grüne, dass sie es genau andersherum sehe. Die Hilfe aus Frankreich sei ein Signal für den Zusammenhalt in Europa.

Und so wird die grüne Wassertreterin jetzt wahrscheinlich wieder im Warmen sein und gespannt abwarten, wann die Uhr der Akutsituation abgelaufen ist, um dann richtig durchzustarten, und zwar mit jeder Menge unbürokratischer Hilfe. Derweil behalten die betroffenen Menschen in den Hochwassergebieten erst einmal nasse Füße und im besten Fall etwas trockenen Humor.

Was sonst sollen sie auch tun?

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebell.

* * *

EU bezeichnet Tötung russischer Kinder als "Akt der Selbstverteidigung"

<https://freedert.online/meinung/191817-eu-bezeichnet-toetung-russischer-kinder/>

06.01.2024

Kiews Angriff mit verbotener Streumunition auf Belgorod, bei dem auch Kinder getötet wurden, wird im Westen ignoriert. Dieses Verhalten zeigt deutlich, dass dem Westen nichts heilig ist, wenn es darum geht, Russland Schaden zuzufügen.

Von Jelena Karajewa

Die EU benötigte vier Tage, um ihre Position zu dem terroristischen Angriff Kiews auf Zivilisten in der russischen Stadt Belgorod zu formulieren.

Frankreichs Außenministerium stellte fest, dass "die Ukraine in Übereinstimmung mit Artikel 51 der UN-Charta in Selbstverteidigung gehandelt hat". Brüssel ging noch weiter als Paris und betonte, dass es "nicht die Absicht hat, Informationen aus Russland zu vertrauen". Damit haben die Paneuropäer erstens bewiesen, dass es möglich ist, Russen ohne Bedenken (natürlich in "Notwehr") zu töten, und zweitens sei unklar, ob die Kinder tatsächlich gestorben sind.

Die Erklärung des französischen Außenministeriums spielte in diesem Sinne die "A-Note der ersten Oktave" und stellte damit das gesamte PR-Orchester ein, um die bestellte Partitur zu spielen. Es ist wichtig, auch Folgendes zu verstehen: Alles, was die internationalen Beziehungen und die Reaktionen auf das Geschehen betrifft, ist laut der französischen Verfassung das ausschließliche Vorrecht des französischen Präsidenten. Daher hat alles, was das Außenministerium des Landes von sich gibt, den Segen von Präsident Emmanuel Macron.

Nach der Erkenntnis des Scheiterns der ukrainischen Gegenoffensive und der anschließenden Einsicht in die Vergeblichkeit der mehr oder weniger geheimen Versuche, Russland zu irgendeiner Form von Verhandlungen (separate Gespräche oder was auch immer) zu bewegen, sowie der offensichtlichen Einfrierung des Konflikts, die sich daraus ergeben hätte, haben die westlichen Eliten beschlossen, aufs Ganze zu gehen.

Tatsache ist aber auch, dass sich ihre heutige Lage, so sehr sie sich auch über ihre "Demokratie und individuellen Rechte" echauffieren mögen, von der Situation am Vorabend der militärischen Sonderoperation stark unterscheidet.

Die Wirtschaft, zumindest die des europäischen Blocks, taumelt am Rande der Rezession (und in Deutschland ist der Produktionsrückgang offiziell anerkannt), die Industrie kann die steigenden Preise nicht verkraften, und die Bevölkerung ist immer weniger bereit, die Ukraine in ihren Illusionen über den "europäischen Traum" aus eigener Tasche zu sponsern. Selbst wenn die Presse nicht darüber spricht und die Paneuropäer nicht dagegen auf die Straße gehen, heißt das nicht, dass sie mit diesem Zustand einverstanden sind. Sie haben einen Grund, ihre Unzufriedenheit zu zeigen: Die Wahlen zum Europäischen Parlament drohen zu einem völligen Umsturz der derzeitigen außenpolitischen Doktrin der EU zu werden.

Intern scheint die EU nicht mehr der Monolith zu sein, der sie noch im Februar 2022 war. Diejenigen, die verstehen, welchen Schaden die Sanktionen vor allem der EU selbst zugefügt haben, sehen es als ihre Pflicht an, sich immer offener vom Zentrum der Entscheidungsfindung zu distanzieren, und zwar auf jede erdenkliche Weise.

Es gibt noch einen dritten Faktor. Und der ist nicht weniger wichtig als die ersten beiden.

So wie der Stress das Innere eines jeden Menschen entblößt, so hat die gegenwärtige Krise die letzten Feigenblätter abfallen lassen, die die Schwächen vieler europäischer Staats- und Regierungschefs verdeckten.

So ist zum Beispiel bekannt geworden, dass die Ex-Bundeskanzlerin Deutschlands und der Ex-Präsident Frankreichs schamlos alle belogen haben. Sie haben sich mit ihren damaligen Amtskollegen in Kiew abgesprochen und statt die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu unterstützen, haben sie Waffen und Geld in die Ukraine gepumpt und so ihr eigenes europäisches Projekt eines "Anti-Russlands" ins Leben gerufen. Die EU ist unter anderem für den Tod von Tausenden Menschen im Donbass verantwortlich – und für den Tod von Kindern. Brüssel erklärt nun, dass man solchen Informationen nicht trauen könne, wenn sie "aus Russland" kommen. Das ist eine bequeme Position, bequem für Schurken.

In den vergangenen Monaten ist klar geworden, dass man den früheren westlichen Machteliten und auch denjenigen, die jetzt am Ruder sind, nicht im Geringsten trauen kann. Anstandserwägungen, die es nicht erlauben, den Inhalt vertraulicher Gespräche, selbst auf höchster Ebene, offenzulegen, gelten anscheinend im Falle Russlands nicht. Wir waren überrascht, als wir aus der Presse erfuhren, dass alle Gespräche, die Präsident Wladimir Putin mit Macron geführt hat, zum Gegenstand eines

Dokumentarfilms wurden, in dem es darum ging, wie er, Macron, versucht habe, "die Spannungen auf dem Kontinent zu entschärfen".

Im Krieg gegen unser Land – und auch das haben wir erkannt – ist der Westen aus Ohnmacht und Wut bereit, fast sein gesamtes Arsenal einzusetzen. Dabei bezeichnet er sein Vorgehen als "Unterstützung der demokratischen Entscheidung des ukrainischen Volkes". In Wirklichkeit – und das ist kein Geheimnis mehr – werden in dieser Situation eigentlich die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes unterstützt, und zwar fast ausschließlich die der US-Amerikaner, denn der europäische militärisch-industrielle Komplex ist, und auch das ist ganz offensichtlich, ein Widerspruch in sich.

Nach dem Scheitern der politischen und wirtschaftlichen Eindämmung Russlands (der Stellvertreterkrieg wurde genau zu diesem Zweck begonnen) und der Erkenntnis, dass es an der Frontlinie in der Zone der Sonderoperation, gelinde gesagt, nicht so gut läuft, haben Brüssel, Paris, Berlin und Washington beschlossen, Zivilisten zu bekämpfen. Bisher nur verbal mit Aussagen wie, der Tod von Kindern sei ein legaler "Akt der Selbstverteidigung", und Behauptungen, dass Informationen über Streumunitionsangriffe, sofern sie aus Russland stammen, überhaupt nicht zu trauen sei.

Die Russen haben sich anscheinend selbst beschossen und sich selbst getötet. Oder sich selbst verbrannt, wie über das Massaker in Odessa im Jahr 2014 behauptet wird.

Russland sollte sich daran erinnern und sich darüber im Klaren sein, dass eine solche Rhetorik eine gewisse Zeit lang vorherrschen wird. Es ist an der Zeit, aufzuhören, zu glauben, dass man uns in Frieden leben lässt. Nein, das werden sie nicht. Nicht, bis wir sie besiegen – alle von ihnen, vollkommen, endgültig und vollständig.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen auf RIA Nowosti am 4. Januar 2024.

Jelena Karajewa ist eine russische Journalistin und Kolumnistin bei RIA Nowosti.

* * *

Eine "soziale Wende" in der EU – Wer hat die denn gesehen?

<https://freedert.online/meinung/191811-soziale-wende-in-eu-wer/>

07.01.2024

Die französische Zeitung Le Monde will eine "soziale Wende" in der Europäischen Union entdeckt haben. Nur: Wo soll sich diese Wende befinden? Unser Autor Pierre Lévy hat sie überall gesucht – und konnte sie doch nicht finden.

Von Pierre Lévy

Ist es das Bedürfnis, Seiten zu füllen, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Nachrichten angeblich eine Pause einlegen? Oder ist es gar die Besorgnis angesichts der Skepsis der Bevölkerung über die Fortsetzung des "großen europäischen Abenteuers"? Oder war es vielleicht die letzte Ehre, die vor Jahresende 2023 den EU-Politikern in Brüssel verliehen wurde?

Immerhin veröffentlichte *Le Monde* in ihrer Ausgabe vom 31. Dezember und am 1. Januar eine von der Soziologin Dominique Méda unterzeichnete Kolumne, in der diese die "soziale Wende der Europäischen Union" lobte. Nachdem man vorsichtshalber überprüft hat, dass es sich tatsächlich um den 1. Januar und nicht etwa schon um den 1. April handelt, ist die Neugier groß, die

Wesenszüge dieser "Revolution" zu entdecken, die den einfachen Bürgern der EU offensichtlich entgangen war.

Die Autorin zitiert zunächst die Studie eines amerikanischen Ökonomen, demzufolge *"die Globalisierung – zusammen mit dem Freihandel, der Liberalisierung des Kapitals und der Automatisierung – (...) seit den 1990er Jahren (...) die Hauptverantwortung für die starke wirtschaftliche Unsicherheit bestimmter Bevölkerungsgruppen trägt"*.

"Die Deindustrialisierung, die Standortverlagerungen und die Verzerrung der Aufteilung zwischen Kapital und Arbeit haben sich zum Nachteil dieser sozialen Gruppen ausgewirkt", fügt die Soziologin ihrerseits hinzu.

Sie weist auf die politischen Folgen hin: *"Diese Situation hätte logischerweise der Linken zugutekommen müssen, aber den politischen Führern der extremen Rechten ist es gelungen, sie zu ihrem Vorteil zu wenden"*. Um die Partei von Marine Le Pen zu besiegen, müsse man dringend *"mit einer auf die Bedürfnisse des Kapitals zugeschnittenen Globalisierung brechen, um ein neues Gleichgewicht zugunsten der Arbeit zu erreichen"*.

Leider, liest man Dominique Méda förmlich seufzen, habe die französische Regierung *"diesen Weg nicht gewählt, ganz im Gegenteil"*. Wenn man das Rassemblement National durch die AfD und Paris durch Berlin ersetzt, hätte die Autorin denselben Artikel auch an die Adresse des Bundeskanzlers schreiben können. Aber zum Glück gebe es die Europäische Union, denn, so schwärmt sie: *"Es sind die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, die eine soziale Wende einzuleiten scheinen."*

Sie führt drei Beispiele an, welche zumindest die Leser der Tageszeitung der liberalen Eliten Frankreichs vollends überzeugen dürften. Das erste betrifft die Richtlinie über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Personen, deren Einkommen von einer digitalen Plattform abhängt. Zur Erinnerung: Dieser Text listet die Kriterien auf, die es bestimmten *"Scheinselbstständigen"* ermöglichen sollen, einen sogenannten *"Arbeitnehmerstatus"* zu beanspruchen.

Die *"Uber"*isierung trage in sich die Logik des *"Sozialdumpings, dem sich die zahlreichen Plattformen hingeben, die sich den arbeitsrechtlichen Verpflichtungen entziehen und der Sozialversicherung Beiträge in Höhe von Hunderten Millionen Euro entgehen lassen"*, stellt Dominique Méda zu Recht fest und freut sich, dass die künftige EU-Richtlinie auf diese Weise einige Sklaven der modernen Zeit aus dem Wasser fischen kann.

Sie übersieht jedoch ein Detail: Es sind gerade die EU-Institutionen – deren Kommission, der Rat und das Parlament –, die gemeinsam die Deregulierung des Arbeitsmarktes vorangetrieben und organisiert haben und damit die Bedingungen für die Entwicklung der Firmen Uber und Co. geschaffen haben. In Frankreich hatte das 2016 hochumstrittene und doch verabschiedete El-Khomri-Gesetz eine (leider vergebliche) gewerkschaftliche Massenmobilisierung gegen die *"Flexibilisierung"* des Arbeitsrechts ausgelöst. Dieses Gesetz war direkt aus den *"Empfehlungen"* abgeleitet, die die Brüsseler Kommission an Frankreich gerichtet hatte.

Auch heute noch macht die gleiche EU-Kommission die Auszahlung von Post-COVID-Subventionen an die Mitgliedstaaten davon abhängig, ob und wie eifrig diese ihre neoliberalen *"Reformen"* umsetzen. Letztere haben nicht gerade den Schutz der Rechte von lohnabhängig Beschäftigten in der Europäischen Union zum Ziel...

Das zweite Beispiel, das angeführt wird, ist ähnlich. Es betrifft die *"Richtlinie über die Sorgfaltspflicht der Unternehmen in Bezug auf die Nachhaltigkeit"* (die Wortwahl ist ein schönes Beispiel für technokratische Poesie). Der besagte Text fordert die Unternehmen auf, *"die*

Menschenrechte und die Auswirkungen auf die Umwelt in ihrer gesamten Lieferkette zu respektieren". In Brüssel stilisiert man sich also nicht nur gern zur Speerspitze der Verteidigung der Proletarier des alten Kontinents, sondern auch der Benachteiligten auf der ganzen Welt.

Erfreut über diesen plötzlichen Brüsseler Kreuzzug prangert die Soziologin nun an, *"wie der freie Kapital- und Warenverkehr es transnationalen Unternehmen ermöglicht hatte, sich von der sozialen und ökologischen Verantwortung zu emanzipieren, die zuvor durch nationale Rechte auf ihnen lastete"*, übersieht dabei aber völlig, dass der freie Kapital- und Warenverkehr der symbolträchtigste rote Faden der europäischen Integration ist. Zusammen mit der Freizügigkeit von Arbeitskräften und Dienstleistungen ist diese "vierfache Freiheit" der Freizügigkeit sogar in den Gründungsverträgen verankert.

Das dritte Beispiel stammt aus der künftigen EU-Verordnung zur sogenannten Künstlichen Intelligenz. In dem Text wird eine Typologie von Bereichen mit "inakzeptablem Risiko", "hohem Risiko" und "begrenztem Risiko" erstellt. Und es werden Ziele für die Transparenz von Algorithmen festgelegt. Aber die Autorin lobt vor allem *"mehrere Bestimmungen, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen"*. Welche sind das? Von wem? Leider gibt sie dies, sicher nur aus Platzmangel, nicht an.

Schließlich, so freut sie sich, *"verdient ein letzter Fortschritt Erwähnung. Es handelt sich zwar nur um einen nicht bindenden Antrag des Europäischen Parlaments, zeigt aber einen innovativen Weg auf"*. Der Antrag fordert die EU unter anderem auf, in einen *"ökologischen Übergang zu investieren, der hochwertige Arbeitsplätze schaffen wird"*. Laut den Europaabgeordneten würden somit *"1,4 Millionen Arbeitsplätze für Gering- und Mittelqualifizierte sowie 450.000 Arbeitsplätze für Hochqualifizierte geschaffen, wenn die Investitionen in die Gebäudesanierung steigen und der Energieverbrauch fossiler Brennstoffe für Heizzwecke sinkt"*.

Diese Zahlen – deren Berechnungsmethode ebenfalls unbekannt bleibt – sind mit anderen Zahlen zu vergleichen, die im Jahr 2020 von Luc Triangle genannt wurden, einem belgischen Gewerkschaftsführer, der damals an der Spitze des europäischen Gewerkschaftsverbands IndustriALL European Trade Union stand. Diese (die wirklich keine antieuropäische Gewerkschaft ist) wies damals auf die Folgen des "Green Deal" hin, den die Brüssel Behörde zur "Rettung des Planeten" ausgeheckt hatte: *"Wir sprechen hier von etwa 11 Millionen Arbeitsplätzen, die direkt in der Rohstoffindustrie, der energieintensiven Industrie und der Automobilindustrie betroffen sind."* So sind also 11 Millionen Arbeitsplätze direkt bedroht.

Also ist Brüssel als Ritter des sozialen Fortschritts gegenüber widerspenstigen Staaten bekannt? Diese Behauptung löst unwillkürlich ein Lächeln aus. Und selbst wenn sie nicht absurd wäre, vergessen diejenigen, die daran glauben, dass hier noch nie soziale Errungenschaften von oben herab verliehen wurden, sondern nur durch Kampf erreicht werden können.

Das hindert das Monster eines angeblich "sozialen Europas" jedoch nicht daran, regelmäßig wieder aus den trüben Gewässern aufzutauchen. Bereits 1997 hielt die Sozialistische Partei Europas einen Kongress in Malmö ab, auf dem dieser Slogan zu hören war. Mit dem Amtsantritt von Anthony "Tony" Blair in London, Lionel Jospin in Paris und dem bevorstehenden Amtsantritt von Gerhard Schröder in Berlin würde die Sozialdemokratie endlich die letzten Hindernisse auf dem Weg zu einem wahrhaft "sozialen" Europa aus dem Weg räumen.

Bereits ein Jahrzehnt zuvor hatte François Mitterrand, als er gerade zum Präsidenten gewählt worden war, feierlich verkündet: *"Europa wird sozial sein oder es wird nicht sein."*

Die Folgen sind uns allen wohlbekannt.

* * *

Es grenzt an Wahnsinn, wenn man Israel weiterhin politisch und moralisch unterstützt

<https://freedert.online/meinung/191947-es-grenzt-an-wahnsinn-wenn/>

08.01.2024

Es macht, ehrlich gesagt, wahnsinnig, dass es immer noch Menschen gibt, die Israel unerschütterlich unterstützen. Nach all dem Töten. Nach all den Lügen, bei denen sie erwischt wurden. Nach all den Aussagen und all den Taten, die zeigen, wie ernst sie es meinen.

Von Caitlin Johnstone

Wenn man zum jetzigen Zeitpunkt Israel immer noch unterstützt, so zeigt man damit nur, dass einem Wahrheit oder Moral egal sind. Man verkündet damit der Welt, dass einem nur Israels seltsamen ideologischen Pläne und seine geopolitischen Ambitionen am Herzen liegen. Man verkündet damit öffentlich, dass man ein verdammt schlechter Mensch ist. Dass man all die Jahre auf diesem Planeten gelebt hat, ohne irgendeine emotionale oder psychologische Reife erreicht zu haben. Dass man sein Leben auf diesem Planeten verschwendet hat.

Man warte nur mal darauf, bis die Generation Zoom herausfindet, dass Jeffrey Epstein das getan hat, was er getan hat, weil er eine Operation für sexuelle Erpressung im Auftrag des israelischen Geheimdienstes durchgeführt hat. Der wichtigste Aspekt der Epstein-Saga ist nicht, dass er einigen berühmten Persönlichkeiten dabei geholfen hat, Minderjährige zu vergewaltigen, sondern dass mächtige Geheimdienste Minderjährige als Sexsklaven für sexuelle Erpressung einsetzen, um die Kontrolle über unsere Gesellschaft auszuüben.

Nichts überzeugt einen schneller, dass Israel ein rassistischer Apartheidstaat ist, der von Hass und Gewalt zusammengehalten wird, als sich die Videos anzusehen, die von Israelis selbst in den sozialen Medien hochgeladen werden. Wenn Israel über die "freiwillige Migration" von Palästinensern aus Gaza spricht, nachdem es Gaza absichtlich unbewohnbar gemacht hat. Das ist so, als würde man einen Mann mit vorgehaltener Waffe überfallen und dann behaupten, er hätte seine Brieftasche aus freien Stücken herausgegeben, weil man nicht physisch in seine Tasche gegriffen und sie ihm herausgenommen hat.

Achtung, jetzt wird es ironisch: Leute, es ist wirklich sehr, sehr wichtig, dass Trump nicht wiedergewählt wird. Denn wenn er es wird, werden die USA einen Präsidenten haben, der Massenmord, Völkermord und ethnische Säuberungen unterstützt und er wahrscheinlich zulassen wird, dass unzählige Menschen von rassistischen Tyrannen getötet werden. Im Ernst, es ist äußerst lächerlich, dass Joe Biden den Frieden in der Ukraine sabotiert und einen Völkermord in Gaza unterstützt, während wir alle hier sitzen und beten, dass er keinen weiteren Krieg im Nahen Osten anzettelt. Auch wenn Biden alles das ist, von dem die Leute befürchtet hatten, dass Trump es sein werde, sollten wir uns trotzdem große Sorgen machen, dass Donald Trump wieder ins Weiße Haus einziehen könnte.

Wenn man sieht, wie brutal die israelischen Streitkräfte die Palästinenser und antizionistische Juden behandeln, dann ist es nicht mehr überraschend, dass seit den vergangenen Jahren zunehmend viele US-Polizeibehörden ihr Personal nach Israel zur Ausbildung schicken. Ich habe das Gefühl, dass diese Tatsache bei jungen Menschen in den USA mehr Aufmerksamkeit erregen würde, wenn sie allgemein bekannter wäre. Wenn man jemanden sagen hört, dass jemand rassistisch, sexistisch, homophob oder transphob ist, dann weiß man ziemlich genau, was mit diesen Bezeichnungen

gemeint ist. Wenn man aber jemanden sagen hört, jemand sei ein Antisemit, muss die Frage gestellt werden: "Welche Art von Antisemit? Die echte Art von Antisemiten oder jene Art, die einfach gegen Apartheid und Völkermord ist?"

Israelische Apologeten tun so, als würden sie sich für die Juden einsetzen, während sie in Wirklichkeit nur für eine rechtsnationale Regierung eintreten, die mit einem Bein bereits im Faschismus steht. Diese Apologeten sind Stiefellecker einer bestimmten Sorte, genau wie diese Sorte Schwachkopf des Imperiums, der andere Leute öffentlich oder medial anschreit und niedermacht, weil diese Leute es wagen, die Kriegstreiberei des Westens zu kritisieren.

Israel ist ein gutes Beispiel dafür, wie Narrative Menschen in Schwierigkeiten bringen können. Im 19. Jahrhundert erfanden einige Leute die Theorie über die Notwendigkeit eines ethnischen jüdischen Staates. Und jetzt, im Jahr 2024, wird uns gesagt, dass es in Ordnung und gut für diesen Staat sei, Tausende von Kindern abzuschlachten und sich darauf vorzubereiten, die Palästinenser aus ihrem Staat, aus ihrer Heimat, zu vertreiben. Schließlich hat Israel "das Recht, sich zu verteidigen", nicht wahr? Diese ganze Katastrophe entstand aus mentalen Gedankenfüren, ohne jede Grundlage in der physischen Realität.

Um eine bewusster Spezies zu werden, muss die Menschheit aufhören, sich von manipulativen mentalen Narrativen dominieren zu lassen – die zwischen unsere Ohren platziert werden – und stattdessen beginnen, sich auf das wirkliche Leben zu beziehen und unter den realen Lebensbedingungen dieses Planeten auf natürlichere Weise zu funktionieren. Man sieht keine Tiere, die einen Völkermord begehen, weil ein paar Theorien und Gedankenspiele darüber, wie die Dinge sind und wie sie sein sollten, sie zum Wahnsinn getrieben haben. Auch bewusste Menschen sollten dies nicht tun.

Aus dem Englischen.

Caitlin Johnstone ist eine unabhängige Journalistin aus Melbourne, Australien. Ihre Website findet sich hier und man kann ihr auf X unter @caitoz folgen.

* * *

Linksextremistische Attacke auf ZDF-Team: Vier Bewährungsstrafen – Es war nur "eine Verwechslung"

<https://freedert.online/meinung/192158-linksextremistische-attacke-auf-zdf-team/>

09.01.2024

Im Mai 2020 wurde ein Team der ZDF-Heute-Show brutal attackiert. Medien und Politik mutmaßten die potenziellen Täter im sogenannten "Querdenker-Milieu". Vier Jahre später kam es in Berlin nun zur Verurteilung der wahren Täter – aus dem sogenannten "linken Milieu". Absicht sei ursprünglich gewesen, "Rechtsradikale" schwer zu verletzen.

Von Bernhard Loyen

Mit Beginn der sogenannten "Corona-Krise" zeichneten sich sehr schnell in der Gesellschaft sehr unterschiedliche Wahrnehmungen und Befindlichkeiten ab, hinsichtlich der zügig ausgerufenen Maßnahmenpolitik und einer auffälligen Einheitsfront von Politik und Medien in Bezug auf die bewusst manipulative Vermittlung der vermeintlichen Notwendigkeit rigider (An-)Forderungen an und für die Bürger. In Berlin versammelten sich kritische Menschen zu den ab März 2020 titulierten "Hygiene-Demos" oder als Spaziergänge deklarierten Protestdemonstrationen.

Zur Erinnerung an eine vorherrschende Stimmung im Land sei exemplarisch der Aufruf des Journalisten Uli Gellermann vom 26. März 2020 zitiert, der auf eine Veranstaltung der "Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand" hinwies:

"Im Aufruf zur Demonstration fordert die Initiative die Teilnehmer auf, mit 2-Meter-Abstand zu demonstrieren und neben einem Mundschutz auch das Grundgesetz mitzuführen. Man darf gespannt sein, wie die Ordnungskräfte auf den Versuch, demokratische Rechte wahrzunehmen, reagieren werden. Die Rationalgalerie [Gellermanns Blog] nimmt an der Demonstration teil."

Es kam zu der bizarren Situation, dass die anwesende Polizei den Teilnehmern dort tatsächlich verbot, öffentlich das Grundgesetz vor sich herzutragen.

Wenige Tage später erhielt Gellermann zuhause Besuch von der Polizei. Die Beamten überreichten ihm ein offizielles Schreiben – nämlich ein "Betretungsverbot" für Berlin-Mitte (rund 8 Kilometer entfernt), insbesondere für den Rosa-Luxemburg-Platz vor der Volksbühne, wo die "Hygiene-Demos" nun regelmäßig stattfanden. Dazu heißt es offiziell:

"Um die Ansteckung mit übertragbaren Krankheiten und eine Weiterverbreitung dieser einzudämmen, sieht der Gesetzgeber präventiv und im Akutfall verschiedene Infektionsschutzmaßnahmen vor. In der Regel gehen diese mit weitreichenden Beschränkungen des alltäglichen Lebens einher – so auch beim Betretungsverbot gemäß IfSG."

Das Betretungsverbot für Gellermann war dabei rein politisch motiviert. Zu diesem Zeitpunkt wurden im Rahmen der Rubrik Tagesdosis auf der damaligen Medienplattform *KenFM*, heute *apolut* wöchentlich Kommentarartikel von mir publiziert. Am 30. April 2020 lautete ein Absatz darin:

"Diese Woche werden Freitag und Samstag Demonstrationen in Berlin stattfinden. Die Heute-Show vom ZDF wird extra ein Kamerateam hinschicken. Ich konnte durch Zufall in Erfahrung bringen, man möchte gezielt Verpeilte und Verstrahlte rauspicken, um sie für das dürstende ZDF-Publikum vorzuführen. Lächerlich machen. Wir lernen, wer auf die Straße geht, gilt in den öffentlich-rechtlichen Medien und bei entsprechenden Endkonsumenten entweder als Verschwörungstheoretiker, Verpeilter oder Nazi oder alles drei in individueller Mischung."

Die Polizei taktierte, indem sie den ursprünglichen regelmäßigen Veranstaltungsort der "Hygienesdemonstranten", also den Rosa-Luxemburg-Platz vor der Berliner Volksbühne, für den 1. Mai 2020 dieses Mal rein den Gegendemonstranten zuordnete, bestehend aus Antifa, der Partei Die Linke, Verdi-Gewerkschaftern, Omas gegen Rechts und Mitarbeitern der Volksbühne. Die Anwohner des geschichtsträchtigen Ortes solidarisierten sich sowohl verbal und akustisch als auch durch Plakate an den Fenster mehrheitlich mit diesen Gegendemonstranten.

Dann kam es zu der nun juristisch abschließend verfolgten, brutalen Attacke. Pressemeldungen nach dem Angriff auf das Fernseherteam lauteten:

- *Berliner Morgenpost*: "Heute-Show ZDF Team angegriffen: Dreh war vorher bekannt. Im Internet tauchte bereits am Tag vor der Attacke auf das ZDF-Team ein Hinweis auf, dass die 'heute-Show' am 1. Mai in Mitte filmt."
- *Deutsche Welle*: "Zündfunke Corona: (...) Nur einen Tag vor der Attacke auf die Journalisten, also am 30. April, veröffentlichte der ehemalige Moderator des *Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb)* Ken Jebsen auf seiner Website "*KenFM*", auf der er regelmäßig Verschwörungstheorien verbreitet, einen Kommentar."

Zwei Tage nach dem Ereignis informierte der Berliner *Tagesspiegel*: "Der Angriff soll geplant gewesen sein, ergaben weitere Ermittlungen". Am 8. Mai 2020 berichtete die Berliner *Taz*: "Laut Polizei soll der Angriff auf das ZDF-Team von Linken ausgegangen sein. Die Frage nach Tätern und Motiv ist aber komplizierter". Nach ersten Polizeierkenntnissen "soll es sich bei den Angreifern um eine größere Gruppe von bis zu 30 dunkel gekleideten Personen gehandelt haben", hieß es auf der Webseite *Heise* im Januar 2023. Weiter heißt es im Artikel:

"Doch eine Verbindung zwischen den mutmaßlichen Angreifern auf das ZDF-Team und der rechten Szene oder einem Querfrontmilieu hat sich bisher nicht erhärten lassen."

Die *Taz*-Redaktion berichtete eine Woche nach der Tat bereits über genauere und vor allem interessante Details:

"Bald nach der Tat nahm die Polizei sechs Verdächtige fest, die mit Fahrrädern und einem Auto unterwegs waren. Vier Männer im Alter von 24, zwei mal 25 und 31 Jahren sowie zwei Frauen, 25 und 27 Jahre alt. Nach der Festnahme wurden die Verdächtigen an den Tatort gebracht, auch das sagt die Polizei der taz. Sie sagt aber nicht, warum, also ob dies etwa zum Zweck einer Gegenüberstellung erfolgte. Fotos von der Festnahme zeigen zwei Frauen in Handschellen, klein und schwächlich, zu sehen sind auch zwei der Männer. Satiriker [Abdelkarim] Zemhoute sagt im Interview, drei oder vier Angreifer seien 'durchtrainiert' gewesen, die anderen 'schlank'. Von den Verdächtigen auf den Fotos hat keine die Statur eines Kampfsportlers."

Rund vier Jahre später heißt es nun – um einige Erkenntnisse reicher – in einem sehr lesenswerten Artikel des Journalisten Thomas Moser vom 21. Dezember 2023 auf den *NachDenkSeiten* vor dem Gerichtstermin am 8. Januar 2024:

"Das Motiv für den Überfall ist bis heute unklar. Auch die Anklagebehörde benennt keines. Ungeklärt sind aber noch andere Umstände der Tat. Wer waren die Angreifer? (...) Die Täter kamen nach allem, was wir wissen, nicht aus den Reihen der Corona-Kritiker, sondern erstaunlicherweise von deren Gegnern. Die Ermittlungen, die aus Staatsschutzgründen vom LKA Berlin geführt wurden, ergaben, dass die Angreifer dem sogenannten 'linken Milieu' zuzurechnen seien."

Autor Moser war demnach selbst "mit einem Kollegen in der Stadt unterwegs, um verschiedene Aktionen und Demonstrationen zu beobachten – unter anderem auch am Rosa-Luxemburg-Platz". Weiter heißt es bei ihm zu der genehmigten Gegendemonstration vor der Volksbühne:

"Damit waren die 'Hygiene'-Demonstranten ausgesperrt. Beide Seiten – Polizei wie Antifa – bestätigten ihren Deal auf Nachfrage. Später bedankte sich ein Antifa-Redner einmal explizit bei der Polizei, dass sie ihnen diese 'Inszenierung' ermöglicht habe."

Dann wird es in dem Artikel noch interessanter:

"An einer der Polizeiabsperungen rund um die Volksbühne wurde eine achtköpfige Gruppe junger sportlicher Leute, Frauen und Männer, zunächst aufgehalten. Sie trugen an ihrer Bekleidung zum Teil Antifa-Embleme oder ein Marx-Bild. Doch nach einem kurzen Gespräch zwischen zwei Beamten durfte die Gruppe passieren. Mein Kollege schnappte die Worte auf: 'Die dürfen durch. Das sind unsere Leute'. Wurden wir Zeugen eines weiteren Kapitels aus dem Stück 'die Antifa und die Polizei'?"

Ein belegbarer Fakt ist: Weder meine Person als ein vermeintlicher "Stichwortgeber" und schriftlicher "Anheizer" noch die juristische Abteilung des Portals *apolut* wurden nach dem 1. Mai 2020 seitens der Ermittler, der Polizei, des Staatsschutzes kontaktiert, also befragt. War in diesen

Kreisen durch andere Indizien zu dem Schwerpunkt bekannt, dass sich solche Kontaktaufnahme sowieso erübrigt? Mein im Artikel erwähnter "Hinweistipp" im April 2020, erfolgte durch einen Zufallskontakt in der Szene freiberuflicher Techniker.

Der Artikel im *Tagesspiegel* berichtete, indem er den Chef der dem ZDF zuarbeitenden Produktionsfirma zitiert:

"Die Angreifer seien mit 'Totschlägern auf das Team los'. Weiter sagte er: 'Unserem Tonassistenten wurde ins Gesicht getreten – mit einer Brutalität, mit der man in Kauf genommen hat, dass es ein Mensch nicht überlebt'."

Gut vier Jahre später heißt es nun im *Tagesspiegel* in der Berichterstattung zum Gerichtsurteil im "Prozess gegen drei Männer und eine Frau":

"Erheblich waren auch die psychischen Folgen. Einer der Verletzten berichtet seitdem nicht mehr von derartigen Veranstaltungen. Der Angriff sei das 'Zünglein an der Waage' für diese Entscheidung gewesen, schilderte der 63-Jährige im Prozess. Er habe einen Schlag auf den Hinterkopf erhalten. Als er am Boden lag, wurde er getreten. Ein 52-Jähriger sagte zu seinen Verletzungen: 'Nase kaputt, Ohr verletzt, Prellungen'. 20 Minuten lang war er bewusstlos."

"Rund zwei Minuten lang droschen die Täter und Täterinnen auf das ZDF-Team ein. Bis eine der Frauen das Flucht-Signal gab".

Irritierend bis schockierend ist nach den vorliegenden Leidensschilderungen der Opfer und der damit nachweislichen Brutalität der Täter der juristische Ablauf des Gerichtstages. Zuerst erfolgte eine ungewöhnliche Vorverlegung des anberaumten Termins vom 15. auf bereits den 8. Januar. Der vermeintliche Grund seien "organisatorische Gründe". Unisono wird in verschiedenen Medien und Zeitungen in der Berichterstattung wörtlich dargelegt:

- *Tagesspiegel*: "Für Johannes F. sagte seine Verteidigerin, er hoffe, dass die Betroffenen 'ihre Pressearbeit ohne Einschränkungen fortsetzen können'. Er habe leider (sic!) gedacht, dass es sich bei den Personen um Rechtsradikale handelte."
- *Berliner Zeitung*: "Vermummte überfielen in Berlin während einer Corona-Demo ein ZDF-Team, weil sie die Journalisten angeblich für Rechte hielten. Ein kurzer Prozess: Nach drei Stunden steht das Urteil."
- *RBB*: "Die zwei Männer aus Berlin sowie das Geschwisterpaar aus Baden-Württemberg hatten zuvor gestanden, am 1. Mai 2020 auf das Fernsichteam eingetreten und eingeschlagen zu haben. Nach ihren Angaben handelte es sich um eine Verwechslung. Sie seien davon ausgegangen, dass die Angegriffenen der rechtsextremen Szene angehörten."

Für die Ermittlungen waren demnach "Videoaufnahmen ausgewertet und DNA-Proben analysiert" worden. Das Urteil lautet: "Alle erhielten zwei Jahre Haft auf Bewährung. Zudem sollen sie jeweils 5.000 Euro Buße zahlen". Auffällig ist bei alledem, dass keines der berichtenden Medien in den Artikeln die Begriffe "Linksextremisten", "linke Szene" oder "Antifa" benutzt.

Ein *Welt*-Artikel vom 9. Januar erweitert sogar das Angriffsfeld potentieller Opfer, die ursprünglich laut Vermehrungsprotokollen von dem Schlägertrupp anscheinend anvisiert waren (Bezahlschranke). So bemerkte der Staatsanwalt:

"Politischer Diskurs dürfe nicht mit 'Schlägen und Tritten' geführt werden. Selbst wenn die Angeklagten ihre anvisierten Opfer verwechselt hätten, etwa das Reporterteam von 'Russia Today' attackieren wollten, sei dies nicht 'weniger verwerflich' (sic)."

Und wie nennt man dann genau die Menschen, die gerne und bewusst sogenannte "Rechte" oder (russische) Journalisten und Techniker brutal attackiert hätten? Wie wäre dann wohl das Urteil ausgefallen, bei vermeintlich "richtig zugeordneten" Opfern?

Die *ARD-Tagesschau* nutzt im X-Posting zum Urteil allen Ernstes den Hashtag "Querdenker". Den journalistischen Vogel des jungen Jahres schießt dagegen die Redaktion beim *Tagesspiegel* ab. Der Artikel ist allerdings mittlerweile "korrigiert", und gelöscht wurde somit diese Originalfassung:

[Screenshot]

Der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbands, Frank Überall, teilte im Mai 2020 seine Einschätzung zum Ereignis mit: "Das war ein feiger und durch nichts zu rechtfertigender Überfall auf Journalisten, die ihrer Aufgabe der Berichterstattung nachgekommen sind. Ich hoffe, dass die Attacke gründlich aufgeklärt wird und die Täter juristisch zur Verantwortung gezogen werden".

Es handele sich "um einen Angriff auf die Pressefreiheit". Gründlich aufgeklärt? Wohl nicht wirklich. Volle Verantwortung der Täter? Auch nicht wirklich. Eine Entschuldigung und ein juristischer Deal reichten aus. Das Wort "Verwechslung" ist ein erneuter unfassbarer Verbalschlag gegen den Kopf der Opfer. Dass etablierte Medien eine Erwähnung und Einordnung sogenannter linker Täter und Akteure im Hintergrund unterlassen, auch in Bezug auf die fragliche Rolle staatlicher Ebenen, ist zudem ein Angriff auf die journalistische Sorgfaltspflicht.

* * *

Bauernprotest gegen Habeck: Wertekollision in Berlin

<https://freedert.online/meinung/192370-bauernprotest-gegen-habeck-wertekollision-in-berlin/>

10.01.2024

Landwirte in Schleswig-Holstein stoppen Vizekanzler Habeck auf einer Fähre und lösen Empörung in Berlin aus. Während die Politik die bevorstehende Bauernprotestwoche kritisiert, erfährt die Klimaaktivistenbewegung Nachsicht. Ein Kampf zwischen etablierten Werten und aufstrebenden Stimmen.

Von Rüdiger Rauls

Bauern, Medien, Öffentlichkeit

Die Stimmung ist aufgeheizt im Land. "Da hat sich mit dem Hin und Her in der Energie- und Haushaltspolitik großer Ärger aufgestaut." Nach den Protesten der Bauern in Berlin und der landesweiten Solidarisierung aus allen Kreisen der Bevölkerung scheinen die Meinungsmacher in Panik zu sein. Dabei steht die größte Belastungsprobe für die Regierung und ihren Hofstaat noch bevor, die Protestwoche vom Montag, den 8. Januar, bis zur zentralen Veranstaltung am 15. Januar in Berlin.

Schon jetzt überschlagen sich Medien und willfährige Experten mit der Stimmungsmache gegen die Bauern. Weil diese den Vizekanzler daran hinderten, die Fähre zu verlassen, spricht Regierungssprecher Hebestreit von einer "Verrohung der politischen Sitten". Viel Weinerliches und Moralisiertes war in der Folge aus Berlin und den Redaktionsstuben zu hören. Das Verhalten der Bauern sei "beschämend und verstößt gegen die Regeln des demokratischen Miteinanders".

In der Öffentlichkeit außerhalb der Medien wurde diese Kritik selten geteilt. Die meisten Menschen

im Land verstehen diese Empörung von Politikern nicht, waren es doch gerade deren Entscheidungen und Politik in den letzten Monaten, die den Boden für solchen Protest bereitet hatten. Sicherlich kann man es als beschämend empfinden, dass nach der Ansicht von Meinungsmachern gegen demokratische Regeln verstoßen wurde.

Aber wo ist die Scham von solchen Moralaposteln angesichts des Elends an den Tafeln? Man kann im Handeln der Bauern eine Verrohung der politischen Sitten sehen. Aber welche menschliche Verrohung stellt die landläufige Gleichgültigkeit dar gerade gegenüber den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung? Millionen sinken ab in die Armut und wissen nicht mehr, wie sie ihre Mieten, ihre Heizkosten und ihre Lebensmittel bezahlen können. Wo bleibt da der moralische Appell an das gesellschaftliche Miteinander?

Aber die Meinungsmacher regen sich darüber auf, dass Bauern, denen man von Jahr zu Jahr immer mehr die Lebensgrundlagen zerstört, nun einen der Verantwortlichen zur Rede stellen und ihren Unmut darüber deutlich machen wollen. Habeck konnte seine Fähre nicht verlassen, das ist vielleicht nicht gerade schön. Aber wie unschön wird es für viele Spediteure sein, wenn sie aufgrund von Habecks Beschlüssen ihre Lastwagen stehen lassen müssen, weil die Kosten ihnen davonlaufen? Wie unschön sind die Aufschläge für das Kohlendioxid, die Habeck von 30 Euro auf 45 Euro erhöhen will, wobei ursprünglich nur 40 Euro vorgesehen waren?

Ja, das demokratische Miteinander ist vielleicht gefährdet. Aber dazu haben die Entscheidungen und Beschlüsse jener einen großen Teil dazugegeben, die sich nun über die Reaktionen aus der Bevölkerung aufregen. Sie sind es selbst, die diese Situation herbeigeführt haben. Die Bauern haben es mit Sicherheit anders gewollt. Auch die Menschen an den Ladenkassen und Zapfsäulen hatten nicht um höhere Preise gebettelt. All das scheinen jene nicht zu sehen, die sich aktuell aufregen über Reaktionen, die sie selbst verursacht haben. Die Mehrheit der Bevölkerung aber sieht es und steht weiterhin hinter den Bauern.

Zweierlei Maß

Die Erwartung in der Bevölkerung an die Aktionswoche der Bauern ist groß. Es scheint immer weniger um die wirtschaftlichen Forderungen zu gehen. Denn trotz der Zugeständnisse, die die Politik vor der Aktionswoche gegenüber den Landwirten in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Forderungen gemacht hat, wird an der Protestwoche festgehalten. Zum einen reichen ihnen die Zugeständnisse nicht, wird doch die Steuererstattung auf Diesel nun über drei Jahre zurückgefahren anstatt sofort. Die Bauern scheinen zu merken, dass sie aufgrund der Unterstützung aus der Bevölkerung am längeren Hebel sitzen, und den wollen sie nutzen.

Selbst der zum Skandal aufgebauchte Protest von Schlüttsiel und der anschließende Aufschrei aus Berlin und den Medienhäusern hat wenig Einfluss auf die Solidarität mit den Bauern. An der Bevölkerung scheint das spurlos vorbeizugehen. Auch die Warnhinweise auf rechte Unterwanderung oder gar Kaperung scheinen immer weniger zu verfangen. Zu oft wurde die Nazikeule inzwischen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ausgepackt. Die Stimmung im Lande ist erwartungsvoll. Viele wollen der Regierung heimzahlen, was ihnen in den vergangenen Monaten aufgebürdet und zugemutet worden ist.

Aber auch andere Stimmungen spielen eine Rolle und finden nun zusammen mit dem Protest ein Ventil. Da ist die weinerliche Märtyrerhaltung von Politikern, die jetzt den Volkszorn zu spüren bekommen und sich aufregen über "Grenzüberschreitung" (Britta Haßelmann, Die Grünen), "Gepöbel" (Annalena Baerbock, Die Grünen), und über Beschimpfungen vonseiten der Bürger.

Wenn aber Özdemir Bauern, die er nicht kennt, als Radikalinskis und Fanatiker bezeichnet, wenn er

behauptet "Denen geht es nicht um die deutsche Landwirtschaft", ohne deren Einstellung wirklich zu kennen, dann gelten andere Maßstäbe. Wenn Politiker Bürger beschimpfen als Nazis in Nadelstreifen, als Pack (Sigmar Gabriel), als Schmeißfliegen (Franz Josef Strauß), als Friedensengel aus der Hölle (Scholz), dann hält sich die Empörung in Grenzen. Wenn Haseloff Helfer in den Hochwassergebieten auffordert, zu arbeiten, oder seinerzeit Macron oder auch Kurt Beck, dann wird ein verständnisvoller Ton angeschlagen.

Dann lässt Haseloff seinen Sprecher vor das Volk treten und erklären, die Äußerung des Ministerpräsidenten sei als "konstruktive Aufforderung" zu verstehen gewesen, bei der Flutbekämpfung mitzuhelfen. "Dazu stehen wir auch, das muss auch mal erlaubt sein." Nicht nur, dass man glaubt, das Volk mit solchen Erklärungen für dumm verkaufen zu können – es gilt dann nicht als Verrohung, nicht als beschämend oder Verstoß gegen das demokratische Miteinander.

Da soll dann das Volk für den Ministerpräsidenten das Verständnis zeigen, das seine Kollegen und die Medien nicht für das Volk aufbringen. Auch wenn sich die Menschen nicht gegen das Messen mit zweierlei Maß empören, so nehmen sie es doch wahr. Es schafft Verbitterung. So ist die Stimmung im Lande und der Unmut gegen die herrschende Politik und Meinungsmache sehr stark geprägt von zunehmender Verbitterung und Überdruß.

Eigenes und fremdes Fleisch

Nach den Protesten von Schlüttsiel soll nun ermittelt werden. "Landfriedensbruch steht schon im Raum", sagte ein Polizeisprecher. Insgesamt ist zu erkennen, dass man die Bauernbewegung kriminalisieren will. In diese Richtung zielen auch die immer stärker werdenden Hinweise und Warnungen, dass diese Bewegung von rechts unterwandert sein könnte oder bereits ist. Damit will man ihr die Unterstützung durch die Bevölkerung entziehen.

Während man den Bauern nun mit strafrechtlicher Verfolgung droht, weil Hunderte von ihnen einen Minister nicht hatten von Bord gehen lassen, geben sich Politik und Justiz ratlos und machtlos beim Vorgehen gegen Klimakleber, wo einige wenige sogenannte Aktivisten Hunderte von Arbeitnehmern auf dem Weg zur Arbeit blockieren. Gegen die Aktivisten der "Letzten Generation" sind allein in Berlin bisher rund 3.428 Anzeigen eingegangen, "seit Juni 2023 seien nur elf Urteile gefällt worden", berichtete die Zeitung *Welt am Sonntag*.

Die unterschiedliche Behandlung kann nicht allein mit Justizversagen begründet werden. Immer wieder gerade in Berlin war auffällig, wie sehr die Klimakleber moralisch besonders von den Grünen unterstützt wurden. Man hatte in den Senatskreisen der rot-rot-grünen Vorgängerregierung sehr viel Sympathie und Verständnis für die Aktionen der Umweltaktivisten. Das hat seine Gründe. Sie sind Fleisch vom eigenen Fleische.

Der politische Westen ist werteorientiert. Darin versucht er sich von den sogenannten Autokratien abzuheben und für sich die Berechtigung in Anspruch zu nehmen, andere Nationen mit seinen Werten missionieren zu dürfen. Neben Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und all den anderen sogenannten westlichen Werten gehört dazu auch der Kampf für das Klima. Dieser Kampf ist inzwischen zu einer der Kernmarken des politischen Westens geworden.

Dementsprechend nachgiebig ist man gerade gegenüber den Verfechtern im Kampf gegen den Klimawandel. Diese kann man doch nicht als Vertreter der eigenen Werte mit ähnlich harten Bandagen anfassen wie die Bauern, die doch nicht für Werte kämpfen, sondern nur für ihre wirtschaftlichen Interessen. Das ist besonders im intellektuell ausgerichteten Westen belanglos, ja fast verachtungswürdig. Interessen, erst recht wirtschaftliche, werden weitgehend herablassend behandelt.

Beim westlichen Führungspersonal zählt eigentlich nur Überlegenheit, und das ist alles, was mit Intellekt, Wissenschaft, Bildung und Geistesgröße zu tun hat. Sie sind die Grundlage des eigenen Überlegenheitsgefühls. Die meisten Eltern hierzulande wollen, dass ihre Kinder studieren. Handwerk und Handarbeit gelten als unbedeutend. Nur wer studiert hat, genießt Ansehen in der Gesellschaft. Der umständlichste Akademiker genießt höheres Ansehen als ein geschickter und erfolgreicher Handwerker.

Und nun kommen da einige Bauern daher, und bringen dieses wunderbare gesellschaftliche Modell durcheinander. Sie, in Verbindung mit all den anderen Handarbeitern, die man in den letzten Jahren und Jahrzehnten kaum noch wahrgenommen hat, die man schon ganz vergessen hat, sie bringen nun all diese Überlegenheitsgefühle zum Einsturz. Sie zeigen, wozu sie in der Lage sind. Ohne langwierige Diskussionen und Theoriestreit stellen sie in kurzer Zeit eine kraftvolle Bewegung auf die Beine, die alles ins Wanken bringt. Sie sind nicht Fleisch vom eigenen Fleische. Sie sind aus einer anderen, einer fremden Welt.

Rüdiger Rauls ist Buchautor und betreibt den Blog Politische Analyse.

* * *

Eine halbe Million tote und schwer verletzte Ukrainer – Wofür sterben sie eigentlich?

<https://freedert.online/meinung/192262-schreckliche-zwischenbilanz-halbe-million-toter-ukrainer/>
11.01.2024

Der hochrangige ukrainische Politiker und frühere Generalstaatsanwalt des Landes, Juri Luzenko, hat dieser Tage die Zahl der ukrainischen militärischen Verluste mit einer halben Million beziffert. Oleg Jassinski stellt sich und dem Leser die Frage, wofür diese Ukrainer gefallen sind. Verstehen sie, für wen genau sie ihr Leben opferten?

Von Oleg Jassinski

Der ehemalige ukrainische Staatsanwalt Juri Luzenko hat Anfang des Jahres die Zahl der ukrainischen Verluste seit Beginn der Feindseligkeiten mit rund 500.000 Toten und Schwerverletzten angegeben.

Leider kam diese Zahl für niemanden überraschend, verschiedene Analysten hatten sie schon vor längerer Zeit in dieser Größenordnung geschätzt. Eine halbe Million menschlicher Tragödien, die in verschiedenen Stadien dieser irrsinnigen Geschichte leicht hätten vermieden werden können, wenn den Kiewer Behörden das Leben ihrer eigenen Bürger etwas wert gewesen wäre.

Heute sterben Ukrainer weiterhin für das "souveräne Recht" des kolonialen Kiewer Regimes, den Nationalsozialismus wiederzubeleben, die russische Kultur zu zerstören und sich zum wichtigsten ausländischen Instrument zur Destabilisierung der eigenen Nachbarn zu machen.

Nachdem die Kiewer Behörden demonstrativ alle früher getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten und alle neuen Verhandlungsversuche in rüpelhafter Weise vereitelt haben, jammerten sie über einen "verrückten Diktator", der Europa und das koloniale ukrainische Regime seit mehreren Jahren anfleht, die Sicherheitsinteressen Russlands zu berücksichtigen. Jedes Element normaler menschlicher Logik wurde jahrelang öffentlich als "Kreml-Narrativ" gebrandmarkt, und Argumente über Unternehmensinteressen wurden als "Verschwörungstheorien" bezeichnet.

Der monströse Preis für den Geiz und Irrsinn der Kiewer Machthaber in Höhe von mindestens einer halben Million Menschenleben war vom Westen von Anfang an einkalkuliert und vorgesehen. Ermordete Ukrainer sind für den Westen tote Russen, und je mehr von ihnen fallen, desto aus seiner Sicht besser. Denn niemand auf der Welt hat den Faschismus besser bekämpft als die Armee der Russen und Ukrainer und all unserer sowjetischen Völker, deren Knochen und Blut, vermischt in Brüdergräbern, sie für immer zu einem Volk gemacht haben.

Doch auch mit der kompletten Zerstörung der Ukraine werden die Strippenzieher sich nicht zufriedengeben: Das Schicksal der heutigen Ukraine ist als Nächstes auch für Europa selbst und für die gesamte Menschheit vorgesehen. Leider sind nur wenige Menschen im heutigen Russland in der Lage, das Ausmaß des Monsters zu erkennen, das es bekämpft.

Die neoliberale hybride Hydra, die gegen die Menschheit Krieg führt, nimmt die Formen und Farben an, die dem Verbraucher zusagen – vom ultrarechten Militanten bis zum pseudolinken Pseudopazifisten auf der Gehaltsliste von Soros und anderen. Ohne ihre Hilfe und Beteiligung wäre die massenhafte Ansteckung der ukrainischen Bevölkerung mit Nazismus und ihre Vernichtung nicht möglich gewesen.

Eine monströse, seelenzerfetzende Zahl der zerstörten Leben und Schicksale unserer verblendeten Kinder, die uns hassen, die das Pech hatten, in einer verfluchten Zeit an einem verfluchten Ort geboren zu werden, den wir einst heimatverbunden und wohlklingend "Ukraine" nannten.

Oleg Jassinski (englische Transliteration: Yasinsky), ein aus der Ukraine stammender Journalist, lebt überwiegend in Chile und schreibt für RT Español sowie unabhängige lateinamerikanische Medien wie Pressenza.com, Desinformememos.org. Man kann ihm auch auf seinem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Die Demokratie und ihre Feinde – Deutsche Medien zum "Vertreibungsplan" der AfD

<https://freedert.online/meinung/192455-demokratie-und-ihre-feinde-deutsche/>

12.01.2024

Die akute Medienkampagne gegen die AfD hat das Verbot der Partei zum Ziel. In einer konzertierten Aktion verengen die großen deutschen Medien den öffentlichen Diskurs weiter. Initiiert hat die Kampagne das Team von CORRECTIV, das regelmäßig durch Diffamierung und Desinformation auffällt.

Von Gert Ewen Ungar

Am Mittwoch titelte die *Tagesschau* "AfD-Politiker diskutieren offenbar Vertreibungsplan". Was sich daran im Beitrag anschließt, fällt unter den Begriff Hetze und Desinformation. Die *Tagesschau* ist damit nicht allein, denn es handelt sich bei der aktuellen Agitation gegen die AfD ganz offenkundig um eine konzertierte Aktion der großen deutschen Medien, die mit den etablierten Parteien über Bande spielen. Die deutsche Journaille berichtet breit, man ist in diesen Tagen in Jagdstimmung. Die etablierten Parteien greifen die Vorlage auf und hetzen kräftig mit.

Was sich in diesen Tagen in Deutschland im veröffentlichten Raum Luft verschafft, stellt einen erneuten Tiefpunkt hinsichtlich der Verrohung des deutschen Journalismus, aber auch der deutschen Politik dar. Es ist offensichtlich: Man will den Erfolg der AfD brechen, der sich vor allem aus dem Frust der Wähler über die etablierten Parteien speist, den eingeschlagenen politischen Kurs aber

beibehalten. Man geht mit der AfD nicht in den politischen Streit und Wettbewerb, sondern zielt darauf, sie auszulöschen. Das ist das Gegenteil von Demokratie.

Die Geschichte, um die es geht, ist schnell erzählt. Das sogenannten Recherchekollektiv *CORRECTIV* hat auf seiner Seite einen zwar sehr langen, aber inhaltlich extrem dünnen Beitrag veröffentlicht, laut dem sich etwas mehr als zwanzig Personen in einem Landgasthof bei Potsdam getroffen hätten. Darunter finden sich Mitglieder der AfD, der CDU und der führende Kopf der Identitären Bewegung Österreichs, Martin Sellner. Die Teilnehmer der Veranstaltung diskutierten über das Zuwanderungsproblem und sammelten Spenden. *CORRECTIV* skandalisiert beides.

Auch *CORRECTIV* sammelt Spenden – trotz umfassender staatlicher Unterstützung und Zuwendungen von den üblichen Think-Tanks, wie beispielsweise den Open-Society-Foundations. Arbeitet man sich durch den pathetisch lang geratenen Artikel, wird man dennoch gleich mehrfach angebettelt. Das Verfahren ist dabei bestens organisiert, was man von den Spendensammlern im Landgasthof nicht sagen kann. Sie suchen noch nach der richtigen Form. Folgt man der Darstellung bei *CORRECTIV*, ist alles offenbar sehr improvisiert und wenig professionell. Jedenfalls ist Spenden sammeln im Landgasthof anrühlich, auf der eigenen Webseite dagegen nicht, lernen wir.

Im Landgasthof wird zum einen über Migration und Abschiebung diskutiert, zum anderen darüber, wie man seine Message am besten kommuniziert. Wie man das professionell macht, dafür ist *CORRECTIV* ebenfalls ein Beispiel. Man stattet eine private Organisation mit staatlichen Mitteln aus und verfügt nun über eine staatliche Vorfeldorganisation, die das Regierungsnarrativ vermeintlich unabhängig und durch Faktenchecks abgesichert unter die Leute bringt. *CORRECTIV* macht keine Recherche, sondern Propaganda im Regierungsauftrag.

CORRECTIV behauptet, die Teilnehmer der Veranstaltung hätten das Ziel, auch Deutsche mit Migrationshintergrund aus Deutschland ausweisen. Die Teilnehmer, die dazu Stellung genommen haben, wiederum sagen, das wollen sie nicht. Das ist alles. Mehr an konkreter Information gibt es nicht.

Ansonsten gibt es in dem Beitrag noch ganz viele dunkle Andeutungen, Unterstellungen und Suggestion von Zusammenhängen, wo sie sich journalistisch sauber nicht herstellen lassen. Was *CORRECTIV* abliefern, ist journalistisch unterste Schublade. Diejenigen Medien, die den Beitrag aufgreifen, wissen das auch, sie verbreiten ihn trotz seiner Dürftigkeit aber dennoch. Was sich in Deutschland daran anschließt, ist die Debatte um ein Parteiverbot der AfD – es handelt sich ganz klar um eine Absprache, es handelt sich um simulierten Journalismus.

Dabei ist die Debatte um Abschiebung keineswegs eine Erfindung der AfD. Erst im Oktober des vergangenen Jahres forderte Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Interview mit dem *Spiegel*, man müsse in Deutschland "endlich im großen Stil abschieben."

Die Migrationsdebatte in Deutschland ist gekennzeichnet von zahlreichen Widersprüchen. Man brauche dringend Zuwanderung, um den Fachkräftemangel zu beheben, ist eine These. Gefordert wird ein Zuzug von bis zu 1,5 Millionen Personen im Jahr. Nun kommen seit Jahren bis auf wenige Ausnahmen jährlich deutlich mehr als diese geforderten 1,5 Millionen. Aber der Fachkräftemangel nimmt dennoch nicht ab, sondern zu. Denn es kommen Personen, die das Problem verstärken, statt es zu lösen. Gleichzeitig schafft es die Bundesregierung nicht, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Es fehlen jährlich 700.000 neue Wohnungen. Personen, die juristisch kein Recht auf einen Aufenthalt in Deutschland haben, werden trotzdem nicht abgeschoben. Man nimmt Flüchtlinge auf, die vor dem fliehen, was der Westen in ihren Ländern anrichtet. Wer darauf hinweist, dass dies zum Problem werden könnte, wird als rechts abgestempelt und aus dem Diskurs ausgeschlossen. Diese Liste der Problemfelder ließe sich verlängern. Man sieht, es gibt ein ganzes

Ensemble von Problemen und Unstimmigkeiten in der Migrantendebatte, die zur Diskussion einladen. Diese Probleme werden nicht dadurch gelöst, indem man die AfD einfach verbietet.

Die Diskussion, die nun in Deutschland an Fahrt aufnimmt und medial befeuert wird, ist daher tief unredlich und schändlich. Ziel ist nicht der Schutz der Demokratie vor der AfD, sondern ihre Abschaffung, weil sie Ergebnisse bringen könnte, die dem politischen und medialen Establishment nicht passen. Das hat nämlich vor allem ein Ziel: Trotz aller berechtigter Kritik auf keinen Fall vom eingeschlagenen Kurs abweichen. Der deutsche Journalismus treibt dieses antidemokratische Elitenprojekt kräftig mit voran.

CORRECTIV ist kein Rechercheportal, sondern ein Portal, das sich an Hetze und Spaltung der deutschen Gesellschaft beteiligt und dabei selbst Desinformation verbreitet. *CORRECTIV* synchronisierte den Film über Putins Palast von Alexei Nawalny und sorgte für seine Verbreitung in Deutschland. Begleitete wurde das mit einer antirussischen Kampagne. Von diesem Film über den angeblichen Palast Putins am Schwarzen Meer hat man nach einem kurzen, künstlich aufgebauschten Medienrummel nie wieder etwas gehört. Das hat seinen Grund, denn alle Informationen darin waren falsch.

Der angebliche Palast war ein im Bau befindlicher Hotelkomplex. Er gehört auch nicht dem russischen Präsidenten, sondern einem Bauunternehmer. Die im Film gezeigten Gegenstände, darunter die berühmt gewordene goldene Klobürste, existieren nicht. Die Faktenfinder von der sogenannten Rechercheplattform haben ihren Fehler nie korrigiert. Sie haben das Thema einfach im Sande verlaufen lassen, denn das Ziel war erreicht. Es wurde mit Dreck geworfen und etwas ist hängen geblieben. Dieses Verfahren soll jetzt ganz offenkundig hinsichtlich des angeblichen "Vertreibungsplans" der AfD wiederholt werden. Faktisch sind die im Bericht zum Treffen im Potsdamer Landgasthof enthaltenen Informationen bestenfalls mau.

Es hat mit Journalismus nichts zu tun, das ist reine Propaganda und es ist böse Absicht, was *CORRECTIV* in offensichtlicher Verabredung mit den Medien des Mainstreams betreibt. Ein politischer Wechsel in Deutschland soll verunmöglicht werden. Was im linken Spektrum längst gelungen ist, soll jetzt im rechtskonservativen Spektrum wiederholt werden. Die KPD ist seit Jahrzehnten verboten, die Linke wurde nach allen Regeln der Kunst zersetzt und ist bedeutungslos, die SPD und die Grünen haben alles, was wirtschafts- und friedenspolitisch auch nur einen Hauch von linker Politik an sich hatte, komplett verbannt.

Der deutsche Journalismus ist zu einem Instrument der Macht geworden und dieses Instrument spielt einer sich immer autokratischer gebenden deutschen Regierung zu und wird von ihr benutzt. Am vermeintlichen AfD-Skandal wird erneut deutlich, dass die großen deutschen Medien eine Allianz mit der Regierung eingegangen sind. Darin liegt die echte Gefahr für die Demokratie in Deutschland – man nennt das Gleichschaltung.

Was sich seit einigen Jahren immer deutlicher abzeichnet, ist dass die Vielfalt der Meinungen und ein breiter gesellschaftlicher Diskurs in Deutschland abgeschafft werden sollen. Der Konsens soll politisch und medial vorgeben und nicht in der Auseinandersetzung gefunden werden. Es gibt eine vom politisch medialen Komplex vorgegebene Meinung zu allen großen politischen Themen, alle anderen Meinungen und Haltungen sind unzulässig, werden diskriminiert und ausgeschlossen. Jeder, der sich nicht fügt, wird im Namen der Demokratie von ihr ausgeschlossen.

Deutschland ist ganz klar auf dem Weg in den Autoritarismus. Die Wegbereiter hin zum totalitären Staat sind *CORRECTIV*, ist die *Tagesschau*, die *Welt*, der *Spiegel* und sind all jene Medien, die ein zentral koordiniertes Narrativ verbreiten und jede Diskussion dazu unterdrücken. Es sind zudem all jene Politiker, die sich jetzt den Verbotsforderungen anschließen und nicht laut darauf hinweisen,

dass es in einer Demokratie unterschiedliche Meinungen auszuhalten gilt. Man darf Ansichten und Meinungen für falsch halten, aber man darf sie nicht verbieten. Politik im Zusammenspiel mit den großen deutschen Medien verhindern Meinungsvielfalt, statt sie zu ermöglichen und zu fördern. Das ist für das Funktionieren einer Gesellschaft absolut gefährlich.

Die Diskussion um ein Verbot der AfD auf der Grundlage eines einzelnen Medienberichts, der zudem inhaltlich nichts an Substanz zu bieten hat, belegt, etwas ist in Deutschland zerbrochen. Es ist der deutschen Gesellschaft das grundlegende Wissen um die notwendigen Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie abhanden gekommen. Der gesellschaftliche Diskurs braucht Vielfalt, ein breites Meinungsspektrum von links bis rechts. Was Deutschland aber hat, ist eine als Journalismus getarnte Meinungspolizei.

Die Kampagne beweist weniger, wie gefährlich die AfD für die Demokratie ist. Sie beweist zunächst, dass der deutsche Journalismus keine Resilienz gegen die Antidemokraten besitzt, denn sie sitzen vor allem und zunächst in den Redaktionsstuben des deutschen Mainstreams.

* * *

Die USA sind für den Tod von Gonzalo Lira in einem ukrainischen Gefängnis verantwortlich

<https://freedert.online/meinung/192694-usa-sind-fuer-tod-von/>

13.01.2024

Gonzalo Lira ist in einem ukrainischen Gefängnis gestorben. Diese Travestie der ukrainischen Justiz zu betrachten ist wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil sie die erklärte Politik der US-Regierung diskreditiert, angeblich immer allen ihren Bürgern zu helfen, die im Ausland inhaftiert werden.

Von Andrew Korybko

Der amerikanisch-chilenische Doppelbürger Gonzalo Lira ist vergangene Woche an einer Lungenentzündung in einem ukrainischen Gefängnis verstorben, nachdem er inhaftiert worden war, weil er die ukrainischen Behörden öffentlich kritisiert und angeblich die "russische Aggression" gerechtfertigt hat. Vergangenen Sommer versuchte er aus dem Land zu fliehen, nachdem er vorübergehend freigelassen worden war. Für diesen Vorfall ist die US-Regierung verantwortlich, da sie ohne Weiteres seine Freilassung hätte erreichen können, wenn einer ihrer Vertreter den politischen Willen dazu gehabt hätte. Sie entschieden sich jedoch dafür, ihn dahinsiechen und schließlich sterben zu lassen.

Vor seinem letzten Verschwinden im vergangenen Sommer prophezeite Lira, dass er wahrscheinlich sterben werde, wenn man ihn beim Versuch erwischen sollte, die ungarisch-ukrainische Grenze zu überqueren – was letztendlich auch geschah. Zuvor hatte er behauptet, dass die Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, die für die Schande des "Euro-Maidan" verantwortlich ist, ihn persönlich abgrundtief hasse. Das erklärt wahrscheinlich, warum US-amerikanische Offizielle nicht versucht haben, die Freilassung eines inhaftierten US-Bürgers im Ausland zu erreichen, obwohl sie dies für jeden anderen getan hätten und die Mittel dazu hatten, dies durchzusetzen, sofern sie es gewollt hätten.

Tatsache ist, dass es offizielle US-Politik ist, im Ausland inhaftierte US-Bürger mit allen Mitteln zu unterstützen und so hart wie möglich auf deren Freilassung hinzuarbeiten – insbesondere wenn es sich bei der mutmaßlichen "Straftat" um etwas handelt, das auch nur entfernt mit der Ausübung von Meinungsfreiheit zusammenhängt. Der Fall von Gonzalo Lira wäre dafür ein Paradebeispiel

gewesen, wenn er wegen seiner mutmaßlichen Verbrechen in Russland, China oder im Iran verhaftet worden wäre. Aber weil seine "Straftat" in der Ukraine begangen wurde, schwieg die US-Regierung dazu.

Die Staatsbeamten der USA haben offenbar entschieden, dass es besser sei, ihn dahinsiechen und schließlich sterben zu lassen, obwohl Lira in dem letzten Video, das er vor seinem Verschwinden auf X (Twitter) geteilt hat, behauptete, gefoltert worden zu sein. Stattdessen hat man seine Freilassung nicht durchgesetzt und damit verhindert, dass er in die USA zurückzukehren kann, wo er womöglich erneut öffentlich über die Ukraine hätte herziehen können. Dies ging jedoch nach hinten los, weil führende Beeinflusser auf sozialen Medien – von Tucker Carlson bis hin zu Elon Musk – das öffentliche Bewusstsein für die missliche Lage von Lira – und letztlich seinen Tod – für die Öffentlichkeit als fragwürdige Folge von Folter schärften.

Lira hatte zuvor bekannt gegeben, dass er an einer Reihe gesundheitlicher Probleme leidet, die der US-Regierung bekannt waren. Aber die Vertreter der Regierung von Joe Biden haben nichts unternommen, um sicherzustellen, dass er zumindest mit dem absoluten Minimum an menschlichem Anstand, im Einklang mit den Menschenrechten, behandelt wird. Wenn man gewollt hätte, so hätte man dafür sorgen können, dass seine Probleme im Gefängnis angemessen behandelt werden, um seinen Tod zu vermeiden, aber niemand schien sich darum zu kümmern. Das Ergebnis verleiht seiner früheren Behauptung Glaubwürdigkeit, dass Nuland ihn persönlich hasse und wahrscheinlich seinen Tod herbeiwünsche.

Diese Travestie der Justiz zu beachten ist aus vielen Gründen wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil sie die erklärte Politik der US-Regierung diskreditiert, angeblich immer allen US-Bürgern beizustehen, die im Ausland inhaftiert werden. Ganz offensichtlich wurde hier mit zweierlei Maß gemessen, je nachdem, wer der Bürger ist, je nachdem, wo der Bürger inhaftiert wird, und je nach Kontext seiner mutmaßlichen "Verbrechen". Mit anderen Worten: Der gesamte Prozess des Schutzes von US-Bürgern im Ausland wurde politisiert, und nur diejenigen, deren Fälle im Einklang mit den Interessen der US-Regierung stehen, werden unterstützt, während alle anderen sehen können, wo sie bleiben.

Der zweite Punkt ist, dass die persönliche Feindseligkeit, die Mitglieder der US-Regierung, Leute wie Nuland, gegenüber Lira hegten, zum Teil dafür verantwortlich ist, dass sie nicht darauf gekommen sind, dass die Sicherstellung seiner Freilassung und Rückkehr in die USA – oder zumindest die Bereitstellung einer angemessenen medizinischen Behandlung im Gefängnis – die Anschuldigungen abgeschmettert hätten, dass Biden Kiew gegenüber in der Pflicht steht. Trump und seine Unterstützer hatten zuvor behauptet, dass Biden in der Ukraine dermaßen in ein Korruptionsnetz verstrickt sei, dass alles, was seine Regierung gegenüber der Ukraine unternimmt, in diesem Licht betrachtet werden müsse.

Biden bzw. die politischen Entscheidungsträger hinter ihm hätten versuchen können, diese Behauptungen teilweise zu widerlegen, indem sie die Freilassung und die Rückkehr von Lira – oder zumindest eine angemessene medizinische Behandlung – sichergestellt hätten. Dies hätte dann dann als Beweis dafür hinhalten können, dass der angebliche Interessenkonflikt zwischen der Administration Biden und der Ukraine nicht wirklich existiert. Denn wenn dies der Fall wäre – so das Narrativ –, würde sich die Regierung von Joe Biden schließlich nicht für die Rechte eines US-Bürgers einsetzen, der wegen der Ausübung seiner Meinungsfreiheit inhaftiert wurde und Selenskij dadurch schlecht dastehen lässt.

Der letzte Punkt, der angesprochen werden muss, ist, dass die Schuld der US-Regierung am Tod von Lira in einem ukrainischen Gefängnis eine Botschaft an alle US-amerikanischen Dissidenten im Ausland ist, dass die Offiziellen der US-Regierung buchstäblich wollen, dass sie für angebliche

"Verbrechen", sich gegen ihre Politik auszusprechen, sterben. Das Kiewer Regime führt eine Todesliste, die ironischerweise "Friedensstifter" – Mirotworez auf Ukrainisch – genannt wird und auf der sich zahlreiche US-amerikanische und andere westliche Bürger wie Lira befinden.

Jeder von ihnen könnte ebenfalls festgenommen oder getötet werden, ohne dass sich die US-Regierung nach dem Präzedenzfall Lira darum kümmern würde. Einige mögen ihre Ansichten in der Öffentlichkeit von sich aus zensieren, während andere trotzig bleiben werden. Aber keiner von ihnen sollte glauben müssen, dass die US-Regierung stillschweigend auch für sie ein ähnlich dunkles Schicksal billigt. Es ist dieses Bewusstsein in der breiten Öffentlichkeit, das dem Ruf der USA auf lange Sicht den größten Schaden zufügen wird, den die Offiziellen der US-Regierung hätten verhindern können, wenn sie bloß Lira geholfen hätten, als sie noch die Chance dazu hatten.

Aus dem Englischen.

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt-&-Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung spezialisiert hat.

* * *

Mythos des Westens: Auf immer verloren

<https://freedert.online/meinung/192273-mythos-westens-auf-immer-verloren/>

14.01.2024

Die Niederlage in der Ukraine ist möglicherweise nur ein Teil einer Anhäufung westlicher "Niederlagen". Eine zusätzliche Niederlage in Israel würde den Kern des politischen Daseins der USA treffen. Und im Nahen Osten könnte noch mehr Unheil drohen.

Von Alastair Crooke

Derzeit herrscht im Westen eine seltsame Langeweile und eine Ablenkung von der Wirklichkeit. Ein Kompliment an *Simplicius The Thinker* für seinen Aufsatz "Bones of Tomorrow" (Die Knochen von morgen), in dem er über eine entwertete Kultur nachdenkt, ihre Verlockungen, die uns einst mit dem "Mythos des Westens" in die Falle lockten, und als offensichtlich falsche Götzen verwehrt sind. Dieses schwächer werdende Feuer hat jedes Gefühl von "Magie" im gleichsam zunehmend schwächer werdenden Westen zunichtegemacht – oder auch die Hoffnung, dieses "Verlorene" wiedergutmachen zu können. Es ist die wehmütige Erkenntnis, dass der Mythos des Westens in seiner jetzigen Form wahrscheinlich nie wieder etwas von bleibendem Wert bieten wird.

Die Hirngespinnste einer utopischen Zukunft, die einst versprochen wurde, üben dennoch weiterhin ihren verführerischen Einfluss auf unsere Psyche aus, allerdings reduziert auf die Touchscreens unserer Smartphones, die viel Aufmerksamkeit abverlangen und eine hypnotische Wirkung erzeugen. Kulturelle Maßstäbe fallen rund um uns in sich zusammen, wie in verrottenden Gebäuden eine Etage nach der anderen. Dennoch sind wir zu sehr abgelenkt, um dies wirklich wahrzunehmen oder dessen Bedeutung zu erfassen. Gegenströmungen, die im Schatten lauern, spenden derweil freudig diesen Entwicklungen Applaus.

Wir stehen jetzt dort, wo wir immer standen – im Treibsand der Zeit. Es ist quasi eine Wachablösung: Eine Welt, die verblasst und sich tief in einer langsamen Phase des Ausbrennens befindet, dem natürlichen Prozess des Verfalls und der Erneuerung. Gleichzeitig führt es uns vorwärts und sorgt dafür, dass das neue, noch zu erblühende Etwas, als zarter Trieb sprießen kann. Es ist das Gefühl, dass etwas verloren gegangen ist und nie wieder gefunden wird, ein Gefühl, das

wir alle derzeit ertragen müssen.

Die "Auserwählten" haben jedoch absichtlich den Einsatz erhöht. Sie wollen und können nicht loslassen. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass mit dem Scheitern des westlichen Kurses an seinen eigenen kulturellen Mauern, auch die Vorstellung von dem "Ende der Geschichte" und der Annäherung an eine gemeinsame Zukunft vorbei ist. Und damit ist auch das angebliche Mandat des Westens vorbei, die "Richtung nach vorn" zu diktieren.

Hinter den Spielereien und der bunten Fassade verbirgt sich das westliche Über-Narrativ, dass "von Platon bis zur NATO, überlegene Ideen und Praktiken, deren Ursprung im antiken Griechenland liegen, über die Jahrhunderte hinweg weitergegeben wurden, sodass diejenigen im Westen heute die glücklichen Erben davon sind und eine überlegene kulturelle DNA besitzen". Dies hat sich jedoch als nichts anderes herausgestellt als ein verblissendes Gaukelspiel in einer hohlen Darbietung.

Hier liegt die tiefe Angst westlicher politischer Führer – sie wissen, dass "das Narrativ" eine Fiktion ist. Dennoch erzählen sie es immer und immer wieder sich selbst, obwohl sie wissen, dass unsere Zeit zunehmend gefährlicher von diesem Meta-Mythos abhängig gemacht wird. Ohne diesen Mythos, so spüren sie, könnte das westliche Projekt und der westliche Wohlstand vollends zerfallen.

Die "Auserwählten" hofften, dass die in der Vergangenheit definierten, ungeheuerlichen Träume von materiellem Wohlstand und westlicher Gewandtheit, den Mythos in noch höhere Ebenen treiben, aber nur – und nur dann – wenn der Westen über das bessere Narrativ verfügt. Das bessere Narrativ war von größter Bedeutung. Es musste das "schwerfällige" Narrativ der Rivalen übertreffen und in den Schatten stellen. Dieses trügerische Übereinkommen musste um jeden Preis bestehen bleiben, damit die fein geschmückte Fassade des Mythos nicht in sich selbst zusammenfällt. Die "Fabrik des Erzählungen" wurde somit bis an die Grenzen des Möglichen betrieben.

Der Krieg in der Ukraine wird mit einem offensichtlichen und überwältigenden russischen Sieg enden – obwohl er derzeit alles andere als vorbei ist. Die Ukraine ist nur eines der zahlreichen Schlachtfelder in einem umfassenderen Kampf, um die "atlantische Welt" – das "Rimland" – dazu zu zwingen, eine vereinbarte Grenze zwischen ihr und dem "Kernland" – Russland, China und die asiatischen Tiefen – zu akzeptieren und würdevoll auf seinen Anspruch zu verzichten, bei der Bestimmung unserer globalen Zukunft eine Ausnahme zu bilden. Die Mainstream-Medien sind daher voller Analysen darüber, wie man einen "Sieg des Westens" definieren könnte. Ist es möglich, das Narrativ bezüglich der Ukraine "umzudrehen", und zwar als einen weiteren "westlichen Sieg"? Die "Auserwählten" wollen die Ukraine weiterhin in den Fleischwolf treiben – um an der Fantasie des "totalen Sieges" festzuhalten: "Es gibt keinen anderen Weg als einen totalen Sieg – und Putin loszuwerden. Dafür müssen wir alle Risiken auf uns nehmen. Kein Kompromiss ist möglich, kein Kompromiss."

Man kann den Ukraine-Konflikt eine "Pattsituation" nennen und darauf bestehen, dass er eine Niederlage für Putin und einen Sieg für Biden darstellt, da Russland nicht in der Lage war, die gesamte Ukraine zu erobern – wobei fälschlicherweise davon ausgegangen wird, dass dies Moskaus Ziel war. Dieser Ansatz wird von westlichen Analysten eher als "vernünftig" betrachtet: Man gestalte das Narrativ eines "Sieges" und stellt dann sicher, dass sich alle – von der Spitze der Gesellschaft bis nach ganz unten – ohne Einwände an genau diesem Narrativ orientiert.

Aber das ist kaum mehr als eine einfache Reproduktion der Kultur der YouTube-Influencer, durch die beliebige Einzelpersonen Glaubwürdigkeit – und jede Menge Geld – verdienen, indem sie raffinierte Erzählungen kuratieren und weiterverbreiten, sei es über die jüngste Mode oder über

politische Ereignisse. Für die verwirrte westliche Öffentlichkeit mag solches funktionieren, hat aber nur eine begrenzte Anziehungskraft außerhalb westlicher Einflussphären. Der Fehler, wenn "umgedrehte Narrative" geopolitisch als Waffe eingesetzt werden, besteht jedoch darin, dass Propaganda, die so weit von einer offensichtlichen Realität entfernt ist, einfach kein erfolgreiches Narrativ ist – außer als Eintagsfliege. In Wahrheit führt es letztlich zur Selbstisolation seiner Autoren.

Die Entzückung darüber, wie offensichtlich westliche Rückschläge, durch "Leaks" aus Geheimdienstkreisen umgedreht werden können, die hochgradige Lügen verbreiten, um ein bestimmtes Narrativ zu untermauern, ist innerhalb westlicher Nachrichtendienste zu einer Seuche geworden. Vielmehr ist dieser trügerische Pakt ein vergifteter Kelch. Wenn der Westen noch bei Verstand wäre, würde er sich mehr darauf konzentrieren, in der Ukraine ein "Narrativ der westlichen Niederlage" zu inszenieren, als ein langsam verrottendes "Narrativ des Sieges" zu verbreiten.

Warum ist das so?

Eine weise Staatsführung würde ihr Volk auf eine Niederlage vorbereiten. Unwahrscheinliche und falsche Geschichten über Ruhm auf dem Schlachtfeld kehren irgendwann zurück, um die Lügner zu belasten, während – metaphorisch gesprochen – in Wahrheit die Verwundeten und Toten zurückkehren, um der Geschichte von einem Sieg sichtbar zu widersprechen.

Im Gegensatz dazu ernährt sich der Westen immer noch von Geschichten über westliche Führung, freien Wahlen, angeborenen Qualitäten und Außergewöhnlichkeit. Vereinfacht ausgedrückt hilft diese Modeerscheinung der "Influencer" den Menschen im Westen offensichtlich nicht dabei, mit den tektonischen Veränderungen auf der ganzen Welt klarzukommen. Die Völker des Westens sind auf den kommenden Winter völlig unvorbereitet. Doch die Verfechter eines westlichen Sieges umarmen sich vor lauter Freude, während ihre Wahnvorstellungen durch willfährige Massenmedien weitergegeben werden.

Kindische Propaganda und Lügen werden die neue Ära jedoch nur noch schmerzhafter machen. Eine "Geschichte der Niederlage", die mit Integrität erzählt wird, hilft dagegen einem Volk zu verstehen, wie eine bestimmte Krise entstanden ist und wie sie es getroffen hat. Sie sollte auch einen Weg nach vorn weisen. Im Iran wurde dies verstanden: Im schiitischen heiligen Feiertag Aschura liegt der Schlüssel zum Verständnis des Schmerzes und der Krise, die Iran durchleiden musste. Und der Mahdi – der von den Muslimen erwartete letzte Prophet, Glaubens- und Welterneuerer – kündigt eine Zukunft an, die über die unmittelbare Krise hinausgeht. Die Notwendigkeit einer Rückkehr zur Integrität in der Übermittlung von Informationen ist umso dringlicher, seit die Versuche, die Realität mittels einer Umkehrung der Erzählungen zu drehen, in denen ein vermeintlicher Sieg verkündet wird, zu noch mehr Verlusten führen.

Betrug wird schnell aufgedeckt und es dauert ein Jahrzehnt, neues Vertrauen aufzubauen. Glaubt der Westen wirklich, dass er sich auf diese Weise retten kann? Seit der Ukraine-Krise glaubt niemand, außer ihrer Autoren, an diese westlichen Märchen aus Geheimdienstkreisen. Und diese Kreise sind nun auf lange Sicht verdorben. Am Ende sind militärische Fakten aussagekräftiger als politisches Geschwafel.

Hier spielt noch ein weiterer Faktor eine Rolle. Als der EU-Außenbeauftragte, Peter Stano, nach den ukrainischen Raketenangriffen auf die russische Stadt Belgorod, die über zwei Dutzend zivile Opfer forderten, von der russischen Nachrichtenagentur *TASS* danach gefragt wurde, antwortete er: "Zu dem konkreten Vorfall in Belgorod liegen keine Informationen vor. Informationen aus Russland können nicht als vertrauenswürdig gelten", und warf Moskau vor, "ständig Lügen, Manipulation

und Propaganda" zu verbreiten. Hier liegt die dunkle Kehrseite der "Kontrolle des Narrativs", die sich von den Fakten loslöst, die vor Ort herrschen: Der EU-Sprecher ist gezwungen, das verbindliche Narrativ vom "Recht der Ukraine, sich gegen Aggression zu verteidigen" zu bekräftigen – um dann alles zunichtezumachen, was aus Russland verkündet wird.

Einfach ausgedrückt: Die "Kontrolle des Narrativs" tötet Empathie. Sie tötet aktives Zuhören und Verstehen. Diplomaten sollten eindringliches Zuhören beherrschen. Wenn das, was sie hören, im Widerspruch zu dem steht, was sie erwarten oder hören wollen, sollten sie genauer zuhören und versuchen herauszufinden, was sich hinter dem Gehörten verbirgt, um zu erfassen, was beabsichtigt war, und um ihren Gesprächspartner besser zu verstehen. Der Westen praktiziert all dies derzeit nicht.

Oft wird gefragt, warum es heute so wenig Empathie gibt? Warum reden Staaten aneinander vorbei? Warum sind Kommunikationskanäle blockiert? Nun, hier ist ein Grund: Umgedrehte Narrative, die auf leicht aufzudeckenden Unwahrheiten basieren.

Doch die westliche Niederlage in der Ukraine ist möglicherweise nur ein Teil einer Anhäufung westlicher "Niederlagen". Eine Niederlage in Israel würde den Kern des politischen Seins der USA treffen – emotional zu nah, als dass man sie leichtfertig beiseiteschieben könnte. Und im Nahen Osten könnte noch mehr Unheil drohen.

Nur um es klarzustellen: Das Spinnen eines Gewebes aus Wahnvorstellungen und der Unehrllichkeit gegenüber der Wahrheit, die dahinter lauert, schadet letztlich seinem Urheber. Es lässt die Menschen desorientiert und unsicher zurück, tritt auf dem losen Schotter der Vergangenheit herum und sucht nach einem Verständnis für die krachende Niederlage, auf die man völlig unvorbereitet war.

Es besteht dann die Gefahr, dass eine Nation durch die Romantik von Schlachtrufen wie "Gemeinsam werden wir siegen" – derzeit in ganz Israel zu hören – vom Kurs der endgültigen Katastrophe abgelenkt wird: "Jeder, der deutsche Geschichte und das Phänomen Goebbels studiert hat, erkennt, was für ein gefährliches Instrument Propaganda ist – eines, das zu einem (katastrophalen) nationalen Kursverlust führen kann."

Erstveröffentlichung in englischer Sprache bei Strategic Culture Foundation.

Alastair Crooke ist ein ehemaliger britischer Diplomat, Gründer und Direktor des in Beirut ansässigen Conflicts Forum.

* * *

Davos ist nicht wie früher: Die geopolitischen Pfaue haben den Kampf verloren

<https://freedert.online/meinung/192872-davos-ist-nicht-wie-frueher/>

15.01.2024

Das Weltwirtschaftsforum in Davos gleicht neuerdings einem Karneval, auf dem sich eine gealterte Diva zahlenden Zuschauern präsentiert. Die wirklich wichtigen Fragen werden jedoch hinter geschlossenen Türen debattiert, die auch für die zahlenden Kunden verschlossen bleiben. Was da besprochen wird, verheißt nicht jedermann Gutes.

Von Elena Karajewa

Die heute beginnende Versammlung der "Reichen und Schönen" in den Schweizer Alpen gleicht einer kollektiven Femme fatale, deren besten Jahre weit hinter ihr liegen. Und ihre Respektabilität, die vor unseren Augen schwindet, verheißt ihr Jahre im Bordell, das Einzige, was ihr noch bleibt. Für die Gelegenheit, einen Kuss auf die Hand oder die Wange zu drücken, erhält die potenzielle Kundschaft daher schon im Voraus die Rechnung, ohne die Ware überhaupt gesehen, geschweige denn eingehend begutachtet zu haben.

Das Recht, auf den Fluren mit denjenigen zu flanieren, die sich für die Herrscher der Welt halten, wird mehr kosten als im letzten Jahr (damals kostete das Vergnügen etwa vierhunderttausend Euro, wenn man sich auch die Podiumsgespräche ansehen wollte), und ein Vielfaches mehr als beispielsweise vor fünf bis sieben Jahren.

Wollen Sie von der Leyen oder Macron sehen und hören (ihre Reden werden von den PR-Leuten des Forums als etwas Entscheidendes und Epochales angepriesen)? Holen Sie die Geldebörse hervor – und zwar schnell.

In diesem Paradigma der Beziehungen sind die Politiker der obersten Ebene der globalistischen Macht und die Elite, die über das Schicksal von Dutzenden oder gar Hunderten Millionen Menschen entscheidet, nichts weiter als Dienstmädchen, die das Publikum unterhalten.

Alice, die Füchsin, und Kater Basilio des Davoser Paradigmas, setzen alles daran, die reichen Schweine zu zwingen, sich von einer halben Million ihrer hart verdienten Euros zu trennen.

Die Tagesordnung soll (ihrer Meinung nach) eindrucksvoll sein.

Die geopolitische Krise der europäischen Sicherheit (wie wir die aktuelle Situation nennen) hat vom Davoser Karnevalsverein eine andere Formulierung erhalten. Dort heißt das, was jetzt passiert, "Friedenskonferenz zur Ukraine". Orwell würde vor Neid erblassen. Der Stellvertreterkrieg, den diejenigen entfesselt haben, die die Diskussion führen wollen, heißt jetzt "Sicherheitsgarantien für Kiew". Vor fast zwei Jahren hat Moskau versucht, echte Sicherheitsgarantien zu erreichen, aber unsere Stimme wurde nicht gehört. Unsere Bedenken wurden nicht berücksichtigt, und jetzt und heute sagen uns diejenigen, die uns praktisch in die Augen gelogen haben (die Tatsache, dass dies von der Tribüne eines Forums aus geschieht, bei dem wir natürlich nicht anwesend sein wollen, ist irrelevant), dass "eine friedliche Lösung angestrebt werden muss".

Natürlich ist all jenen, die an der Parade der politischen Pfaue (eine passende Beschreibung sowohl des Wesens als auch der Form der Veranstaltung) teilnehmen, vollkommen klar, dass nur Russland heute die Schlüssel in der Hand hat. Die Schlüssel zu praktisch allem. Von der Versorgung Europas, das wegen des Mangels an mineralischen Düngemitteln nervös ist, mit Substanzen für die Boden- und Pflanzenernährung, die vor allem Stickstoff enthalten, bis hin zur Lieferung von Agrarprodukten – vor allem Getreide – an arme Länder.

Ob es denjenigen gefällt oder nicht, die sich selbst für Globalisten halten, unser Land und die Wirtschaftsblöcke, an denen es beteiligt ist, sind heute die wahren Global Player.

In Davos können sie sich noch lange aufplustern, in die Brust schlagen, die Augen zusammenkneifen und die Backen aufblasen, aber das Gleichgewicht der Kräfte in der Konfrontation, die nicht von uns ausgegangen ist, wird durch die langfristige wirtschaftliche (und folglich auch politische) Stabilität bestimmt.

Keines der Länder, das auf dem WEF seine Formen und Schönheiten darbietet, hat mit etwas

aufzuwarten, das auch nur im Entferntesten als Stabilität durchgehen könnte.

Brüssel wartet auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni, die die politische Landkarte der EU völlig neu zeichnen könnten. Gleichzeitig ist der europäische Block nervös, da alle seine Ressourcen und angelegten Vorräte, die es ihm ermöglichten, die Paneuropäer zu ernähren, entweder bereits aufgebraucht sind oder kurz davor stehen, aufgebraucht zu sein. Und obwohl die Diskussion der Banker, einschließlich der Zentralbankchefs, im Gegensatz zur "Ukraine-Frage" nicht von den PR-Leuten von Davos gefördert wird, ist sie doch erwähnenswert.

Ernstzunehmende Menschen werden sich nicht freinehmen und sich von ihrem Geschäft abwenden, nur um die schneebedeckten Gipfel der Alpen zu bestaunen: Sie sind in der Schweiz, um über das unkontrollierte Wachstum der Staatsverschuldung zu diskutieren. Jene in den USA, in Europa und in den kleineren Subjekten. Das ist definitiv ernster als "Friedensformeln". Die Schulden sind das Blut und Fleisch der globalistischen Wirtschafts- und Finanzwelt, und wenn sich irgendwo eine Buchungslücke auftut, wird es überall so explodieren, dass niemand verschont bleibt.

Im vorigen Jahr hatten sie zudem versucht, über die Inflation und die Kreditzinsen zu sprechen, waren aber gescheitert. Jetzt ist die Situation so akut, dass das Treffen der wichtigsten Finanziers des Planeten für die Presse, für Außenstehende (ja, selbst für diejenigen, die jeweils eine halbe Million Euro gespendet haben) und für Kommentare geschlossen wurde.

Die offene Welt erwies sich – auch in diesem Fall –, genau wie bei Orwell, als undurchsichtig und totalitär.

Es lohnt sich nicht, die "vierzig Außenpolitikchefs" zu erwähnen, die in Davos erwartet werden, ebenso wenig wie den UN-Generalsekretär Guterres, um nicht ungewollt Gogols "Der Inspektor" zu zitieren.

Das Einzige, was Sinn macht, ist die Feststellung, dass der Globalismus und die westliche Selbstzentriertheit sich bereits aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb zurückgezogen haben oder dabei sind, sich zurückzuziehen, wenn wir über die Größenordnung des Planeten sprechen. Und wir wissen das. Die Frage ist nur, wann diejenigen, die den Kampf gegen uns befohlen und ihn schmachvoll (und vorhersehbar) verloren haben, ihre Niederlage erkennen werden.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 15. Januar 2024 auf ria.ru erschienen.

* * *

Die Grundrechtsverwirkung ist kein Buttermesser – Zur Debatte um Björn Höcke

<https://freedert.online/meinung/192962-grundrechtsverwirkung-ist-kein-buttermesser/>

16.01.2024

Selbst die Tagesschau macht derzeit Werbung für eine Petition auf dem Soros-Portal "Campact", Björn Höcke die Grundrechte abzuerkennen. Und es wird in den Medien eifrig darüber debattiert. Ein weiterer Schritt Richtung Abgrund.

Von Dagmar Henn

Grundrechtsverwirkung ist also der nächste Punkt auf der Liste. Zumindest ist dieses Stichwort in den Medien in den letzten Tagen geradezu explodiert, und überall wird so getan, als wolle man ernsthaft darüber diskutieren.

Leider verhalten sich auch an sich respektable Teilnehmer dieser Debatte, wie der Jurist Heribert Prantl, so, als wäre das eine Debatte, um die herum nichts geschehen wäre, und als ginge es nur um den finsternen Herrn Björn Höcke, der ja ansonsten womöglich noch Ministerpräsident werden könne.

Also nur als Erinnerung für all jene, die es vergessen haben oder es nicht wissen: Es gab über viele Jahrzehnte hinweg in der Bundesrepublik unzählige Nazis in Amt und Würden. Und zwar nicht solche, denen man auf Grundlage interpretierter Aussagen zuschreibt, welche zu sein, sondern ganz reale, mit NSDAP-Mitgliedsnummer und einschlägiger Tätigkeit, vom Verfassen der Nürnberger Rassengesetze über Todesurteile wenige Tage vor Kriegsende bis hin zur Beteiligung an Kriegsverbrechen, als Landes-, Bundesminister bis zum Bundeskanzler.

Wenn Höcke, an dessen Händen kein Blut klebt wie beispielsweise an den Händen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, der von 1966 bis 1978 regierte, eine derart große Bedrohung für die Demokratie darstellt, dann kann die Bundesrepublik bis 1981, also bis zum Rücktritt des letzten als Nazi-Jurist tätigen Ministers, keine gewesen sein.

Tatsächlich müsste man, würde man diese Vorstellung wirklich ernst nehmen, die gesamte rechtliche Verfasstheit dieser Republik auf den Prüfstand stellen, an der viele solcher Nazijuristen entscheidend mitgewirkt haben. Ja, eigentlich hätte unter diesem Gesichtspunkt die BRD 1990 das DDR-Rechtssystem übernehmen müssen, um die Gefahr endgültig zu bannen, die dieses Erbe für die Demokratie darstellt.

So ist das natürlich nicht gemeint. All diese Hinterlassenschaften werden nur selten überhaupt angerührt, und wenn, dann dauert es Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, wie etwa beim Kriterium "Heimtücke" bei der Definition eines Mordes. Oder bei der Einordnung der Beförderungerschleichung als Straftat, noch so ein Nazi-Relikt. Jene, die sich gründlicher mit dieser Frage befasst haben, können diese Liste sicher mühelos auf mehrere Seiten verlängern; in der BRD gab es nämlich nie eine pauschale Aufhebung des gesamten Nazi-Rechts.

Aber zurück zu der Debatte um Höckes Grundrechte. Es ist wirklich unübersehbar, dass diese Welle von Artikeln, bis hin zur Tagesschau, Teil einer Kampagne ist. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, es ginge dabei tatsächlich um Höckes Grundrechte. Es geht noch nicht einmal um das Thema Grundrechtsverwirkung. Es geht darum, sich an den Gedanken zu gewöhnen. In den Köpfen der Leser zu verankern, dass der Entzug von Grundrechten eine gute Idee sei, eine, die die Demokratie schützt, eine, die zur Rettung des Staatswesens geradezu unverzichtbar sei.

Dafür besteht eine gewisse technische Notwendigkeit. Wollte man eine voll entwickelte faschistische Herrschaft in Deutschland erreichen (und die Gefahr dafür geht eher nicht von Herrn Höcke aus), müssen die Deutschen erst einmal in Bürgerkriegslaune versetzt werden. Die Originalnazis hatten das Problem nicht; die Weimarer Republik war das Produkt eines Bürgerkriegs, der sich im Grunde von etwa 1924 bis 1933 im Zustand eines eingefrorenen Konflikts befand. Große Teile der Nazi-Hierarchie rekrutierten sich aus den weißen Truppen in diesem Bürgerkrieg, den Freikorps.

Soweit nach wie vor Reste dieses Bürgerkriegs vorhanden sind, findet man sie im Umgang mit der DDR, der vermutlich anders gewesen wäre, hätten nicht große Teile der westdeutschen politischen Eliten immer noch Rachegefühle gegenüber dem alten Feind verspürt, der ja gemeinerweise 1945 gesiegt hatte.

Diese Rolle haben zu großen Teilen dann die Grünen übernommen, was ihre Affinität zu anderen

Resttruppen aus diesem alten Bürgerkrieg und insbesondere den alten Verbündeten im Baltikum und der Ukraine erklärt. Das ist vielleicht auch der Grund, warum sie die Entwicklung in Russland nicht verstehen – weil ihnen unvorstellbar scheint, dass der historische Abstand so etwas wie eine Versöhnung zwischen diesen alten Gegnern hervorbringen könnte. Noch eine der 1990 verlorenen Chancen ...

Die Aberkennung der Grundrechte, so die Argumentation in der Debatte, sei dafür da, die Demokratie vor ihren gefährlichsten Feinden zu schützen; das sei eine Konsequenz aus dem Untergang der Weimarer Republik. Wieder einmal eine Billigversion der Geschichte, denn Hitler gelangte eben nicht durch Wahlen an die Macht, sondern über eine Koalition, insbesondere mit dem Segen der Industrie (die US-Geldgeber lassen wir einmal außen vor). Und der Erfolg der NSDAP bei den Wahlen im März 1933 beruhte vor allem darauf, dass sie rechtzeitig davor den Reichstag anzündeten und ihre wichtigsten Gegner verhafteten. Die Listen dafür wurden übrigens von der Polizei auf reichsweite Anweisung zum Stichtag 27. Februar 1933 fertiggestellt und dann nur noch abgearbeitet (Listen, die heute übrigens Truppen wie "Correctiv" schon fertig in den Schubladen haben).

Wenn man also tatsächlich eine wirksame Konsequenz aus der Machtübergabe 1933 ziehen wollte, bestünde sie darin, die politische Macht der großen Industrie und Finanz zu beschneiden. Davon kann selbstverständlich überhaupt keine Rede sein; man muss nur den Korruptionssumpf rund um Corona betrachten, oder Cum-Ex oder – auch diese Liste ist lang. Hätten die IG Farben und die großen Konzerne der Schwerindustrie nicht einen derart großen politischen Einfluss gehabt, hätte sich ihre Hinwendung zu Hitler nach seiner berüchtigten Rede im Düsseldorfer Club der Industrie nicht in eine Ernennung zum Reichskanzler umgesetzt.

Wären Hitler damals die Grundrechte aberkannt worden, hätte das Resultat vermutlich Reinhard Heydrich gelaftet; und die meisten Historiker, die sich mit dieser Zeit befasst haben, würden zustimmen, dass ein Reichskanzler Heydrich noch deutlich schlimmer gewesen wäre.

Die Aberkennung der Grundrechte ist also eine nur vermeintliche Abwehrmöglichkeit, die vor allem deshalb existiert, um vom Nachdenken über die wirklichen Gründe und Akteure dieser Machtübertragung abzulenken – so wie man sich in der Bundesrepublik die ganze Zeit über die Neonazis hielt, damit die wirklich mächtigen Nazis nicht in den Blick gerieten. Und auch wenn große Teile dieser Bundesregierung schon intellektuell nicht fähig sind, das zu durchschauen, muss man dennoch davon ausgehen, dass unter jenen, die die gegenwärtige Kampagne geplant haben, die im November gestartet wurde, auf jeden Fall solche sind, die es verstehen, und die daher mit dieser Idee einen ganz anderen Zweck verfolgen. Oder Zwecke.

Der erste Zweck: Man braucht Höcke als Gottseibeius. Schließlich häuft man politische Handlungen an, die vielfach an die originalen Nazis erinnern, vom Russlandfeldzug über Gleichschaltung, Parteigeheimdienste und Aufmärsche bis zum Verständnis für Genozid, sodass eine Gestalt zur Ablenkung dringend geboten ist. Die ganze Debatte hilft, ihn wieder in Erinnerung zu bringen, damit man wiederholt auf das eigentlich Böse verweisen kann.

Viel wichtiger ist allerdings der andere Zweck. So etwas wie eine Aberkennung von Grundrechten (die bisher kein einziges Mal stattfand) soll als normale Vorstellung etabliert werden. Man kann ja mal darüber reden, ist auch nicht schlimm, denn es geht nur um Höcke, den Nazi. Leider verfängt das sogar bei Heribert Prantl, der eigentlich sonst sehr aufmerksam ist, wenn es um Angriffe auf Grundrechte geht, einer der wenigen, die da noch verblieben waren.

Das könnte man für einen Propagandaschachzug halten, wenn da nicht einige Entwicklungen wären, in deren Zusammenhang eine derartige Debatte beziehungsweise ihr Ziel passt. Die

Änderung im Passgesetz beispielsweise, die es ermöglicht, einen Pass zu verweigern. Die Änderungen im Verfassungsschutzgesetz, die auf eine universelle Möglichkeit zur Denunziation hinauslaufen, beim Vermieter, beim Arbeitgeber, bei wem auch immer. Die geplanten Änderungen beim Bundespolizeigesetz, die zusammen mit dem Passgesetz die Möglichkeit schaffen, an der Emigration zu hindern. Die Tatsache, dass inzwischen die Kündigung von Bankkonten eine etablierte Maßnahme politischer Disziplinierung ist. Die unzähligen Strafverfahren wegen simplen Meinungsäußerungen. Auch das ist keine Liste mit Anspruch auf Abgeschlossenheit. Aber sie genügt, um aufzuzeigen, dass es nur ein Baustein unter vielen ist, jetzt auch die Grundrechte disponibel zu machen.

Und mehr noch – ein derartiges Verfahren kann nur beim Bundesverfassungsgericht stattfinden. Jetzt wird in der Debatte lautstark beklagt, das dauere so lange, da würde das ja kaum Sinn ergeben. Ganz zufällig hat in den letzten Tagen ein gewisser Jens Spahn, seines Zeichens bekannt korruptionsfreies, ehemaliges Mitglied der letzten Regierung Merkel, vorgeschlagen, wenn man Bezieher von Bürgergeld nicht vollständig sanktionieren könne, weil das Bundesverfassungsgericht das für verfassungswidrig erklärt hat, dann könne man ja die Verfassung ändern.

Das mag eine zufällige Koinzidenz sein. Aber würde man wirklich darauf wetten wollen, dass die gegenwärtige Zusammensetzung des Bundestages nicht dazu bereit wäre, das Grundgesetz dergestalt zu ändern, dass eine Aberkennung von Grundrechten eben nicht mehr ein langjähriges Verfahren vor dem Verfassungsgericht benötigt, sondern durch Entscheid eines einfachen Gerichts stattfinden kann, weil man nur so die gewaltige Gefahr bannen könne, die vom "Nazi" Höcke ausgeht, angesichts dessen die deutsche Demokratie schwinden müsse wie Aschenputtels Ballkleid um Schlag Mitternacht? Und würde man des Weiteren darauf wetten wollen, dass die Anwendung dieser Änderung dann tatsächlich auf Björn Höcke begrenzt bleibt und nicht auf alle ausgeweitet wird, denen man beispielsweise "Rechtfertigung des russischen Angriffskrieges" oder "Antisemitismus" oder "Klimaleugnung" vorwerfen kann?

Es gibt Menschen, die eine Maschinenpistole in Händen halten und trotzdem kein Gefühl der Bedrohung auslösen, und andere, die greifen nach einem Buttermesser, und man zuckt zusammen. Die deutsche politische Elite – und damit ist explizit nicht nur die aktuelle Bundesregierung gemeint – gehört zur letzteren Kategorie. Sie hat sich in den vergangenen Jahren ein gewaltiges Arsenal zugelegt. Und das, wonach sie greift, erinnert immer weniger an ein Buttermesser und immer mehr an eine Maschinenpistole.

Wenn etwas die deutsche Demokratie bedroht, oder deren vorhandene Reste, dann ist es nicht das politische Handeln eines Höcke, sondern das dieser Elite, und festzustellen – das ist besonders traurig – die zunehmende Neigung einst aufmerksamer Beobachter, die vorgelegten Erzählungen für bare Münze zu nehmen. Wenn die Prantls dieser Republik sich blenden lassen, dann ist wirklich Hopfen und Malz verloren. Wo die wirklich Verdächtigen stehen, die Nachfolger des damaligen Clubs der Industriellen, kann man ja derzeit in Davos beobachten.

* * *

Rainer Rupp: Was macht China in Davos?

<https://freedert.online/meinung/193044-was-macht-china-in-davos/>

17.01.2024

Unter Verschwörungstheoretikern sorgt die Teilnahme des chinesischen Ministerpräsidenten Li Qiang am Welt-Wirtschaftsforum in Davos für Gesprächsstoff. Für Chinesen ist es eine Selbstverständlichkeit: Peking möchte nicht nur wissen, worüber dort geredet wird, sondern auch neue Geschäftsbeziehungen knüpfen.

Von Rainer Rupp

Die Teilnahme Chinas in Davos ist für eine nicht zu übersehende Gruppe von Menschen der Beweis für die Existenz einer diktatorischen Weltregierung, unter deren Schirm sich die Eliten aller Welt, von den USA über Europa und Russland bis China vereinigt haben. Aus Sicht dieser Leute sind zum Beispiel die Kriege in Gaza und der Ukraine nur Ablenkungsmanöver fürs dumme Volk, damit das nicht hinter die Kulissen sehen und erkennen kann, dass die Eliten aller Länder unter einer Decke stecken.

Dieses Narrativ, dem ich in Diskussionen schon wiederholt persönlich begegnet bin, geht davon aus, dass neben den russischen auch chinesische Eliten Teil der Davoser "Weltregierung" sind, deren "satanische Pläne" darauf abzielen, die Bevölkerung des Planeten zu verarmen und zu versklaven oder, schlimmer noch, zu dezimieren.

Solche oder ähnlich menschenverachtenden Gedanken könnten durchaus in den kranken Gehirnen einiger Politiker des kollektiven Westens herumirren, wenn sie an Russland und China denken. Aber warum sollten sich die russische oder chinesische Regierung an den westlichen Aggressionen gegen ihr eigenes Land beteiligen? Außerdem ist Russland dieses Jahr nicht nach Davos eingeladen, was dem Narrativ der Weltregierung widerspricht. Aber da bleibt ja immer noch China.

Die Vorstellung, dass China – und gleiches gilt für Russland – in die Agenda eines anderen Landes oder einer obskuren Weltregierung steinreicher Leute einbezogen wurde, ist absurd und bar jeglicher Realität. Nach einem Jahrhundert extremer kolonialer Erniedrigung und Armut ist China unter Führung der Kommunistischen Partei wiederauferstanden und zur weltgrößten Wirtschaftsmacht und führenden Militärmacht geworden. Koloniale oder neokoloniale Fesseln jeglicher Art hat es abgeworfen und es ist heute in jeder Beziehung ein souveränes Land, das vielen anderen Ländern im globalen Süden Hoffnung gibt und Vorbild ist.

Hoffnung geben und Vorbild sein gilt allerdings nicht für die Länder des kollektiven Westens. Dank tatkräftiger Selbstzerstörung durch ihre politischen Eliten sind sie für die ganze Welt sichtbar auf den Status von US-Vasallen reduziert worden, die tatsächlich dabei sind, ihre eigene Bevölkerung in die Armut zu stürzen. Deshalb sollten sich all jene, die in einem Land wie Deutschland leben, das von US-Marionetten regiert wird, keine Sorgen über den angeblichen Verlust der Souveränität Chinas machen. Sondern sie sollten vielmehr danach streben, die eigene Souveränität wiederherzustellen.

Peking spricht mit jedem, der an Beziehungen interessiert ist, die für beide Seiten vorteilhaft sind, aber keinesfalls auf Kosten seiner eigenen Interessen, wie das die europäischen US-Vasallen tun. Beim Ausverkauf der nationalen Interessen der eigenen Bevölkerung schlägt die Ampel-Regierung alle anderen europäischen Regierungen. In atemberaubendem Tempo hat sie unser Land für US-Interessen geschwächt und nachhaltig destabilisiert. Und dann besitzen diese Politiker auch noch die Frechheit, uns mit unverfrorenen Lügen für dumm zu verkaufen und die Russen für unsere

Probleme verantwortlich zu machen, weil – so Kanzler Scholz kürzlich – "Putin uns das Gas abgedreht hat."

Statt die Russen zu beschuldigen und die Chinesen argwöhnisch zu beäugen, mit wem sie in Davos oder anderswo sprechen, sollte sich jeder fragen, wer sich tatsächlich in die inneren Angelegenheiten der EU-Mitgliedstaaten einmischt, China oder die USA? Wer fordert ein Mitspracherecht bei neuen EU-Gesetzen und wer versucht mit Social Engineering innerhalb der EU die Entscheidungen der Menschen zu manipulieren?

Die Kreise, die sich um China "Sorgen" machen, sollten sich auch mal fragen, wo Chinas Interessen in Europa liegen. Als Land mit der größten Industrieproduktion der Welt ist China natürlich auch stark vom Warenaustausch mit der EU abhängig. Welchen Sinn würde es für China machen, eine Politik einzuschlagen, die dazu führen würde, die Kaufkraft der europäischen Bürger zu verringern und ihren Konsum einzuschränken? Welchen Nutzen hätte China aus einer ungeheuren Vermögensanhäufung bei einer winzigen Minderheit und der gleichzeitigen Verarmung von hunderten Millionen Europäern? Diese Logik sollte ausreichen, um sowohl das Narrativ von Chinas Teilhabe an der Davoser WEF-Weltregierung als auch die Behauptungen von Anti-China-Propagandisten zu entkräften. Aber wenn ohne Hirn und Faktenkenntnisse argumentiert wird, dann ist die Logik dünn und abwegige Vorstellungen gedeihen.

* * *

Das Duckmäuschen: Strack-Zimmermann stimmt im Bundestag gegen Taurus-Lieferung

<https://freedert.online/meinung/193216-duckmaeuschen-strack-zimmermann-stimmt-im/>

18.01.2024

In Talkshows plädiert Strack-Zimmermann für die Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine. Im Bundestag stimmt sie dagegen. Das zeigt: Strack-Zimmermann ist kein verlässlicher Partner. Sie ist nur ihrer politischen Karriere verpflichtet. Die Ukraine ist nur Mittel zum Zweck.

Von Gert Ewen Ungar

Angeblich zählt Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zu den beliebtesten deutschen Politikern. Daran sind allerdings große Zweifel angebracht, denn sie gilt als Kriegstreiberin. Sie steht zudem im Verdacht, käuflich zu sein. Ihr Engagement für Waffenlieferungen an die Ukraine sehen viele vor allem ihrer Lobbytätigkeit für die deutsche Rüstungsindustrie geschuldet. Ob und in welchem Umfang Strack-Zimmermann von ihrem Einsatz für die Lieferung deutscher Waffen an die Ukraine persönlich profitiert, ist allerdings unbekannt. Es gilt hier fairerweise die Unschuldsvermutung, solange das Gegenteil nicht bewiesen ist.

Strack-Zimmermann selbst behauptet, nicht korrupt zu sein. Aber an dieser Selbstbeschreibung gibt es aus gutem Grund erhebliche Zweifel. Warum man als tugendhaftes Seelchen nun ausgerechnet Mitglied der Partei geworden ist, die synonym für Korruption und die Käuflichkeit von Politik steht, ist dabei nur einer der zahlreichen Widersprüche in der Biografie der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses. Wer keinen Hang zur Korruption hat, lässt von der FDP eigentlich die Finger.

Ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern deutet ebenfalls in eine andere Richtung. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag zur Abstimmung eingebracht, der von der Bundesregierung die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die

Ukraine fordert. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch Strack-Zimmermann stimmte dagegen. Richtig gelesen, sie stimmte mit "Nein". Anton Hofreiter übrigens auch. Das ist natürlich seltsam. Warum stimmt ausgerechnet Strack-Zimmermann gegen die Lieferung von den Raketen, deren Lieferung sie seit geraumer Zeit fordert, das ist die Frage, die sich unmittelbar stellt. Nun, die Antwort ist einfach. Weil es ihr um alles Mögliche geht, nur um die Ukraine nicht.

Strack-Zimmermann spuckt in der Öffentlichkeit große Töne, duckmäusert aber gegenüber der Parteiführung. Sie macht sich bereitwillig zum Stimmvieh, das brav den Vorgaben der Partei folgt. Die lauteten in diesem Fall, wir stimmen als Partei gegen den CDU-Antrag, denn er stammt nicht von uns. Die brave Partei-Soldatin Strack-Zimmermann, die sonst in alle Richtungen Gift und Galle verspritzt, sich dabei als die Unbeugsame und Aufrechte inszeniert, gab sich ganz handzahn, angepasst und katzbuckelte vor dem Fraktionszwang.

Dabei ist sie als Abgeordnete eigentlich nicht ihrer Partei, sondern nur ihrem Gewissen verpflichtet – theoretisch zumindest. Praktisch weiß Strack-Zimmermann natürlich, dass allzu viel Eigensinn sie bei der nächsten Wahl den günstigen Listenplatz kosten könnte. In vorgehaltene Mikrofone spricht sie dagegen mit Pathos und einer riesigen Portion Gratismut, dieses Gewissen einer aufrechten Kämpferin für die Belange der Ukraine sage ihr ununterbrochen, die Ukraine brauche nichts dringender als Taurus-Marschflugkörper. Besser gestern als heute. Daher setze sie sich als Abgeordnete und Mitglied des Verteidigungsausschusses unerschrocken und mutig dafür ein. Mit dieser Message jedenfalls tingelt Strack-Zimmermann seit Monaten durch die Talkshows der Republik. Jetzt hätte sie die Möglichkeit gehabt, die Glaubhaftigkeit ihrer Forderung zu unterstreichen – und hat darauf verzichtet.

Strack-Zimmermann macht mit ihrem Abstimmungsverhalten deutlich, dass an all ihrer Selbstbeschreibung als integrier, aufrichtiger und unbeugsamer Kämpferin für die Freiheit der Ukraine nichts dran ist. Selbst die *Bild*-Zeitung hat das inzwischen bemerkt und wirft Strack-Zimmermann "Feigheit" vor. Der Begriff ist allerdings falsch gewählt. Strack-Zimmermann ist nicht feige. Sie ist einfach selbstüchtig und nutzt die Ukraine zur Entwicklung ihrer eigenen Karriere. Um die Ukraine geht es ihr nur in der Nebensache. Das Land, die Menschen, der Krieg sind für Strack-Zimmermann nur Mittel zum Zweck. Der Zweck aber ist sie selbst.

Doch der von der *Bild*-Zeitung geführte Schlag saß. Aufgrund des Vorwurfs der Feigheit sieht sich Zimmermann zur Rechtfertigung genötigt. Sie macht es dadurch nur noch schlimmer. Sie greift zum Argument "Etikette". Die CDU habe die Abstimmung mit dem Bericht der Wehrbeauftragten verknüpft. Das sei gegenüber den Soldaten der Bundeswehr respektlos, behauptet sie. Deshalb und nur aus diesem Grund habe sie gegen den Antrag gestimmt.

Nun nimmt man Strack-Zimmermann ihre Behauptung, sie beachte die Etikette und die Formen der Höflichkeit, vermutlich noch weniger ab als die, sie sei unbestechlich. Strack-Zimmermann macht in ganz vielen Beiträgen in den sozialen Netzwerken deutlich: Sie ist die Gestalt gewordene Pöbelei. Sie teilt aus, tritt verbal kräftig unter die Gürtellinie, öffnet auch noch die allerunterste Schublade. Zur Wehr setzen können sich die Opfer ihrer Verbalattacken nicht, denn als Abgeordnete genießt Strack-Zimmermann Immunität. Diejenigen, die es ihr mit gleicher Münze heimzahlen, verklagt sie. Stil, Etikette, Höflichkeit – all das sind Umgangsformen, die Strack-Zimmermann völlig fremd sind. Ihre Ausrede ist daher völlig unglaubwürdig. Sie ist schlicht ein Duckmäuschen.

Der ganzen Causa Strack-Zimmermann sollten die Ukrainer volle Aufmerksamkeit schenken. Der für sie daraus zu ziehende Schluss muss lauten: Es geht auch den ganz lautstarken deutschen Unterstützern der Ukraine vor allem um eins: um sich selbst. Es geht ihnen um die eigene Karriere, ihre Netzwerke, den Zugang zu den Geldtöpfen und einen prominenten Platz im Talkshow-Sessel.

Sie sind zunächst und im Zweifelsfall ausschließlich in eigener Sache unterwegs.

Die Ukraine wird Strack-Zimmermann dann fallen lassen, wenn es ihr opportun erscheint oder ihrer Karriere förderlich ist. Oder ganz einfach dann, wenn man es ihr befiehlt. Auf die deutschen Solidaritätsbekundungen ist noch weniger Verlass als auf die der USA. Das umso mehr, da sich deutsche Politik und damit auch Strack-Zimmermann den Vorgaben aus den USA komplett unterordnen. Es ist alles nur Show, was deutsche Politiker dem Publikum und vor allem auch der Ukraine in der Öffentlichkeit vortanzen. Dabei sind am Ende diejenigen, die am lautesten brüllen, die größten Duckmäuser und damit auch diejenigen, die der Ukraine am meisten schaden. Politiker wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann sind von allen falschen Freunden, die man sich denken kann, die falschesten.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Januar 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.